

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Mk. für ein Jahr. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Pf., (zwei 2 fertige Blätter), jedes weitere Blatt 10 Pf., Stellenangebote und Schließelanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 21. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Nach langen Verhandlungen ist es dem Kohlsyndikat gelungen, mit den fiskalischen Zechen in Westfalen und den nichtsyndizierten Privatgruben einen Vertrag über den Verkauf der Förderung auch dieser Werke durch das Syndikat abzuschließen. Im preussischen Landtage war für diese Vertragschließung die wichtigste Vorarbeit geleistet worden. Systematisch wurde dort von den Wortführern der kapitalistischen Grubenausbauer zunächst der fiskalische Betrieb gründlich heruntergemacht, um der im Lande sich verbreitenden günstigen Stimmung für die Ausdehnung des Staatsbetriebes entgegenzuwirken. Damit er noch weiter in der öffentlichen Meinung diskreditiert würde, bohrte und trieb man in der für die Untersuchung der Rentabilität der Staatsbergwerke eingesetzten Landtagskommission (deren Berichterstatter bezeichnenderweise der Syndikus Abg. Hirsch von der ganz in Händen der Großindustriellen befindlichen Essener Handelskammer war) unermüdlich hin auf einen Vertragsbruch zwischen den westfälischen Staatsgruben und dem rheinisch-westfälischen Kohlsyndikat. Ein dahin gehender Kommissionsbeschluss war die Folge. Während die „Kölnische Volkszeitung“ den Fiskus noch beschwor, sich völlig unabhängig vom Kohlsyndikat zu halten, da dies allein im Volksinteresse liege, stimmten die Zentrumsgesandten in der Landtagskommission mit den Konservativen entgegen. Man stand ja im Zeichen der konservativ-merikal-industrie-feudalistischen Sammlung gegen den liberal-sozialdemokratischen Großblock. Die wahltaktischen Verabredungen zwischen den oberflächlichen Großgrundbesitzern und den westdeutschen Großindustriellen heizten einen Frontwechsel der Konservativen zugunsten der von ihrem Wirtschaftstheoretiker Grafen Kanitz immer lebhaft bekämpften Syndikalpolitik. Daß auch der Schwertung der Merikalen in der Syndikatsfrage parteipolitische Ermägungen zugrunde liegen, hat allein das nicht mehr abzustreitende intime Zusammenwirken der Merikalen mit den rheinisch-westfälischen Industrie-feudalen bei der Reichstagswahl genügend bewiesen. Die Konservativen und Merikalen befürworteten den Anschluß der westfälischen Staatsgruben an das privatkapitalistische Kohlsyndikat, dafür — und für andere, auf dem Gebiete der Sozialpolitik (Reichsversicherungsordnung) liegende Liebesdienste — hat der Zentralverband der Großindustriellen die konservativ-merikale Koalition für die Reichstagswahlen finanziell oder „moralisch“ unterstützt.

Nunmehr haben die Grubenbesitzer ihr Ziel erreicht: die im starken Ausblühen begriffenen zukunftsreichen westfälischen Staatsgruben sind kein Hindernis mehr für die vielseitig angelegte Preispolitik des Kohlsyndikats und die Klagen der Kohlen-, Koks- und Bräuterverbraucher müssen sich nun auch gegen die fiskalische Bergwerksverwaltung richten, wodurch der volkstümlichen Bewegung für die Grubenverstaatlichung ein neues starkes Hindernis in den Weg gestellt ist.

Daß die Zechenbesitzer diese feine Situation sofort für eine tüchtige Preishöhung ausnützen würden, war vorauszu sehen. Diese Preishöhung ist denn auch prompt in der vorletzten allgemeinen Zechenbesitzerversammlung am 1. April in Höhe von durchschnittlich 50 Pf. pro Tonne beschlossen worden. Die gangbarsten Kohlsorten werden um 75 Pf. einzelne um 1 M. pro Tonne verteuert! Dieser mit Zustimmung der fiskalischen Verwaltung gefasste Syndikatsbeschluss bedeutet eine jährliche neue Belastung des Volks mit 50 bis 60 Millionen Mark! Da sich die schlesischen, mittel-deutschen und linksrheinischen Kohlengrubenbesitzer erfahrungsgemäß mit ihren Preisen den rheinisch-westfälischen „Richtpreisen“ anpassen, so kann man ohne Uebertreibung die dem Volke durch die Preishöhung des rheinisch-westfälischen Kohlsyndikats direkt und indirekt aufgebürdete Brennstoffverteuerung auf jährlich mindestens 100 Millionen Mark veranschlagen! Auch für diese enorme Neubelastung hat sich das Volk bei den konservativ-merikalischen Verbündeten der industrie-feudalen Grubenbesitzer zu bedanken. Denn ohne den drängenden Beschluß des preussischen Dreiklassenparlamentes hätte sich die fiskalische Bergwerksverwaltung ihre vom Syndikat unabhängige Stellung bewahrt, weil sie genau weiß, daß die öffentliche Meinung auch im Ruhrbezirk einer Stärkung der Syndikatsmacht abgeneigt ist. Die abmahnenden Artikel der die Syndikatspolitik scharf kritisierenden „Kölnischen Volkszeitung“ haben ohne Zweifel der öffentlichen Meinung zutreffenden Ausdruck gegeben.

Die alsbald nach dem fiskalisch-syndikalischen Vertragsabschluß erfolgte Kohlenpreishöhung hat böses Blut erregt. Die Befürchtungen hinsichtlich der schlimmen Folgen des Vertragsabschlusses sind vollumfänglich bestätigt. Das wissen die Zechenbesitzer auch recht gut. Dies erklärt die Geschäftigkeit, mit der die Zechenpresse gleich nach dem Bekanntwerden des Preis-

erhöhungsbeschlusses mit ihr die Lohnfrage verknüpfte. In bestimmter Form meldete aber erst am 2. Februar (1) die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, es schwebten, wie wir hören, bei den Zechenorganisationen (!) ernstliche Erwägungen über eine generelle Erhöhung der Bergarbeiterlöhne ab 1. März oder 1. April, zu dem Zwecke, um auch die Arbeiter an den besseren Verdiensten teilnehmen zu lassen! Diese Meldung machte schnell die Kunde durch die Presse, fand aber durchaus nicht überall den erwünschten Glauben. Haben doch die Zechenbesitzer stets bestritten, daß ihre Organisationen sich überhaupt mit Lohnfragen befassen; dies sei lediglich Sache der einzelnen Werke. Und dann: wann haben sich die Zechenbesitzer je verpflichtet gefühlt, entsprechend ihren höheren Einnahmen die Arbeiterlöhne zu erhöhen? Dazu kommt noch, daß die Zechenbesitzer schon selber versicherten, auf Grund ihrer Lieferungsverträge kämen höhere Verkaufspreise erst für den nächstjährigen Geschäftsabchluß zur Geltung. Daraus erklärte sich auch, daß 1908 die Kohlen- und Kokspreise noch durchschnittlich höhere waren als 1907 und dennoch bereits nach Schluß dieses Jahres die Löhne stark herabgedrückt wurden.

Die Nachricht der „Rhein.-Westf. Ztg.“ war für jeden Kenner der Gepflogenheit unserer Grubenbesitzer unglaubwürdig. In der Tat erfolgte schon einen Tag später das formelle Dementi „von zuständiger Stelle“ (Zechenverband oder bergbaulicher Verein) in der „Kölnischen Zeitung“. Dort wurden ganz im Sinne der früheren werksseitigen Auslassungen die „Erwägungen der Zechenorganisationen“ über eine „generelle Lohnenerhöhung“ energisch bestritten und gesagt, daß „einzelne Zechen“ gewillt seien, mit Lohnenerhöhungen vorzugehen. Das ist nichts Besonderes. „Einzelne Lohnenerhöhungen“ kommen auf „einzelnen Zechen“ auch in einer weniger guten wie der jetzigen Zeit vor. Es ist doch wahrhaftig nichts Besonderes, da nachweislich seit Monaten eine aufsteigende Konjunktur herrscht, so daß in der Veranlassung des Kohlsyndikats vom 16. Februar sogar berichtet werden konnte, die Lieferungen der Zechen seien schon im Januar „nicht immer ausreichend gewesen“, es hätte deshalb „auf die vorhandenen Lagerbestände zurückgegriffen werden“ müssen, wenn in einer solchen Zeit einzelne Lohnaufbesserungen eintreten. Es fragt sich dabei noch, inwieweit die erhöhten Lohnereinnahmen nicht auf Ueberschichten zurückzuführen sind! Tatsächlich ist in den letzten Monaten die Zahl der Ueberschichten im Ruhrbergbau stellenweise wieder so enorm gewachsen, daß die Bergarbeiterverbände im Interesse der Arbeitergesundheit dagegen Stellung nehmen! Nach unseren Ermittlungen ist seit vorigen Herbst auf einer großen Anzahl Zechen das Ueberschichtenverfahren wieder stärker in Gang gekommen. Auf anderen Zechen ist in letzter Zeit den Steigern gestattet worden, die Arbeiter „etwas mehr verdienen zu lassen“, d. h. nicht so schnell wie in flauen Zeiten ein unvorhergesehen günstig stehendes Gedinge „abzubrechen“. Die wirklich erfolgten Lohnzulagen sind bald ausgezahlt. Andererseits haben auch noch in den letzten Tagen empfindliche Gedingeabriffe stattgefunden!

Eine generelle, der neuen Kohlenpreisenerhöhung entsprechende Lohnaufbesserung liegt also nicht in der Absicht der Zechenbesitzer. Die „zuständige Stelle“ hat dies überflüssigerweise bestätigt. Die von der Zechenpresse verbreiteten Lohnstatistiken aus dem Jahre 1911 zeigen zwar eine Aufwärtsbewegung an, aber die zuletzt publizierte allgemeine Lohnstatistik (3. Quartal 1911) beweist, daß da die Sauerlöhne pro Schicht sogar noch 56 Pf. und die Gesamtdurchschnittslöhne immer noch 27 Pf. pro Schicht niedriger standen als im 4. Quartal 1907. Dieser Ausfall ist inzwischen sicher noch nicht wettgemacht worden, ganz bestimmt nicht durch direkte Lohnenerhöhungen. Dazu sei aber auch festgestellt, daß allein bei 24 der bedeutendsten Ruhrzechen der Ueberschuh von 163,5 Millionen Mark im Jahre 1910 auf 182,6 Millionen Mark im Jahre 1911 gestiegen ist! Die letztjährigen Lohnverbesserungen haben demnach den Zechenbesitzern ihre „Existenz“ nicht nur nicht „erhöht“, sondern ihre Gewinne sind 1911 so enorm gewachsen, daß damit die wirtschaftliche Notwendigkeit der neuen Kohlenpreisenerhöhung durchaus widerlegt ist. Sie ist aber beschlossen worden, und zwar ohne die Absicht, die tatsächlich in wirtschaftlicher Notlage befindliche Bergarbeiter für die ab 1907 erlittenen schweren Lohnverluste gerechten Ersatz zu leisten. Die Zechenbesitzer wollen auch die vielen Millionen Mehreinnahmen ihrem Bankguthaben einverleiben, den Arbeitern nur eventuell einige Pfennige zukommen lassen. Das steht außer Zweifel.

Das aber mußte auch für die Taktik der Bergarbeiterorganisationen, über die ein weiterer Artikel berichten wird, bestimmend sein.

Gezänk und Klarheit.

Inhaltlich bildete zweifellos die Ertrede des Genossen Dr. David den Höhepunkt der gestrigen Sitzung. Der sozialdemokratische Redner mußte nicht nur mit weitem Schwung auszuholen, sondern er verstand es auch, tief zu gehen, und wenn er auch einer Politik der äußeren Verschärfung der Gegensätze nicht das Wort redete, so zeigte sich doch schon an der Art dieser Behandlung der

Probleme des Tages, verglichen mit den bürgerlichen Sichtweisen, die wir in diesen Tagen gehört haben, der ganze Gegensatz zwischen ihnen und drüben, der in zwei ganz verschiedenen Weltanschauungen zur Geltung kommt. Sichtlich war den Herren Junkern auf der rechten Seite des Hauses höchst unbehaglich zu Mut, als Genosse David ihnen das lange Register ihrer Sünden vorhielt und konstatierte, daß ihre Vuchtslepperpolitik es sei, die auf gewalttätige Katastrophen losarbeite. Nicht minder glücklich war seine Widerlegung der übrigen Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie und die Art, wie er aus dunklen Schächten den Republikaner Bismarck und den Kommunisten Riquel an das Tageslicht zog, war auch für parlamentarische Feinschmecker, die etwa Kosthappen aus dem englischen und französischen Parlament gewöhnt sind, ein Genuß. Auch wie er nachwies, daß Posadowsky nichts als ein blendender Gauzeur sei, der über soziale und sozialdemokratische Probleme spreche, ohne auch nur ganz bescheidene Kenntnisse in der einschlägigen Literatur zu besitzen, war eine Glanzstelle.

Leider wurde die Debatte nach dieser Rede, der gefällige Ausführungen des Polen Sedza und ein paar platte Bemerkungen des Reichsparteilers Schulz vorausgegangen waren, aus ihrer ursprünglichen Höhe herabgezogen in ein Gezänk, das einen Nachhall zu dem Kampf und zu dem Geschrei um die Präsidentschaft bildete. Als die Herren Schiffer und Junk von der national-liberalen Partei, Müller-Reinigen vom Fortschritt und Groeber vom Zentrum ins Feld rückten und dem Genossen Webel, den auch der erbitterteste Gegner nicht einer Unwahrhaftigkeit zu zeihen wagt, ins Gesicht sagten, er täusche sich mit seiner gestrigen Darstellung der Verhandlungen über die Präsidentschaftsfrage und behaupteten, er habe höfliche Verpflichtungen für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten und sogar gegebenenfalls die Verpflichtung des Kaiserhochs akzeptiert, da konnte man an einen wohl vorbereiteten Ueberfall aus dem Hinterhalt glauben. In Wirklichkeit aber war es nur die heillose Angst der Nationalliberalen davor, von ihren reaktionären Freunden noch weiter wegen ihrer „unpatriotischen Haltung“ gestraft zu werden, die sie diesen unnötigen Streit provozierten ließ. Mit ledigen Behauptungen hofften sie auf jeden Fall eine Verunreinigung des Tatbestandes zu erzielen. Und wenn auch Herr Müller-Reinigen in dieselbe Kerbe schlug, so beweist das nur, wie sehr man diesen bürgerlichen Herrschaften gegenüber, in deren Hirn sich die einfachsten Vorgänge seltsam verzerrt widerzuspiegeln pflegen, selbst mit harmlosen Scherzen auf der Hut sein muß. Daß Schiffers Behauptung grundsätzlich ist, dazu braucht man sich nicht erst auf Webels Wort zu berufen, nicht auf die Beschlüsse der sozialdemokratischen Fraktion und nicht auf die Traditionen der Partei; sondern es genügt darauf hinzuweisen, daß ja wegen Zurückweisung aller höfischen Verpflichtungen das Zentrum sich ablehnend gegen den sozialdemokratischen Anspruch auf einen Präsidentschaftsposten aussprach, und daß die Nationalliberalen gar nicht die Uebernahme höfischer Verpflichtungen verlangten. Von allen Seiten wurde zugestanden, daß Webel zum Schluß aller Verhandlungen erklärt hat, unser Vizepräsident werde nicht mit den anderen Präsidentschaften in Hofe gehen.

Nach diesem Gezänk wurde in die Besprechung kolonialer Rechnungssachen eingetreten, an der sich Genosse Roske, Herr Erzberger und Unterstaatssekretär Conze vom Reichskolonialamt beteiligten.

Seute Interpellationen über den Kartoffelkoll.

Wieder ein „großer Tag“ der Braunschweiger Polizei.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Am Sonntag, den 18. d. M., fanden vormittags 11 Uhr in neun Sälen an den verschiedensten Punkten der Peripherie Volksversammlungen statt, die von der Sozialdemokratie einberufen waren und sich mit dem Landtagswahlreformentwurf der Regierung beschäftigten. Die Versammlungen waren überfüllt. Die etwa 6000 bis 7000 Versammlungsbesucher nahmen einstimmig eine an den Landtag gerichtete Petition an, in der die Wahlreform als Volksverhöhnung bezeichnet und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht verlangt wird. In jeder Versammlung wurden die Besucher aufgefordert, sich ruhig nach Hause zu begeben und von allem abzusehen, was als eine Straken demonstration angesehen werden könnte.

Diese Parole wurde auch befolgt. Aber die Versammlungsbesucher mußten selbstverständlich über die Strafe gehen, um nach Hause zu kommen, und sie mußten dabei, da die Säle an der Peripherie liegen, auch die alte Innenstadt durchkreuzen. Es ist also selbstverständlich, daß die stark besuchten Versammlungen auch eine Belebung des Straßenverkehrs der Innenstadt zur Folge hatten; doch waren weder geschlossenezüge zu sehen, noch vereinigten sich die Teilnehmer der verschiedenen Versammlungen zu einem Umzug. Es war nichts anderes, als die gewöhnliche Zunahme der Passantenzahl, wenn gefüllte Säle, Theater, Kirchen und ähnliche Räume sich leeren.

Die Braunschweigische Polizei hat es sich aber in den Kopf gesetzt, daß Versammlungsbesucher sich nicht auf der Straße zeigen dürfen. So trieb sie, als der Wohlweg, die Bummelstraße Braunschweigs, durch den Heimgang einiger hundert Versammlungsbesucher etwas mehr belebt wurde als sonst, die Passanten durch die Straße hindurch. Von einer

Seitenstraße her drang der Führer des Expeditionskorps, ein Polizeihauptmann v. Wobeser, mit einigen Dutzend Polizisten und Nachwächtern in den belebten Bohlweg ein, um die sonderbare Aufgabe zu erfüllen, eine der belebtesten Straßen der Stadt menschenleer zu machen. Mit blanken Säbeln und Gummiknütteln drängten die Polizisten die Passanten vom Bohlweg herunter nach dem Langendamm zu, wo sich der Damm, eine noch verkehrsreichere Straße als der Bohlweg, mit diesem kreuzt. Durch dieses Begdrängen wurde natürlich eine dichte Menschenmenge angehäuft. Sie konnte sich auch an dem Kreuzungspunkt nicht zerstreuen, da hier eine andere Polizeitruppe den Damm gesperrt hatte, also der Menge das Auseinandergehen verwehrte. Trotz dieses unsinnigen Vorgehens forderte der diese Truppe kommandierende Wachmeister die Passanten auf, auseinanderzugehen, was diese selbstverständlich nicht plötzlich bewerkstelligen konnten, da ja die Polizei von zwei verschiedenen Seiten her auf sie einbrang. Kaum war die Aufforderung zu dem von der Polizei selbst unmöglich gemachten Auseinandergehen ergangen, da sausten auch schon die Gummiknüttel und die Polizeisäbel auf die Passanten. Die Polizisten hielten so blind zu, daß ein Polizeiwachmeister vom Säbel seines Kollegen in das Gesicht getroffen wurde und auf das Pflaster stürzte. Von den Passanten wurde ein junger Mann durch einen Säbelhieb über dem Auge verletzt. Auch ganz grundlose Verhaftungen nahm die Polizei vor.

An anderen Punkten der Stadt waren ebenfalls Polizeitruppen aufgestellt mit der sonderbaren Aufgabe, die Straßen den Passanten zu verstopfen.

Angeichts dieser Polizeiaktion muß man sich fragen, ob die Polizei so nervös geworden ist, daß sie vernünftige Entschlüsse nicht mehr fassen kann, oder ob sie absichtlich das Volk so reizen und erbittern will, daß es sich zur Notwehr gegen die Polizeibrutalitäten hinreichend läßt. Ruhig ihres Weges gehenden Versammlungsbesuchern die Straße zu verbieten, sie zusammenzutreiben und mit Mord- und Schlaginstrumenten zu bearbeiten, das ist denn doch ein Verbrechen, das man nur noch in Barbarenstaaten für möglich halten sollte. Wir meinen, daß endlich einmal im Reichstage gegen das rücksichtslose Polizeiregiment in Braunschweig vorgegangen werden muß. Wenn auch jede Interpellation bei der Unfähigkeit des Reichskanzlers erfolglos bleiben wird, so würden doch dadurch die Zustände in Braunschweig und das Verhalten der dortigen ultrareaktionären Regierung zur Kenntnis der weitesten Öffentlichkeit gebracht. Die Braunschweiger Regierung steht etwa auf demselben Niveau wie die des letzten Kurfürsten von Hessen zur Zeit Gassenpöbels. Damals raffte sich sogar der Bundestag gegen die furibunde Misregierung auf. Die Braunschweigische Misregierung findet keinen Bundestag, obwohl sie sich auch um Reichsgesetze nicht kümmert und zum Beispiel das Reichsvereinsgesetz, indem sie Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel grundlos verbietet, unbedenklich vergewaltigt.

Heydebrand im Hinterhalt.

Am 8. Januar 1912, also unmittelbar nach dem Abschluß der Reichstagswahlen, tagte in Breslau eine Konferenz der konservativen Vertrauensleute der Provinz Schlessien, die von den Edelsten und Besten der Nation, von einigen Landräten und einem offiziellen Arbeitersekretär besucht war. Die Breslauer „Volkswacht“ ist heute in der Lage, das Protokoll über die vertraulich geführten Verhandlungen zu veröffentlichen. Abgesehen von den allgemeinen Schmerzgen über den Ausfall der Reichstagswahlen, von der Tatsache, daß im Kreise Hirschberg allein 125 000 W. für konservative Wahlzwecke aufgebracht wurden, daß der Reichstagsabgeordnete Graf Carmer-Biesewitz dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Quertreibereien gegen die Konservativen zum Vorwurf machte, verdient eine Rede des Führers der Konservativen, des Abg. v. Heydebrand, besondere Beachtung, weil sie mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zeigt, worauf die Herren von Heydebrand warten, um ihre Herrschaft zu befestigen. Der Reichstagsabgeordnete v. Heydebrand jagte nach dem Protokoll:

Die Erregung des Wahlkampfes darf natürlich nicht so weit wirken, etwa dem Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Es ist nicht unbedenklich, eine so scharf antisemitische Färbung dem Wahlkampf zu geben. Das Parteiprogramm erscheint für diesen Punkt ausreichend. Wichtiger indes als das Gesagte ist es, mit allem Nachdruck auf den großen Ernst und die Bedenklichkeit der Situation hinzuweisen. Die Ergebnisse der letzten Stichwahlen sind Zeichen der Zeit, wie sie noch niemals da waren. Sonst müßte es unmöglich gewesen sein, daß Hr. v. Nitzschofen, der sich um die Reichstagsreform so hohe Verdienste erworben, und Geheimrat Neudeck, trotz seiner persönlichen großen Verdienstwürdigkeit und seiner humanitätsbestrebenden, Sozialdemokraten gegenüber sollen kommen, und ferner, daß Herr v. Oldenburg, der einer der mannhaftesten Vertreter des agrar-konservativen Gedankens war, einer wüsten Agitation erliegen mußte. Es ist vielerorts sehr tüchtig gearbeitet worden, soviel, wie bisher noch nie auf konservativer Seite, und die, die müde aus dem Wahlkampf kommen, verdienen unsere Anerkennung. Was muß aber noch mehr getan werden. Aus dem Chaos der Stichwahlen haben wir versucht herauszuholen, was möglich war, es war dies aber sehr schwer, nachdem man sich überzeugen mußte, daß die Reichsregierung anscheinend von dem ganzen Ernst der Sache nicht diejenige Vorstellung hatte, die sie hätte haben müssen. Wäre die Regierung ihre Pflicht, in diesem Kampfe voranzugehen, erfüllt, dann wäre das Resultat der Stichwahlen ein anderes gewesen. Das ist den Fortschrittler nachzulesen, war ganz ausgeschlossen, wenn nicht entscheidende konservative Momente in Frage gestellt werden sollten. Diese (Fortschrittler-)Partei ist eine andere Partei geworden. Was ist von ihrem Patriotismus, ihren Grundgesetzen noch übrig? Nachdem wir das Odium der Steuerbewilligung auf uns genommen, nachdem dann noch der größte Teil der uns feindliche gesammten Presse gegen uns gearbeitet und schließlich noch die Regierung mit verkränkten Armen dem Schauspiel zusehen, da konnte es nicht anders kommen, als es gekommen ist. Es ist jetzt, soweit man es übersehen kann, eine Mehrheit der Linken da, die aber zu zwei Dritteln von der Sozialdemokratie und einem Drittel von deren Hülftigen gebildet wird. Die Entscheidung wird freiz von wenigen Stimmen, d. h. vom Zufall abhängen, und vom Zufall sollte nichts in der Politik abhängen. Die Sache liegt so, daß die neue Mehrheit alles verhindern kann. Es gibt nichts Vernünftigeres, als diese Majorität nicht verhindern zu lassen. Das eine scheint sicher: es

wird nichts geschehen, was der Sozialdemokratie Abbruch tun kann. Diese steht jetzt hinter einem Wall, hinter dem sie augenscheinlich unangreifbar ist. Wir haben eine deutliche Entwicklung nach der Seite der parlamentarischen Regierung hin. Zu einer Wehrheitsbildung in diesem Sinne würden eventuell auch die Nationalliberalen mitwirken. Die Regierung hat erklärt: eine Wehrheit für Erhaltung der gegenwärtigen Schutzpolitik — mit Einschluß der Polen und des rechten Flügels der Nationalliberalen — sei vorhanden und viel leicht auch für die Wehrfragen, da die Freisinnigen mit ihrer bisherigen Haltung in diesen Fragen im Volke sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben. Was die Mittel angeht, die dazu erforderlich sind, so wird auf eine nennenswerte indirekte Besteuerung nicht mehr zu rechnen sein, nach den Erfahrungen der letzten Jahre. Es werden voraussichtlich höchstens nur Wehrheiten finden für Steuern, die den Besitz sehr stark treffen. Hierbei steigt die Frage auf: War es richtig, daß die konservative Partei so geführt wurde, daß sie in diese Situation und zu diesem Wahlergebnis kommen mußte? Das ist eine schwere, verantwortungsvolle Frage. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Politik der letzten Jahre nicht anders geführt werden konnte, als es geschah. Die Blockgemeinschaft konnte nicht von Dauer sein, wenn dabei die konservative Partei nicht schweren Schaden nehmen sollte. Jedenfalls ist die Partei, das hat auch der Wahlkampf gelehrt, seit den letzten zwei Jahren stärker, einiger und fester geworden, als sie jemals war. Man kann jetzt Vertrauen haben zu den Leuten, die hinter uns stehen und auch zu denjenigen, die im Vordergrund stehen. Eine Zukunft haben wir ganz gewiß, auch in diesem Reichstag. Jemandem positive Arbeit ohne die konservative Partei kann gar nicht geleistet werden, und da hängt es nur von der Einigkeit, Kraft und geschickten Führung unserer Partei ab und in gewissen Situationen von den Reservisten, die wir behalten müssen, ob aus den Dingen etwas Schlimmes werden soll oder nicht.

Was aber wird und muß das enden?

Es ist nur noch eine Stufe bis zur Revolution. Wir stehen ähnlich da, wie vor 1789 Frankreich. In dieser Situation kann man die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Regierung trotz ihrer jetzigen heiteren Sorglosigkeit sich doch noch darauf besinnen könnte, daß die letzten Grundlagen unserer staatsbürgerlichen Existenz in Frage gestellt sind. Sollte die Regierung nicht aufwachen, so würde die Sozialdemokratie sie schon austrocknen. Wenn die friedliche, harmlose Stimmung, die während der Wahlen zur Schau getragen wurde, vorüber ist, wird die Masse schon einen ganz anderen Ton verlangen. Dann wird den Hörigen der Revolutionäre himmelansteigend werden, ebenso manden anderen, die jetzt noch untätig sein wollen. Dann wird unsere Stunde da sein. Man weiß, daß man auf uns rechnen kann. Deswegen wollen wir diesen Tag in der Zukunft abwarten und bis dahin, wie gesagt, unsere Arbeit in noch höherer Maße wie bisher weiter leisten, etwa in dem Sinne, wie das Herr General v. Carlomag angeregt hat. Wehe uns, wenn wir nicht arbeiten! In der Zeit der Arbeit wollen wir dem Volke Harmonien, daß wir die Rechte des Bürgertums verteidigen haben und verteidigen werden, wenn es hart aufhart geht. Und ich bin überzeugt, daß sich dann viele Kreise, die jetzt zur radikalen Linken hinneigen, zu uns finden werden, wenn die Ziele der Radikalen nicht mehr zu erkennen sein werden. Ich vermute, daß ein Wandel in den Dingen dann ohne schwere Zukunfts des Staatskörpers nicht vor sich gehen wird. Auf diesen Tag aber wird die konservative Partei stolz sein können, und es wird sich zeigen, daß auch aus solchen Zeiten, wie wir sie jetzt haben, einer Partei gute Früchte erwachsen können.

Das heißt mit anderen Worten: Herr v. Heydebrand hofft, daß Maschinengewehre und Kleinkalibrige die erschütterte Position der Konservativen wieder befestigen werden. Die „schweren Zukunfts des gesamtanten Staatskörpers“ können aber auch einen anderen Verlauf nehmen. Der „ungekrönte König von Preußen“ spielt mit solchen Drohungen ein sehr gefährliches Spiel.

Der Krieg.

Kämpfe bei Derna.

Konstantinopel, 20. Februar. Nach einem beim Kriegsministerium eingelaufenen Depesche griffen die türkischen Truppen am 13. v. Mts. Derna an und drangen nach dreistündigem Kampfe in zwei Forts westlich vom Djebel el Akabeh ein, die sie teilweise zerstörten. Die Italiener, die während des Kampfes von dem Feuer ihrer Schiffe unterstützt wurden, hatten beträchtliche Verluste.

Zur Revolution in China.

Die chinesische Republik wird von Deutschland anerkannt.

Sichs Telegraphenbureau erfährt von unterrichteter Seite, hinsichtlich der Anerkennung der Republik China werde die Reichsregierung genau so verfahren, wie sie jetzt gegenüber Portugal. Sobald die konstituierende Nationalversammlung die Verfassung beschließt und den Präsidenten definitiv gewählt hat, werde man nach Verständigung mit den übrigen Großmächten nicht zögern, die neue Staatsform Chinas anzuerkennen.

Die Niederlage der Republikaner in der Mongolei.

Kashgar, 20. Februar. (Wendung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aus Urumtschi ist hier die Nachricht von einem glänzenden Siege der Regierungstruppen über die Republikaner im Uigebiete eingetroffen. Die Verluste der Republikaner sollen mehrere hundert Mann betragen, die Regierungstruppen machten über 100 Gefangene und erbeuteten viele Waffen und Pferde. Der Chef des Stabes der im Osten befindlichen revolutionären Detachements wurde ebenfalls gefangen genommen und hingerichtet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar 1912.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwies am Dienstag zunächst den Entwurf eines Wassergesetzes an eine Kommission von 28 Mitgliedern. In der Debatte brachte Abgeordneter Dr. Veumer (natl.) nochmals die Wünsche der Industrie unter drastischen Ausfällen gegen den Fiskus zur Sprache. Unserem Genossen Liebknecht schnitt die Wehrheit in bekannter Liebenswürdigkeit wieder einmal das Wort ab.

Hierauf wurde ein Antrag Dr. Schifferer (natl.) der Budgetkommission überwiesen, der die Regierung auffordert, zur Hebung der durch die Sturmflut an der Westküste Schledwig-Holsteins angerichteten Schäden, soweit sie nach der wirtschaftlichen Lage der Betroffenen von diesen nicht getragen werden können, Staatsmittel für Bewährung nicht rück-

zahlbarer Unterstüßungen oder zinsfreier Darlehen bereit zu stellen.

Eine erfreuliche Uebereinstimmung trat endlich auch in den Debatten über den letzten Punkt der Tagesordnung hervor, der sich auf einen Antrag Schmedding (Z.) bezieht. Aenderung des § 1 des Fürsorgeerziehungsgesetzes bezog. Die Frage hat das Haus schon wiederholt beschäftigt. Es handelt sich darum, daß nach der Rechtsprechung des Kammergerichts die Fürsorgeerziehung erst nach der Verwahrlosung des Kindes eintreten darf. Die Folge davon ist die völlige Wirkungslosigkeit dieser Maßnahme, und es ist deshalb zu verstehen, daß von maßgebender Stelle auf eine Aenderung des Gesetzes nach der Richtung hingebungen wird, daß die Fürsorgeerziehung zu einer vorbeugenden Maßnahme wird. Das verlangt der Antrag, der übrigens einem schon vor Jahren gefaßten Beschlusse des Herrenhauses entspricht.

Den grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat Genosse Hirsch, der eine Aenderung des Gesetzes nach der Richtung hin forderte, daß es seines polizeilichen Charakters entkleidet und zu einer sozialen Maßnahme umgestaltet wird. Vor allem wies unser Redner mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer energischen Bekämpfung des Alkoholismus und der Wohnungsnot, dieser beiden Grundübel hin, zu deren Beseitigung die Regierung bisher nichts getan hat.

Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen.

Am Mittwoch beginnt die Beratung des Etats der Justizverwaltung.

Im Seniorenkonvent des Reichstages

suchten die Freikonservativen nach, zu den Beratungen zugelassen zu werden, da in nächster Zeit die Fraktion wahrscheinlich verstärkt werde. Deshalb vertagte man die Angelegenheit.

Dann wurde über die Einteilung der Geschäfte nach der Etatsberatung in erster Lesung verhandelt. Zuerst sollen die Interpellationen Albrecht und Abrahm über die Kartoffelzölle und die Futtermittel auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es sind vorläufig zwei Tage als Beratungszeit in Aussicht genommen. Dann werden folgen das Gesetz über den Mädchenhandel, der Handelsvertrag mit der Türkei, der Gesetzentwurf über die Staatsangehörigkeit und das Schugtruppen-gesetz. Die Brüsseler Interkonvention wird wohl zurückgestellt werden müssen, da am 1. März die zweite Lesung des Etats begonnen werden soll. Die zweite Lesung des Etats kann bis Ostern nicht fertiggestellt werden, aber es sind in Aussicht genommen zunächst Beratungen des Etats des Reichsamts des Innern, des Justizamts, der Reichseisenbahnen und des Reichseisenbahnamts, Reichspost-, Reichsdruckerei, Reichsstaats- und andere kleine Etats. Dann werden die Osterferien beginnen. Es wurde im Konvent dann weiter über eine eventuelle Erweiterung der Wahlprüfungskommission gesprochen. Der vorgetragene Wunsch, die Prüfungskommission von 14 auf 21 Mitglieder zu erweitern, fand keine Zustimmung. Es sollen andere Mittel ergriffen werden, um die Wahlprüfungen zu beschleunigen. Vor allem sollen die zu einem gewissen Abschluß gelangten Prüfungen im Plenum schnell zur Verhandlung kommen. Ferner würde in Frage kommen, ob bei einer Beratung der Geschäftsordnung eine Bestimmung getroffen werden soll, die der Kommission das Recht der selbständigen Beweishebung zuspricht. Diese Frage fand keinen Abschluß.

Nationalliberalen.

Am Sonntag hielt Herr Basser mann in Stettin in einer nationalliberalen Vertrauensmännerversammlung Kominerns eine Rede, worin er nach dem Bericht der „Stettiner Neuesten Nachr.“ sagte:

Die nationalliberale Reichstagsfraktion war von Anfang an darin einig, daß sie weder an einem Großblockpräsidium, noch an einem schwarzblauen Präsidium teilnehmen wollte. Sie war für ein reines Geschäftspräsidium und erkannte an, daß Zentrum und Sozialdemokraten als härteste Parteien einen Anspruch auf Vertretung im Präsidium hätten. Was die prinzipielle Seite der Frage, Vertretung der Sozialdemokratie im Präsidium, betrifft, so sagten sich die Nationalliberalen, daß, wenn die Geschäfte des Reichstages ordnungsgemäß geführt werden sollten, der Sozialdemokratie ein Sitz im Präsidium nicht verweigert werden könnte. Die Sozialdemokratie ist übrigens im Reichstage bereits längst zur praktischen Mitarbeit herangezogen worden. In vielen Fällen haben Sozialdemokraten den Vorsitz großer und wichtiger Kommissionen gehabt, wie z. B. V. Singer, der lange Zeit Vorsitzender der Geschäftsordnungs-Kommission war. Die Sozialdemokraten stellen schon früher einen Abteilungspräsidenten, heute stellen sie zwei. Auch das sind Stellen, in denen die Sozialdemokratie genau so behandelt wird, wie die übrigen Parteien.

Die Verhandlungen zwischen den Parteien scheiterten. Als es zur Wahl kam, strebten die Nationalliberalen gemäß ihrer grundsätzlichen Stellungnahme ein reines Geschäftspräsidium an: Zentrum, Sozialdemokratie, Nationalliberale. Sie stimmten deshalb bei der Wahl des Präsidiums in der Stichwahl für Spahn oder mit weichen Fetten. Einzelne nationalliberale Abgeordnete stimmten bei der allgemeinen Ertragung allerdings für Vebel, ein bedauerlicher Fehler, welcher von der Fraktion scharf missbilligt worden wäre, wenn sie dazu hätte Stellung nehmen können. Jedenfalls steht fest, daß es nur eine kleinere Anzahl von Parteimitgliedern war, die für Vebel gestimmt hat. Nachdem Spahn gewählt war, entsand es dem gebachten Grund, daß bei der Stichwahl zwischen Dietrich und Scheidemann die Mehrzahl der Nationalliberalen für Scheidemann stimmte, wobei zu bedenken ist, daß jene Aeußerung Scheidemanns über unser Königshaus zu der Zeit der Fraktion noch nicht bekannt war. Nachdem dann noch als zweiter Vizepräsident ein Nationalliberaler gewählt war, war das Präsidium in einer Weise zusammengestellt, wie es nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen von einem reinen Geschäftspräsidium nicht anders erwartet werden konnte. Der Präsident Spahn hatte nicht nur das Präsidium angenommen, sondern war offenbar auch bereit gewesen, das Präsidium zu behalten. Er wurde dann aber von anderen Zentrumskräften zusammen mit den Führern der Konservativen dahin bearbeitet, daß er das Präsidium niederlegte. Es war offenbar die Absicht des Zentrums und der Konservativen, die Nationalliberalen dadurch in den Großblock hineinzuzwingen. Da die nationalliberale Partei im Reich aber immer die Großblockidee auf das entscheidende zurückgewiesen hatte, so konnte sie diese naturgemäß auch nicht in einem Präsidium verwirklichen und sagte daher nach der Niederlegung des Präsidiums durch Spahn und der weiteren Weigerung des Zentrums, sich an der Bildung des Präsidiums zu beteiligen, einen Fraktionsbeschlusse, daß der zweite Vizepräsident, der nationalliberale Abgeordnete Passche, sein Amt im Präsidium ebenfalls niederzulassen habe. Die endgültige Regelung der Präsidentenfrage wird erst von jetzt in drei Wochen erfolgen: ihr Ausgang, vor allem die Frage, wer in diesen kommenden Wahlen Präsident wird, ist noch gänzlich ungewiß. Zum Schluß skizzierte Basser mann die wichtigsten und entscheidenden Aufgaben, die der nationalliberalen Partei harren und betonte dabei, daß die Zukunft des

Vaterlandes nur durch eine nationale und christlich liberale Politik gesichert sei."

Die Verammlung nahm schließlich ein Vertrauensvotum für Vasser mann an.

Ferner schreibt das Organ des sächsischen nationalliberalen Landesverbandes, die „Nationallib. Korresp.“:

Die konservative Auffassung ist unhaltbar. Der Reichstag ist die Vollvertretung des Deutschen Reiches. Wenn eine Fraktion mit 110 Mann erscheint, so ist es ein nach der Verfassung parlamentarisch unmöglicher Gedanke, so zu tun, als sei sie überhaupt nicht vorhanden. Was könnte eine solche moralische Verfehlung übrigens nützen? Gebessert wird damit nichts, und zu verstümmen ist genug, wenn beabsichtigt wird, die Sozialdemokratie zur Obstruktion zu reizen und den Reichstag lahm zu legen."

Die nationalliberalen Vertrauensmänner von Leipzig haben dem Abg. Dr. F. und gleichfalls ein Vertrauensvotum ausgestellt und in einer Resolution erklärt:

Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß ein Zusammenarbeiten mit Sozialdemokraten in den Parlamentarisch-Gesetzgebungen und im Präsidium eine politische Notwendigkeit ist. Die grundsätzliche Bekämpfung der sozialdemokratischen Verbände und seiner Forderungen, die für jeden Nationalliberalen selbstverständlich ist, wird dadurch in keiner Weise beschränkt."

Ob diese Ermütigungen aber auch ausreichen werden, die nationalliberale Reichstagsfraktion bei der neuen Präsidentschaftswahl vor einem neuen Umfall zu bewahren, steht noch sehr dahin.

Die erneute Präsidentschaftswahl

wird im Reichstage voraussichtlich am 13. März stattfinden. Innerhalb der bürgerlichen Fraktionen sind nach der „Post" Besprechungen über diese neue Wahl bereits eingeleitet worden.

Vermuths Stellung erschüttert?

Ein fortschrittliches Blatt teilt mit, daß man in parlamentarischen Kreisen die Stellung des Reichshauptsekretärs Vermuth für erschüttert halte. Der Grund wird darin erblickt, daß die Erbschaftsteuer erst im kommenden Herbst eingebracht werden soll.

Das wäre an sich kein Grund für den Staatssekretär, von seinem Amt zurückzutreten, dieser Grund ist erst dann gegeben, wenn die Erbschaftsteuer abgelehnt werden sollte. Der Hauptsekretär hat mehrmals mit Bestimmtheit erklärt, daß eine Erbschaftsteuer vorlage kommen wird, aber er hat — zu der Rechten und dem Zentrum gewendet — immer mahnend hinzugefügt, man möge doch erst einmal abwarten, wie die Vorlage ausfällt. Das läßt die Vermuthung aufkommen, daß der neue Entwurf so gestaltet ist, daß den Agrariern weitgehende Steuerbefreiungen zugestanden werden sollen. Der Hauptsekretär betont zwar stets, daß er an dem Grundsatze festhalten wolle: Keine Ausgabe ohne Deduktion. Ist es ihm damit so Ernst, wie es den Anschein hat, dann muß er für die Behrortungen und für die Deduktion ein zusammenfassendes Montatgesetz einbringen; damit stellt er dann die Konservativen und das Zentrum vor die Alternative, entweder Militärvorlage und Erbschaftsteuer zu bewilligen, oder beides abzulehnen.

Für die Schwarzblauen und vielleicht auch für die Regierung wäre es wohl bequemer, in der Deduktionsfrage freie Hand zu behalten, aber man soll sich den preussischen Militärkonflikt zur Warnung dienen lassen, der sich auf der Bewilligung von Ausgaben ohne Deduktion entspannt.

Wenn dann noch die Frage aufgeworfen wird, was der Reichskanzler machen wird, so denkt man unwillkürlich an das Bild, das Graf Posadowski am 16. Februar 1912 im Reichstage zeichnete: „Es gibt Politiker, die auf dem Zaun sitzen. Dann kann man nämlich, je nachdem der Gegner naht, rechts oder links herabspringen."

Das Proportional-Wahlrecht für den Reichstag fordert die sozialdemokratische Fraktion in folgendem, soeben dem Reichstage eingereichten Antrage:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch den bestimmt wird:

1. daß die Reichstagswahlen künftig nicht innerhalb abgegrenzter Wahlkreise für je einen Abgeordneten, sondern nach dem Verhältniswahlsystem stattfinden;
2. den Frauen unter den gleichen Bedingungen das aktive und passive Wahlrecht gewährt wird wie den Männern;
3. der Wahltag entweder ein Sonntag oder ein Feiertag sein muß.

Ferner ersucht der Reichstag den Herrn Reichskanzler, auf dem Verordnungswege Anordnungen zu treffen, wonach die Wahlen im ganzen Reiche gleichartig gestaltet und auf Reichskosten beschafft werden."

1. und 4. Klasse.

Gedankenlos sieht so mancher Proletarier in dem Wagen 4. Klasse, der vor Schmutz starrt, das heißt, wenn ihm überhaupt ein Sitzplatz bei seinem Einsteigen winkt. Schlechte Wagen, die noch schlechter beleuchtet und immer überfüllt sind, laufen heute noch haufenweise auf unseren deutschen Eisenbahnen, die ja immer als Muster gegen die des Auslandes ausgehoben werden. Der Reisende 4. Klasse läßt sich auch gedankenlos in die überfüllten Abteile treiben. Anspruchslos auf Sitzgelegenheit hat er nicht, das weiß er auch und trüffel sich, daß so viele andere Leute mit ihm stundenlang in drangvoller Enge auch stehen müssen, weil eben der Eisenbahnstaus auf die 4. Klasse „Geld drauflegen muß". Das Begehrte ist natürlich der Platz. Der Eisenbahnstaus legt viel Geld, sehr viel Geld alljährlich auf die 1. Klasse, nur damit die reichen Herrschaften billig und so bequem reisen können, und zieht aus der 4. Klasse fast alle Ueberschüsse, die er trotzdem erzielen kann. Das wollen natürlich die reichen Leute auch heute noch nicht zugeben, obgleich die Statistik dies deutlich beweist. Deshalb ist ein Artikel der „Frankfurter Zeitung", deren Leser doch meistens nicht 4. Klasse fahren, von größter Bedeutung. Es wird da erwähnt, daß der Personenverkehr heute sehr darunter leidet, daß die tote Last — das Wagengewicht — die nutzlos und unbezahlt mitgeschleppt werden muß, im Verhältnis zur Nutzlast, d. h. zum Gewicht der beförderten Personen, außerordentlich hoch ist. Auf den einzelnen Platz beträgt diese tote Last von 200 bis 300 Kilogramm in der vierten Klasse bis zu 1100 Kilogramm in den großen Durchgangswagen in der ersten Klasse. Rechnen wir das Durchschnittsgewicht eines Reisenden zu 65 Kilogramm, so muß selbst bei voller Besetzung des Wagens mindestens das Drei- bis Sechsfache der Nutzlast als tote Last mitgeführt werden. Ist aber nur ein Teil der Plätze besetzt, so wird das Verhältnis natürlich noch ungünstiger.

Man könne aber normalerweise mit der Besetzung aller Plätze nicht rechnen, weil eben der Verkehrsandrang nicht allein nach Tagesstunden, Wochentagen oder Jahreszeiten

schwankt. Für alle vorhandenen vier Klassen müsse aber die Verwaltung noch gewisse Platzreserven sichern und von den vorhandenen Plätzen werden im Durchschnitt nur ausgenutzt in der 1. Klasse rund ein Zehntel, in der 2. Klasse rund ein Fünftel, in der 3. Klasse ein Viertel und in der 4. Klasse etwas über ein Drittel. In Wirklichkeit muß also nicht nur das Zwei- bis Siebzehnfache, sondern das Sech- bis Hundertsechzigfache der Nutzlast als tote Last in den Personenzügen mitgeschleppt werden. Darunter muß natürlich das finanzielle Ergebnis leiden.

Am schlechtesten ist die Platzausnutzung in der 1. Klasse, mit der die Eisenbahnverwaltung das schlechteste Geschäft macht. Hier jetzt sie das meiste Geld zu, während die 4. Klasse fast den ganzen Gewinn aus dem Personenverkehr aufbringen muß. Genauere Zahlen werden diese Behauptung noch besser beweisen. Die Selbstkosten der Eisenbahn betragen für den Platzkilometer, d. h. für die Beförderung eines — besetzten oder unbesetzten — Platzes einen Kilometer weit, in der 1. Klasse 1,423 Pf., in der 2. Klasse 0,955 Pf., in der 3. Klasse 0,611 Pf. und in der 4. Klasse 0,430 Pf. Nun wird aber nur für den kleineren, benutzten, Teil der Plätze bezahlt. Die Kosten für den wirklich bezahlten Platzkilometer sind also entsprechend höher; sie betragen in der 1. Klasse 13,68 Pf., 2. Klasse 4,64 Pf., 3. Klasse 2,52 Pf., 4. Klasse 1,18 Pf. Während also an sich ein Platz in der 1. Klasse nur etwa dreimal so teuer zu sein braucht, wie ein Platz in der 4. Klasse, wird durch die ungünstige Platzausnutzung die 1. Klasse fast auf das Zwölffache der 4. Klasse verteuert."

Um zu sehen, welches Geschäft die Bahn bei der Sache macht, müssen wir ihre Selbstkosten mit dem vergleichen, was sie tatsächlich in den verschiedenen Klassen erhält. Der durchschnittliche Erlös für den Personenkilometer betrug nun im Jahre 1908 in der 1. Klasse 7,49 Pf., 2. Klasse 4,15 Pf., 3. Klasse 2,58 Pf. und 4. Klasse 1,87 Pf. Die Selbstkosten der Bahn für einen Personenkilometer sind in der ersten Klasse fast doppelt so hoch, wie der Fahrpreis; auch in der zweiten Klasse steht die Verwaltung bei jedem Kilometer $\frac{1}{2}$ Pf. zu, während der Fahrpreis der dritten Klasse einen ganz beträchtlichen Gewinn läßt und die verachtete vierte Klasse mit $\frac{1}{2}$ Pf. Gewinn auf den Kilometer die allerverwundersamste für die Eisenbahnfinanzen ist.

Rechnen wir den Zuschuß oder Gewinn für den bezahlten Platzkilometer auf die Summe der gefahrenen Personenkilometer um, so ergibt sich, daß die preussische Eisenbahnverwaltung im Jahre 1908 zuechte an der 1. Klasse rund 22 Millionen Mark, an der zweiten Klasse rund 16 Millionen Mark, zusammen also 38 Millionen Mark. Dagegen ergab die 3. Klasse rund 7 Millionen und die vierte rund 97 Millionen, beide zusammen also rund 104 Millionen Mark Ueberschuß."

Mit anderen Worten: Der Eisenbahnstaus macht den Reichen in der 1. Klasse ein Geschenk von rund 22 Mill. Mark, den 2. Klasse 16 Millionen Mark, also den reichen Leuten 38 Millionen Mark, die er aus der Tasche der armen Teufel holt, die alle Unbequemlichkeiten einer Reize 4. Klasse ertragen müssen, nur damit die 97 Millionen Mark Ueberschuß erzielt werden können. Und dabei sind die Jahrgäste 1. Klasse fast alle Ruynier der des Staates, während die Jahrgäste der verachteten 4. Klasse die Steuerlast zu tragen haben. So wirken auch die Zahlen der Eisenbahnverwaltungen direkt aufreizend!

Eine fatale Feststellung!

Die Sachemiten haben böse Tage! Die Reichstagswahl bereitet ihnen vielen, sehr vielen Kummer! Schon ihr Loben gegen die Sozialdemokratie ist ein Beweis dafür. Es soll als Ablenkung dienen! Die Antimodernisten lassen sich jedoch nicht bluffen. Von Rom aus, über Paris und Belgien, macht man eine für die Sachemiten sehr fatale Feststellung! Gerade in den Domänen der christlichen Gewerkschaftsbewegung, am Seuchenherde des Interkonfessionalismus, habe der Ultramontanismus bei den Reichstagswahlen schlecht abgeschnitten. — Der Fall Köln, die Schleifung der schwarzen Burgen Düsseldorf und Rey seien bedrohliche Zeichen der Verirrungen als Folge der verfluchend wirkenden Kölner Richtung. Unwirsch streitet die „Kölnische Volkszeitung" die Berechtigung solcher Argumentation ab (in Nr. 144). Sie spricht von „nichts würdigen Verdächtigungen der christlichen Arbeiterschaft", von „ungereimtem und verlogenem Zeug". Schließlich findet sie noch, „solches Gebaren... ist geradezu schandbar". Das Volktrug verrät ein schlechtes Gewissen, läßt ahnen, daß bei der Kolnerin ein wunder Punkt getroffen worden ist. In der sachlichen Abwehr produziert sie einige nichtssagende Rechenstücken. Aber schnell verläßt sie diesen Boden, und verweist mit edler Geste auf ihre — Wahlkompromißfolge!

Damit lenkt die Empöte die Aufmerksamkeit, ohne es zu wollen, auf eine andere ihrer schwachen Seiten! Doch zunächst sei einmal untersucht, ob und welche Stöße die „nichts würdige Verdächtigung" in der Wahlstatistik findet. Wir benutzen zu diesem Zweck die Ergebnisse aus einer Reihe von Kreisen, in denen die christliche Gewerkschaftsbewegung dominiert. Diese Bewegung setzte erst in den neunziger Jahren ein, daher bringen wir die Resultate der Wahl von 1908 mit den Ergebnissen der letzten in Beziehung. Es erhielten Stimmen in der Hauptwahl:

	Sozialdemokraten		Zentrum			
	1898	1912 Jun. in %	1898	1912 Jun. in %		
Köln-Stadt	9 008	18 866	107	12 821	17 343	35
Düsseldorf	10 712	36 759	243	17 874	31 544	76
Essen	4 400	40 803	892	30 103	42 892	42
Vochum	22 879	58 333	138	30 029	37 650	25
Duisburg I.	7 804	34 187	338	21 071	31 559	49
Dortmund	10 864	48 598	141	17 347	25 708	48
Hamm-Soozt	2 168	9 023	336	10 308	13 422	29

Die gewaltige Stimmzunahme der Sozialdemokratie im Vergleich zu der winzigen des Zentrums springt klar in die Augen. Von einer Eigenschaft der christlichen Gewerkschaftsbewegung als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie verraten die Ziffern nichts! Das um so weniger, wenn man berücksichtigt, daß der riesenhafte Zustuß von Arbeitermassen in das rheinisch-westfälische Industriegebiet vorwiegend aus katholischen Gegenden stammt. Von dieser Seite aus betrachtet, kann man von einem erheblichen direkten Verlust des Zentrums reden! Es liegt sich zu Lobel! Sehr deutlich tritt das hervor, wenn man seine „Erfolge" in den sieben Kreisen mit den Ergebnissen im ganzen Lande vergleicht. Das Bild steht dann wie folgt aus:

	Stimmen erhielten		in den 7 rhein.-westf. Kreisen		im Deutschen Reiche	
	Sozialdemokratie	Zentrum	Sozialdemokratie	Zentrum	Sozialdemokratie	Zentrum
1898	78 285	130 538	2 101 476	1 455 180		
1912	241 409	200 056	4 288 919	2 179 743		
Zunahme absolut	165 124	68 518	2 187 443	724 563		
Prozent	203	42	191	50		

Der Stimmzunahme der Sozialdemokratie war im Industriegebiet doppelt so groß wie im Reichsdurchschnitt. Beim Zentrum ist es umgekehrt. Sein Wachstum im Gesamtdurchschnitt übersteigt seine Wählerzunahme in Rheinland-Westfalen. Dabei hat das Reich an diesen Bezirk sehr viele Katholiken abgegeben. Die Sozialdemokratie verzeichnet im Herrschgebiet der Sachemiten und christlichen Gewerkschaften die allgrößte Stimmzunahme; das Zentrum erlitt relativ Verluste! Deshalb rühmten sich die Macher in der letzten Zeit jedenfalls so sehr der großen Erfolge der christlich-nationalen Arbeiterschaft. Man merkt die Absicht und — lacht!

Das Abwirtschften des Zentrums würde sich noch schärfer in den Ziffern abheben, wenn wir den Kreis Reddinghausen in die Statistik mit aufgenommen hätten. Hier, wo sich die Industrie in amerikanischer Weise entwickelte, hatte die Sozialdemokratie 1898 noch gar keinen Reizungsboden, 1912 aber erhielt unser Kandidat 21 254 Stimmen. Das Zentrum mußte sich mit derselben absoluten Zunahme begnügen, obwohl der Hauptzug aus Katholiken bestand.

Noch ein paar Worte zu der von der „Kölnischen Volkszeitung" selbst berührten schwachen Seite des Zentrums, seiner Wahlkompromißstrategie. In Wahrheit ist das eine Tugend, die, von der Not geboren, das Zentrum im Industriegebiet vor der Liquidation bewahren muß. In der „Kunst des Erreichbaren" ist es schon so weit, daß es anfängt, auf eigene Kandidaten zu verzichten. So in Hagen und in Bielefeld; demnächst werden Dortmund, Vochum und Duisburg folgen. Streng orthodoxe Katholiken in Bielefeld mühten diesmal in der Hauptwahl schon für einen „Wilden" eintreten! Das wird das katholische Bewußtsein langsam, aber sicher — heben! Und dann erst die Stichwahlkompromisse! Um Essen zu reiten, mühten die katholischen Arbeiter für die bisher als gottlos verschrieenen großindustriellen Nationalliberalen ins Feuer! Diese wählten dafür Wiesberg. So blieb Essen vor der Uebergabe an die roten Stürmer bewahrt. Vochum und Duisburg wurden an die Jesuitenfreier, Pfaffenfeinde und Scharfmacher ausgeliefert. Wahrlich: das sind „herrliche" Erfolge des stolzen Zentrums! Es lebt nur noch kümmerlich von der Gnade der schlimmsten Arbeiterschaft!

Das sind die Siege des Bismarckismus und der vielgepriesenen christlichen Gewerkschaftsbewegung! Die „Kölnische Volkszeitung" glaubt darauf in der Abwehr „schandbaren Gebarens" ihrer lieben Glaubensgenossen auch noch extra stolz verweisen zu dürfen.

Das steht fest: Es geht bergab mit der Demagogenpartei! Kein Schimpfen und Toben kann das vertuschen!

Zentrumschwindel.

Was in Zentrumskreisen bei den Reichstagswahlen angestellt worden ist, spottet der Beschreibung. Immer unglaublichere Vorgänge werden nach und nach darüber bekannt. So hat der Zentrumskongress Erberger, schreibt der „Confectionair", am 18. Januar d. J. in einer Versammlung zu Bilingen folgenden, angeblich von Herrn Oskar Rieg (in Firma Hermann Rieg) in Berlin an seine Warenhausfreunde verhandelten Brief bekanntgegeben:

„Werte Geschäftsfreunde! In diesem Jahre müßt Ihr tief und tiefer in die Tasche greifen, denn wenn es uns jetzt nicht gelingt, durch den Hansabund den Weg für den Freihandel und damit auch den Weg für unsere Warenhäuser frei zu machen, dann ist es überhaupt aus, und dann können wir nicht mehr vorankommen, dann wird eine Konserbativen- und Zentrumsmehrheit kommen, welche den Mittelstand, den selbständigen, schlägt gegen die gewaltige Ausbreitung unserer Warenhäuser, die von Jahr zu Jahr mehr um sich greift." Dieser Brief wurde, wie die Feilschrift „Handel und Gewerbe" berichtet, noch vor der Stichwahl in der Zentrumspresse verbreitet, und sein Inhalt hat denn auch bei vielen Kaufleuten und Handwerkern den beabsichtigten Eindruck erzielt. Auf eine Anfrage des Badischen Landesverbandes des Hansabundes ist ihm jetzt aus Berlin der folgende telegraphische Bescheid zugegangen: „Der Brief ist gefälscht. Herr Oskar Rieg beabsichtigt, gegen den unbekanntem Fälscher wegen Urkundenfälschung vorzugehen."

Ein nationalliberaler Musterknabe!

Der nationalliberale Abg. Riehe rückt mit einem bemerkenswerten Kund von seinen nationalliberalen Fraktionskollegen ab. Er erklärt nämlich eine Erklärung, in der er hervorhebt, er habe in der Fraktion die Erklärung abgegeben, daß er für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten nicht stimmen werde, und er habe bitter empfunden und fasse es als eine unzureichende Handlungsweise gegen die Interessen der nationalliberalen Partei auf, daß eine Anzahl Mitglieder der Partei für den Abg. Bebel als ersten Präsidenten ihre Stimme abgegeben hätten.

Wenn dieses Beispiel von Fraktionsdisziplin, das der mit Unterstützung des Bundes der Landwirte gewählte Abg. Riehe gibt, Nachahmung finden sollte, dann wird bald einwandfrei festzustellen sein, welche Nationalliberalen für Bebel und Scheidemann stimmen haben.

Oesterreich-Ungarn.

Der neue Finanzminister.

Wien, 20. Februar. Wie das „Fremdenblatt" erfährt, ist Dr. Ritter v. Wilsinski zum gemeinsamen Finanzminister ernannt worden.

Frankreich.

Die Grenzkommission für das deutsche Kongogebiet.

Paris, 20. Februar. Der Kolonialminister hat die Hauptleute der Kolonialartillerie Periquet und Crepel zu Leitern der aus Beamten und Offizieren Äquatorial-Afrikas bestehenden Kommission ernannt, die im Einvernehmen mit Vertretern Deutschlands auf Grund des Abkommens vom 4. November 1911 die genaue Grenze des auf Deutschland abgetretenen Kongogebietes bestimmen soll. Die Abgrenzungsarbeiten werden frühestens Ende März beginnen können.

Persien.

Englisch-russische Bedingungen.

Teheran, 20. Februar. Die gestern überreichte englisch-russische Note bietet Persien einen Vorschlag von vier Millionen Mark zu 7 Prozent an. Dafür erwarten die beiden Mächte, daß Persien 1. sofort die Prinzipien des englisch-russischen Abkommens annimmt, 2. die Gibai und andere irreguläre Truppen entläßt, sobald der frühere Schah und sein Bruder Persien verlassen haben, 3. eine kleine effektive Armee organisiert und 4. sich mit Mohammed Ali auf Grund der mündlichen englisch-russischen Verträge vom 6. März vorigen Jahres verständigt.

Teheran, 20. Februar. Der Vacharenführer Khan Amir Nofsalham ließ gestern den Minister des Innern, der sich geweigert hatte, einige verhaftete Reaktionen freizugeben, gewaltsam durch einen Trupp Vacharen in sein Haus bringen, wo er insultiert wurde. Der Minister wurde indes bald wieder frei gegeben. Amir Nofsalham wurde verbannt und soll morgen Teheran verlassen.

Gewerkschaftliches.

Die Muster-Scharfmacher.

Einen interessanten Einblick in die vielseitige Tätigkeit eines Konfults in Deutschland bietet ein Schriftstück, das uns durch Zufall in die Hand kam. Der Herr Major v. Colditz in Düsseldorf wandte sich an den Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes in Düsseldorf mit folgendem Schreiben:

Die Adresse des Arbeitgeberverbandes einer gest. Mitteilung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände verdankend, möchte ich Sie ergebnis mit Ueberlegung Ihres Jahresberichts (für Sommer 1910 — dito 1911) höchlichst bitten. Zur Motivierung meines Anlusses bemerke ich, daß die argentinische Regierung großes Interesse nimmt an der Bekämpfung von Streiks usw., welche dem jungen reichen Lande schon mehrfach sehr schweren Schaden zugefügt haben. Wenn nun auch selbstverständlich die hierzulande mit Erfolg angewandten Mittel zur Bekämpfung des erwähnten sozialen Übels sich nicht ohne weiteres in ein fremdes Land mit Aussicht auf gleichen Erfolg importieren lassen, so ist es doch von großem Nutzen, sie zu kennen.

Aus diesem Grunde überfandte ich meiner Regierung 1911 die letzten Jahresberichte usw. des Arbeitgeberverbandes Düsseldorf, die man mir freundlich zur Verfügung gestellt hat. Der argentinischen Regierung ist diese Sendung außerordentlich nützlich gewesen, da sie ebenfalls der Ansicht ist, daß nur durch Organisation der Arbeitgeber dem Uebel wirksam entgegengegriffen werden kann. Ich gebe Ihnen schließlich die Versicherung, daß alle Daten, die Sie mir diesbezüglich überfanden, in jeder Hinsicht geheim bleiben, und von mir direkt an meine Regierung unter Betonung ihres geheimen Charakters weitergegeben werden.

Ich siehe Ihnen zu jeder Gegenleistung gern zur Verfügung und zeichne mit vorzüglicher Hochachtung
sehr ergebenst
(gez.) Major v. Colditz.

Der republikanischen Regierung in Argentinien wird mit dem Rezept, wie die Unternehmer die Gewerkschaften in Deutschland bekämpfen wollen, wenig gedient sein. Herr v. Colditz müßte schon andere Mittel zur Bekämpfung des erwähnten sozialen Übels" ausfindig machen. Über bezeichnend ist das Schriftstück dafür, daß Vertreter ausländischer Regierungen die Art der deutschen Gewerkschaftsbekämpfung als Muster nach dem Auslande exportieren wollen. Zur Vervollständigung seines Berichts rufen wir dem Herrn v. Colditz, seiner Regierung auch die Berichte der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften zu übersenden, damit sie daraus erfieht, welchen Erfolg die Methode der Gewerkschaftsbekämpfung durch die Unternehmer in Deutschland erzielt hat. Dann würde die argentinische Regierung auf diese von den Unternehmern bezogenen Informationen wohl verzichten können und zur Anwendung von Streiks bessere und vernünftige Mittel im eigenen Lande ausfindig zu machen suchen, ohne erst die Hilfe ihres Bizekonsuls in Anspruch zu nehmen.

Berlin und Umgegend.

Die Stukkateure, Sektion des Deutschen Bauarbeiterverbandes, besprachen in einer Mitgliederversammlung, die am Montagabend im Gewerkschaftshaus stattfand, den Stand ihrer Lohnbewegung. Am nächsten Tage, Dienstag, sollten die Verhandlungen vor der Schlichtungskommission über einen Tarifvertrag beginnen. Wengel erläuterte in einem längeren Vortrage die einzelnen Punkte des jetzt zur Verhandlung stehenden Entwurfs und bemängelte, daß die Verhandlungen so lange verzögert wurden. Er legte den Versammelten eine Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde. Diese Resolution lautet:

Die Versammlung bedauert die Verzögerung der Verhandlungen und erwartet von der Schlichtungskommission, daß sie ihre Arbeiten beschleunigt, damit im Anfang des Monats März der Tarifentwurf den Parteien zur Entscheidung vorgelegt werden kann.

Die Versammlung erwartet, daß die Schlichtungskommission den veränderten Verhältnissen Rechnung trägt und neben einer angemessenen Lohnerhöhung eine Verkürzung der Arbeitszeit im Entwurfe vorschlägt. Ebenso notwendig ist die Aufnahme neuer Arbeiten und die präzise Fassung der allgemeinen Bestimmungen. Ein Entwurf, der diesen Wünschen nicht in geeigneter Weise Rechnung trägt, wird schwerlich zur Annahme gelangen können.

Wengel forderte zur eifrigen Agitation für den Verband auf; jedes Mitglied sollte im Dienst seiner Zahlstelle leisten, was es vermag. In der letzten Zeit habe man recht gute Erfolge erzielt, aber es sollte in gleicher Weise weitergearbeitet werden. Man müsse die Werkstattarbeiter gut organisieren, die Hilfsarbeiter auf den Bauten sollten auf die Wichtigkeit der Organisation aufmerksam gemacht werden. Der Deutsche Bauarbeiterverband müsse in jeder Beziehung gestärkt werden, wenn er seinen Aufgaben gerecht werden soll.

Zum Abschluß der Lohnbewegung im Steindruckgewerbe.

In einer öffentlichen Versammlung gab die Berliner Streikleitung einen eingehenden Bericht über den Abschluß unseres großen Kampfes. Die Anwesenden, bereits durch die Fach- und Tagespresse genügend informiert, nahmen das Endergebnis mit großer Ruhe auf. So wenig Aufregung in diesen wohlgeordneten Kampfgruppen das vorläufige Unabänderliche an diesem Abschluß auch hervorgerufen wies, um so härter wurde die Enttäuschung bei Bekanntgabe der Tatsache, daß gerade das Berliner Unternehmertum wieder den Versuch macht, die Vereinbarungen zu umgehen, verschiedene Verschlechterungen einzuführen und dabei in einzelnen Fällen nicht einmal vor Maßnahmen zurückschreckt, die geradezu einer direkten Verhöhnung der getroffenen Vereinbarungen verwehrt ähnlich sehen. J. W. wurde die Einstellung eines Vertrauensmannes von einer Scheinwerkstattfirma abgelehnt mit einer Begründung, die in einem direkten Widerspruch steht zu den Erklärungen, nach denen die Wiederereinstellungen der Vertrauensmänner erfolgen sollten. Zu den nun einmal üblichen Berliner Schikanen scheint es auch zu gehören, daß man diesmal mit Vorliebe die älteren, erfahrenen Leute draußen läßt, ohne die doch sonst die Geschäfte nicht glauben existieren zu können. Will man diese Leute erst noch extra mürbe machen, damit sie sich unter Austritt aus der Organisation später anbieten? Das dürfte dem Unternehmertum doch wohl nicht gelingen! In der lebhaften Diskussion wurde, nachdem gebührend auf das geradezu erbärmliche Prestigehalten der Berliner „ultraelben Ausschüssen“ hingewiesen war, besonders eine Entschärfung angeregt. Sie soll einmal dazu dienen, die besonders in Berlin zahlreichen Opfer der Ausperrung in einer würdigen Weise weiter zu unterstützen, dann aber auch, die Kosten des Kampfes selbst allmählich zu decken und die Organisation wieder für alle Fälle zu kräftigen. Es gelangte ein aus der Versammlung gestellter Antrag zur Abstimmung, der den Hauptvorstand auffordert, eine obligatorische Entschärfung für ganz Deutschland auszusprechen, und zwar 50 Pf. bei einem Wochenverdienst bis 30 M., 1 M. bei einem solchen von 30—40 M. und 1,50 M. bei über 40 M. Wochenlohn. Ueber diesen Antrag stimmten nur die in Arbeit stehenden ab; er fand einstimmige Annahme.

Der Kampf um den Arbeitsnachweis.

Eine Versammlung der arbeitslosen Stellmacher hatte der Holzarbeiterverband gestern vormittag nach dem Besatz von Bahn in der Rosenthaler Straße einberufen, um eine umfassende Aussprache über die Arbeitslosigkeit und die paritätische Verantw. Redakteur: Albert Bedd, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Arbeitsvermittlung herbeizuführen. Als Referent sprach H a b e r vom paritätischen Arbeitsnachweis, und seine Ausführungen wurden in der regen Diskussion bestätigt und ergänzt. Am Stellmacherberufe ist der paritätische Nachweis jetzt seit ungefähr einem Jahr eingeführt, wird aber immer noch nicht von der Innung anerkannt, die ihren eigenen Nachweis aufrecht zu erhalten sucht. Daß trotz der Abneigung der Innungsmeister der paritätische Nachweis als die im Verufe am meisten zweckmäßige Form der Arbeitsvermittlung gelten muß, zeigte sich schon gleich nach dessen Gründung. Im ersten Quartal 1911 hatten sich 511 arbeitslose Stellen eingetragen lassen, es wurden 283 Stellen gemeldet und 183 davon besetzt; im zweiten Quartal, nach Einführung der Parität, war die Zahl der eingetragenen arbeitslosen Stellen 883, die der gemeldeten Stellen 637. Es hat also gleich ein ganz bedeutender Aufschwung in der Tätigkeit des Nachweises stattgefunden. Wenn der Nachweis jetzt nicht zur Zufriedenheit der Arbeitslosen tätig zu sein vermag, so liegt das, eben nicht am Nachweis selbst, sondern nur daran, daß nicht genügend Arbeit im Verufe vorhanden ist und demgemäß allzu wenig Stellen einlaufen. Es ist eben jetzt die schlechteste Zeit. Aber eine gerechte Verteilung der Last der Arbeitslosigkeit ist auch nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis möglich, und nicht durch die Arbeitsnachweise der Unternehmer, die eigentlich nichts anderes sind als Maßregelungs- und Kontrollbureau. Jeder Stellmacher muß es als seine Pflicht ansehen, den Nachweis der Innung, den man übrigens dem der Metallindustriellen angefallen hat, streng zu meiden und nur den paritätischen Nachweis zu benutzen. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die arbeitslosen Stellmacher sehen im paritätischen Arbeitsnachweis die gerechte Arbeitsvermittlung und verpflichten sich, an dessen allgemeiner Durchführung mitzuwirken. Der Innungsnachweis bleibt nach wie vor gesperrt und die Arbeitslosen verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß diese Sperrung streng durchgeföhrt und nach außen hin Aufklärung über die Sache verbreitet wird. Von den in Arbeit stehenden Kollegen wird in dieser Hinsicht die weitestgehende Unterstützung erwartet. Ferner verpflichten die Kollegen sich, soweit sie noch nicht Mitglieder sind, der zuständigen Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverband, beizutreten, um so im Falle der Arbeitslosigkeit von der größten Not geschützt zu sein.

Achtung, Musikhallenpresser! Die Differenzen bei der Firma Beka-Reford, Heidelberger Str. 75, bestehen unverändert fort. Zugang streng fernzuhalten.

Fabrikarbeiterband, Metallarbeiterverband.

Achtung, Töpfer! Die Sperrung über die Firma G. D a m e s, Oranienstr. 191, hat sich erledigt. Die Firma hat sich verpflichtet, seine Anorganisierten mehr zu beschäftigen und bei Bedarf an Arbeitskräften die gemahregelten Kollegen zuerst zu berücksichtigen. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Achtung, Tabakarbeiter Brandenburgs!

Wie uns mitgeteilt wird, tagte am Montag, den 12. d. M., in Finsterwalde im Hotel „Zum Bräudenlopf“ unter Führung des Zigarrenfabrikanten E. Schneider resp. seines Schwiegersohnes Biejer eine Konferenz der Riederlausitzer Zigarrenfabrikanten. Das Einladungsschreiben hierzu war als „streng vertraulich“ bezeichnet. Anscheinend handelte es sich bei dieser Zusammenkunft der Herren Unternehmer um Mobilisierungspläne gegen die organisierten Tabakarbeiter. Nur eins ersähen hierbei als störend; die Dahmer Fabrikanten fehlten. Daher hielt man es für ratsam, nach Dahme zu fahren, um dort eine besondere Sitzung unter obengenannter Führung abzuhalten. Diese fand am Donnerstag, den 15. d. M., statt und zwar zu dem Zweck, auch die Dahmer Fabrikanten dem Scharfmacherbunde der Zigarrenindustriellen „zur Bekämpfung der organisierten Tabakarbeiter“ anzugliedern.

Wenn man aber glaubt, durch Ausperrungsmandate, wie sie in den Bestallen beliebt wurden, die Lohnausperrungen der Tabakarbeiter in Brandenburg, insbesondere von Finsterwalde, Dahme und einigen anderen Orten, wo die Löhne niedrig stehen, verhindern zu können, so ist die Rechnung ohne den Wirt, d. h. die organisierte Arbeiterschaft, gemacht, die sich durch den Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Dresden verpflichtet hat, an der Aufhebung der erbärmlichen Lage der Tabakarbeiter mitzuhelfen. An die Tabakarbeiter des 18. Gauces ergeht die Mahnung, auf der Hut zu sein und alle aus den Beschlüssen der Unternehmer sich ergebenden Vorkommnisse der Gewerkschaft in Berlin sofort zu berichten.

Polizeiliche Uebervachung einer Werkstattversammlung.

In der Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen von H ö t h e r & C. in G a s s e n sollte eine Versammlung der beschäftigten Arbeiter abgehalten werden, die sich mit Mißständen bei der Firma und den dagegen zu treffenden Maßnahmen beschäftigen wollte. Die Versammlung war einberufen vom Metallarbeiter, Holzarbeiterverband und vom Gewerksverein der Maschinenbauer. Zur Verteilung der Einladungsgettel hatte ein Arbeiter beim Bürgermeister die Genehmigung eingeholt. Der Bürgermeister machte hierbei die Bemerkung, er müsse ja leider die Erlaubnis erteilen, werde der Firma aber sofort davon Mitteilung machen. Die Erlaubnis zur Verteilung wurde dann gegeben. Am Eingang zum Versammlungsort wurde strenge Kontrolle geübt und jedem, der nicht bei der Firma beschäftigt war, der Zutritt unterlag. Als bei Eröffnung der Versammlung nochmals aufgefordert wurde, daß alle nicht bei der Firma beschäftigten Arbeiter den Versammlungsort verlassen sollen, kam der in der Versammlung anwesende Polizeibeamte dieser Aufforderung nicht nach; alle Hinweise auf das Vereinsgesetz nutzten nichts, der Beamte blieb im Saale. Die Versammlung wurde nicht abgehalten. Gegen den Beamten wird Beschwerde erhoben werden. — Ein anderer Vorgang ist ebenso merkwürdig. Einige Arbeiter der Firma hatten Forderung auf Lohnerhöhung gestellt. Die Arbeiter wurden zur Begründung ihrer Forderung noch einmal ins Kontor bestellt, sie sollten hier unter Aufsicht eines Polizisten ihre Forderungen noch einmal vortragen.

Erfolgreiche Tarifbewegung der Tapezierer in Frankfurt a. M. Für das Frankfurter Tapezierergewerbe wurde ein neuer dreijähriger Tarifvertrag abgeschlossen, der wesentliche Verbesserungen für die Gehälter bringt. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt künftig 52 Stunden. Der Mindestlohn wurde erhöht für Ausgelernte auf 41 Pf., nach zwei Jahren 48 Pf., ab 1. März 1913 49 Pf. Die sonstigen Stundenlöhne wurden um 3 Pf., ab 1. März 1913 um einen weiteren Pfennig erhöht. Ueberstunden werden mit 25 Proz., Nachtstunden mit 50 Proz., Sonntagsarbeit mit 83 1/2 Proz. Aufschlag bezahlt. Weitere Bestimmungen regeln die Zulagen bei auswärtigen Arbeiten, innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes. Eine Schlichtungskommission, bestehend aus vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern, soll alle aus dem Tarifvertrage entstehenden Differenzen regeln.

Ausland.

Die Sache der Unternehmer.

Unter Bräuseker Korrespondent schreibt uns: Einige Grubenbesitzer des Vorkrieges wundert es offenbar, daß der siebenwöchentliche Kampf den Bergarbeitern Sieg und Genugtuung gebracht hat. Hat die Unternehmer eine gesetzliche Bestimmung zum Nachgeben veranlassen müssen, so wollen sie den Arbeitern zeigen, daß sie darum auch nicht weniger die wahren Herren" sind. In verschiedenen Gruben sind den Arbeitern die Löhne reduziert worden, in einem Bergwerk zum Beispiel um 50 Centimes pro Tag, was bei einem Tagelohn von 5 Franken ein ganz netter Abzug ist. In England sind von Lohnabzügen etwa 1800 Arbeiter betroffen worden, worauf diese neuerdings in den Streik getreten sind. Kurzer direkten Abzügen suchten die Unternehmer die Bergarbeiter durch verbotliche Maßnahmen materiell zu schädigen. Dieses Vor-

gehen ist offensichtlich ein Macheff, um die Arbeiter dafür zu strafen, daß ihr tapferer Kampf um ihr beschworenes Recht allenthalben Sympathien gewonnen und schließlich die Kammer und die Regierung von ihm überzeugt hatten. Die Tatsache, daß ein Bergarbeiterindikat sofort nach dem Streik seine Mitgliederbeiträge erhöht hat, zeigt aber, daß die Arbeiter aus dem Kampfe die richtigen Lehren gezogen haben und sich für künftige Angriffe besser wappnen wollen. — Das wäre der beste Gewinn aus diesem an schmerzlichen Episoden so reichen Streik, dem die Nachsicht der Unternehmer nur noch ein Schmerzenskapitel anhängen wollen.

Der drohende Riesenstreik in England.

Die öffentliche Meinung drückt sich in entschiedenem Sinne zugunsten der Grubenarbeiter in dem drohenden Konflikt mit den Arbeitgebern aus. Auch die Behörden scheinen die Forderungen der Arbeiter für gerecht zu halten. Die Behörden der großen Städte, die Handelskammer und sonstigen Handelsverbände haben an die Regierung aus Ersuchen gerichtet, energisch auf die Beilegung des Konfliktes hinzuwirken. Die „Westminster Gazette“ gibt den Grubendirektoren den dringenden Rat, nicht in ihrer gefährlichen Haltung zu verharren. Inzwischen machen sich bereits jetzt schon die Vorgehens des Ausstandes unangenehm bemerkbar. In den Gruben von Schwales sind alle Vorkehrungen für den Streik getroffen worden. Auf vielen Seiten werden die Grubeneingänge von Mauern umgeben, um den Zugang unmöglich zu machen, da man fürchtet, daß die Ausständigen versuchen werden, die Schichteinrichtungen zu demolieren. Ferner werden Vorbereitungen getroffen, die Gruben auch während der Ausstandsbelegung zu ventilieren und auspumpen zu können. In verschiedenen Häfen macht sich bereits ein Nachlassen der Kohleneingänge bemerkbar, da die Schiffszufuhr bedeutend abgenommen hat. Vor einer Woche lagen in den südlichen Häfen 488 Kohlenfahrzeuge, während am letzten Sonnabend nur deren 800 im Hafen vor Anker lagen. Mehrere Häfen haben beschlossen, die südenglischen Häfen vorläufig zu meiden und transportieren ihre Güter nach anderen englischen Häfen und sogar nach ausländischen Plätzen. Während die Kohlenzufuhr per Schiff nachgelassen hat, haben die Kohlentransporte auf der Bahn eine starke Zunahme erfahren, so daß augenblicklich keine Wagen zur Verladung mehr zur Verfügung stehen. Dies hatte zur Folge, daß verschiedene Gruben schon jetzt den Betrieb einzustellen gezwungen waren.

Von dem Riesenstreik, der in England auszubrechen droht, würden, wie die neuesten Feststellungen ergeben, nicht weniger als 1 Million Bergarbeiter, 850 000 Angestellte der Baumwollindustrie, 300 000 Arbeiter der Kupfer- und Eisenindustrie, 400 000 Mechaniker, 248 000 Transportarbeiter, 236 000 Arbeiter in Färbereien und Wäschereien, 112 000 Frauen aus der Bisquitfabrikation und 71 000 Ofenbauer betroffen werden.

London, 20. Februar. (P.-C.) Die heutigen Konferenzen zwischen den englischen Bergwerksbesitzern und den Vertretern der Bergarbeiter, denen auch die Regierungsvertreter beimohnten, mühten um 6 Uhr abends abgebrochen werden, da eine Verständigung nicht zu erzielen war. Der Generalkonflikt der Bergarbeiter muß nunmehr als eine beschlossene Tatsache angesehen werden. Die Regierung hat alles aufgeboten, um sowohl die Vertreter der Arbeitgeber, wie die Deputierten der Arbeiter zum Nachgeben zu veranlassen; alle ihre Bemühungen sind jedoch erfolglos geblieben.

Letzte Nachrichten.

Demonstrationen in Agram.

Agram, 20. Februar. (P.-C.) Im hiesigen Nationaltheater kam es heute zu großen Demonstrationen seitens der kroatischen Studentenschaft. Bei der heutigen Nachmittagsvorstellung in diesem Theater waren fast sämtliche Sitze und Logen von Studenten eingenommen. Sie verlangten härtnisch, daß die heutige Vorstellung zum Zeichen der Trauer anlässlich des Todes des bei den vorerzählten Demonstrationen in Sarajewo durch Schüsse verletzten Studenten Sahinagio abgesetzt werde. Als die übrigen Theaterbesucher die Gründe der Demonstration erfuhren, schloßen sie sich den Studenten an, indem mehr als die Hälfte von ihnen freiwillig das Theater verließ. Der Führer der Studenten begab sich darauf zum Theater-Intendanten, der sich entschloß, die Vorstellung abzusagen. Die Studenten zogen dann demonstrierend und unter Abjuring von Liedern durch die Straßen, wobei es zu mehreren Zusammenstößen mit der Polizei kam. Ein Student wurde verhaftet. Auch die Abendvorstellung im Nationaltheater mußte wegen der angeführten Demonstrationen abgesetzt werden.

Die europäische Mission in Marokko.

Madriz, 20. Februar. (P.-C.) Oberst Aldave hat gestern mit einer größeren Kolonne eine Strafexpedition gegen die auf der Gasse Jijala befindlichen Komadenstämme unternommen. Die Komaden wurden von heftiger Artilleriefeuer überfallen und flohen nach allen Richtungen, nachdem sie eine Anzahl tote auf dem Kampfplatz gelassen hatten. Die Spanier hatten 2 tote und 20 Verwundete.

Langer, 20. Februar. (P.-C.) Nach einem hier eingetroffenen Radiotelegramm ist ein Kaufmannzug auf dem Wege von Melines nach Rabat in der Nähe von Sule-Abad von Berbern angegriffen worden. 3 Europäer und 1 Schiffe aus Jenucci wurden getötet. Oberst Brularb ist bereits mit einer Kolonne nach Sule-Abad unterwegs, um die Berber zu bestrafen.

Reform des Oberhauses und Homerule.

London, 20. Februar. (P.-C.) Im Verlaufe der Debatte im Unterhause über das Amendement der Opposition zur Adresse, in dem der Regierung Watson vorgeworfen wird, weil sie die Reform des Oberhauses verstoßen und für sich das Recht in Anspruch genommen habe, das Homerulegesetz vor der Reform einzubringen, wies Premierminister Asquith die Behauptung zurück, daß sich die Regierung eines Wortbruchs schuldig gemacht hätte. Die Regierung habe immer erklärt, daß sie zuerst die Erledigung des Homerulegesetzes sichern werde. Asquith bekannte sich zu der Verpflichtung, die Frage der Reform des Oberhauses noch im jetzigen Parlament vorzubringen; die Frage werde aber erst behandelt werden, wenn das Homeruleprinzip verwirklicht worden sei.

Der Präsident von China.

Shanghai, 20. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Tangshaohi wird morgen mit anderen zusammen von hier nach Peking reisen, um Yuan-shik'ai nach Kanton zu geleiten, wo dieser in das Amt des Präsidenten eingesetzt werden wird.

Fünfzig Personen ertrunken.

Kalkutta, 20. Februar. (P.-C.) Das Schleppschiff Chindow der Iravaddy Company scheiterte gestern einige Meilen von Kanton. Ungefähr 50 Personen ertranken. Man glaubt, daß das Schiff in einen starken Strudel geraten ist.

Großes Schadenfeuer.

Bombay, 20. Februar. (P.-C.) Heute mittag brach auf dem Plage, wo viele tausend Ballen Baumwolle lagerten, ein großes Feuer aus. Der Schaden wird auf eine Viertelmillion Pfund Sterling geschätzt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

10. Sitzung. Dienstag, den 20. Februar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück, Wermuth, v. Heeringen, Dr. Lisco.

Erste Lesung des Etats.

Sechster Tag.

Hg. Dr. Seyda (Polen): Unser Antrag auf Aufhebung des Sprachaparagraphen aus dem Vereinsgesetz wird in diesem Reichstag zweifellos angenommen werden. Während der Wahlzeit hat sich ja auch gezeigt, daß die Abhaltung von Versammlungen in polnischer oder französischer Sprache durchaus keine Gefahr für das Deutsche Reich bedeutet. (Sehr richtig! bei den Polen.) Auch das Verbot der Teilnahme jugendlicher an politischen Versammlungen muß beseitigt werden. Unsere Versammlungen werden fast ausnahmslos als politische angesehen. (Hört! hört! bei den Polen.)

Redner führt weiter Beschwerde über unglaubliche Manipulationen der Wahlprüfungs-Kommission im Wahlkreis seines nicht gewählten Freundes v. Sah-Jaworski. Viele Stimmzettel wurden für ungültig erklärt, weil Sah nur mit einem „s“ geschrieben war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) andere deshalb, weil sie auf Hg. v. Sah-Jaworski lauteten, obgleich der Betreffende tatsächlich preussischer Landtagsabgeordneter ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erwarte, daß diese skandalösen Vorgänge, die man nicht anders denn als amtlichen Wahlschwindel

bezeichnen kann, von der Wahlprüfungs-Kommission sobald wie möglich geprüft werden. Ebenso ist es in diesem Reichstag wohl selbstverständlich, daß der Korruptionsfonds der Ostmarkenzulagen beseitigt wird. (Bravo! bei den Polen.)

Hg. Schuly (Rp.): Die Wahlzettel, von denen der Vorredner sprach, sind von lokalen Wahlvorständen für ungültig erklärt worden, nicht von irgend welchen amtlichen Stellen. Der Hg. v. Sahen hat sogar auf eine Frage, ob Stimmzettel für Sah-Jaworski, die nur ein „s“ enthalten, gültig sein sollten, mit Ja geantwortet, was ich für falsch halte. Es ist außerordentlich peinlich auf die Innenhaltung der Bestimmungen geachtet worden, und Sie täten gut, alle Ihre Bemerkungen zu sparen, bis die Wahlprüfungs-Kommission gesprochen hat. (Bravo! rechts.)

Hg. Dr. David (Soz.):

Ein paar Worte zur Finanzlage des Reiches. Das wertvolle Ergebnis der Debatte ist die Konstatierung der Tatsache, daß die Konserverativen und das Zentrum darauf beharren, einen Ausbau der Nachlasssteuer abzulehnen. Beide Parteien haben das ganz kategorisch erklärt und der Redner des Zentrums hat noch hinzugefügt, das Zentrum wolle auch keine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. Dasselbe Zentrum, das sich im Wahlkampf gerühmt hat, es sei ihr Verdienst, daß das Reich keine Schulden mehr zu machen brauche, verweist jetzt selbst den Staatssekretär auf den Weg des Schuldensammelns. Wenn aber dieser Weg nicht betreten wird, welche Steuern will das Zentrum dann bewilligen? Die Antwort kann nur lauten: neue indirekte Steuern! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angeseht dessen glaube ich, daß der Kampf, den der Staatssekretär Wermuth für sein Prinzip führt: keine Ausgabe ohne Deckung, schließlich zu einer Niederlage des Staatssekretärs führen wird. Er hat ja gekämpft wie ein Löwe, aber wir haben schon gestern gesehen, daß der Reichskanzler sofort versucht hat, den

Einsparung der Erbschaftsteuer

zurückzuziehen. Aber die Dinge sind schon so ins Rollen gekommen, daß sie weiter toben werden. Man kann jede Öffnung ausgeben, daß die Konserverativen sich zu einem neuen Steuergrundlag bekennen werden, zu dem Grundlag, die Reichen heranzuziehen und die Armen zu schonen. Graf Posadowsky hat ein schönes englisches Wort vorgetragen, daß im Interesse des Vaterlandes jeder Opfer bringen müsse und Opfer bringen werde, selbst die Reichsten. In Preußen und in Deutschland glaube ich, wird dieses Wort auch

Kleines feuilleton.

Der Wettbewerb für Arbeitermöbel. (Ausgestellt im Gewerbefachschulhaus.) Es kommt nicht allzu oft vor, daß das Ergebnis eines Wettbewerbes so einheitlich das Niveau einer gesunden Sachlichkeit und eines soliden Wohlgefühls erfüllt. Obere Erwartungen als die nun verwirklichten, hätte auch der Optimist dieser Konkurrenz nicht entgegenbringen können. Das gerade ist sehr sympathisch, daß die durchschnittliche Leistung dieser Bewerber weig: woraus es bei einem zeitgemäßen Möbel und einer charaktervollen Raumgestaltung ankommt. Wie oft hört man doch, daß der Kunstgewerbezeichner der Künste Verderben sei. Und es ist gewiss auch richtig, daß die mangelhaft ausgeübten Zeichner viel Schlechtes und Ueberflüssiges produzieren. Wobei freilich nie zu vergessen ist, daß die unbegreifliche Ueberproduktion an Entwürfen nicht so sehr im Willen der Zeichner liegt, vielmehr bedingt ist durch den kapitalistischen, die Mode hegemonisierenden Wirtschaftsprozess. Gerade darum ist das Ergebnis dieses Wettbewerbes so überaus befriedigend. Wie lernen, daß die Kunstgewerbezeichner wohl etwas leisten können, wenn man ihnen nur die Möglichkeiten dazu gibt. Wie viele von denen, die bei dem Wettbewerb recht gut befanden, werden ihren Tag mit unzulänglichen Stillmodellen und sonstigen Geschwätzleistungen ausfüllen müssen. Der Wettbewerb zeigt, daß es falsch wäre, sie nach solcher Tagesleistung zu beurteilen; er zeigt des weiteren, wie töricht die Möbelunternehmer sind, daß sie ihre Mobilität den Zeichnern als ein Joch auferlegen. Um wieviel besser könnte es um den Durchschnittsgelohn der deutschen Möbelindustrie stehen, wenn die Unternehmer, um nur ein Beispiel zu entwickeln, die standfesten Teilnehmer des Wettbewerbes machen ließen, was diese wollen und von ihnen heraus können. Wir sehen wieder einmal deutlich, daß der unzulängliche Tiefstand der deutschen Qualitätsproduktion und des deutschen Geschmackes nicht an den sachlichen Arbeitskräften liegt, vielmehr an den mangelhaft informierten und inkonstanten, oben-drein mit falschem Selbstbewußtsein geladenen Dirigenten (souderrlich dem Reichenden im Publikum).

Nach eins ist es, worüber nachzudenken dieser Wettbewerb anregt: über das Problem, wie wirkt die Organisation der Arbeitnehmer auf das Verlangen nach Qualitätarbeit. Auch hier hört man oft die Unternehmungisthnen, daß die Organisation die Menschen niedriger und geradezu verleiht, so wenig und so leichtfertig wie möglich zu arbeiten. Das Unlogische solcher antisozialen Behauptung zu widerlegen ist dieser Wettbewerb ein treffliches Mittel. Die Organisation der Kunstgewerbezeichner ist es gewesen, die ihre Mitglieder überhaupt einmal in die Lage brachte, zu zeigen, was sie können. Die Organisation bewachte sich geradezu als ein Lehrmeister und Führer zur Qualitätarbeit. Man spürt ganz deutlich die psychologischen Kräfte, die den einzelnen antreiben, sich als einen wertvollen Beitrag der Gruppe, die Gruppe selbst als mächtig zu erwiesen. Dies Ergebnis ist sehr willkommen dem, der in der Organisation der Arbeitnehmer eine unentbehrliche Basis der Qualitätsarbeit sieht.

Die einzelnen Arbeiten des Näheren zu besprechen erübrigt sich, und dürfte auch nicht schädlich sein für einen, der das Vergnügen hatte, das Beste ausfinden zu können.

Die hohe Schule der Rechtschreibung. Die merkwürdige Rechtschreibung, die kürzlich in Breslau stattfand und die Unhaltbar-

weiter Lügen gestraft werden. Die Konserverativen wollen ihren Standpunkt aber verdrängen und diese Art der Politik als eine Politik der sozialen Gerechtigkeit hinstellen. Während die großen Massen des Volkes in lauernden Ringen um die Gärten es nicht weiter bringen, als zu notdürftiger physischer Existenz, sammeln sich auf der andern Seite Vermögen in ganz ungeheuerlichem Maßstabe an. In den Jahren von 1895 bis 1910 ist die Zahl der Millionäre und Multimillionäre in Preußen von 5300 auf 9300 gestiegen. Angesichts dieses Prozesses haben die Parteien der Rechten den Mut, jedes energische Zugreifen des Reiches in die großen Massen dieser Millionäre abzulehnen und immer wieder die Massen des Volkes mit neuen Lasten zu beladen. Solche Politik im Namen des Christentums und der sozialen Gerechtigkeit vor den Wählern zu verteidigen, ist eine Heuchelei, wie sie nicht schlimmer gedacht werden kann. (Lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß endlich zu der

Einführung direkter Steuern für das Reich

Übergegangen wird, und die Regierung wird nicht darum herumkommen, denn diese Forderung kann nicht verschwinden, bis sie erfüllt ist. An Stelle der drückendsten indirekten Steuern verlangen wir schon jetzt die Reichseinkommen- und Vermögenssteuer sowie die Reichsverblichkeitssteuer. Es gibt ja noch einen Ausweg aus der Reichsfinanzkalamität, in der wir uns trotz der Finanzreform schon wieder befinden, dieser Ausweg lautet Sparparlament. Aber woran soll denn das Reich sparen? Soll etwas dabei herauskommen, so doch nur an den Ausgaben für Miltungs-zwecke. Daran aber wollen Sie nicht sparen, Sie wollen sparen an den Ausgaben für soziale Zwecke, und dabei verlagert auf diesem Gebiet das Reich schon heute die notwendigsten Ausgaben. Es war kein Geld da, um den Empfang der Altersrenten vom 70. auf das 65. Jahr herabzusetzen, es war kein Geld da für eine ordentliche Schwangerschafts-, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge. Und ebenso wenig für eine einigermaßen auskömmliche Witwen- und Waisenrente; es fehlte an Geld für eine Aufbesserung der Löhne der Staatsarbeiter und Unterbeamten, es fehlte an Geld, um die Löhne der Soldaten aufzubessern.

Graf Posadowsky nannte die Seeresausgabe eine Versicherungs-ausgabe für den Frieden und fügte hinzu, also müßten auch die, die am meisten zu versichern haben, die größten Prämien zahlen. Das heißt doch, die Lasten müßten aufgebracht werden, nicht nach Köpfen, sondern nach der Größe des Geldbeutels. Wenn aber die Regierung die regelmäßigen direkten Steuern den Einzelstaaten überlassen will, so könnte sie jedesmal bei einer neuen Seeres- und Marinevorlage die Kosten als eine

Kontribution auf die großen Vermögen

ausschreiben. Man kann ja statt des Wortes Kontribution einen schärferen Namen wählen, z. B. Nationalsteuer. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man kann verlangen, daß die reichen Leute das Recht haben, auf die Nachsteuer zu gehen und dort auf dem Altar des Vaterlandes ihre Versicherungsprämie niederzulegen. Sie müßten ja das Bedürfnis haben, ihren Patriotismus auf solche Weise zu betätigen. Heute tun sie es nur mit dem Munde. Wenn sie es mit ihrem Geldbeutel tun sollten, ziehen sie die Hand zurück, als wenn sie heißes Eisen anfassen sollten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegenwärtig sind neue Wehrevorlagen mehr als je keine Friedensförderung, sondern eine Gefährdung des Friedens. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist es doch in England offen ausgesprochen worden: Das Verhältnis zur englischen Flotte werden wir durch keine Flottenvorlage ändern können, und wenn man es hier als unser nationales Recht proklamiert hat, daß wir einzig und allein die Grenzen der Größe unserer Seerüstung zu bestimmen hätten, so ist das der Sache nach einfach unwohr und unmöglich: kein Land bestimmt die Grenzen seiner Rüstungen, am wenigsten seiner Seerüstungen allein von sich aus. Der englische Marineminister hat vor Jahren schon erklärt: wir machen nicht hier unsere Flottenvorlagen, sondern darüber beschließt der Reichstag in Berlin. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ganz in demselben Sinne hat auch neuerdings Minister Churchill sich geäußert: was die Deutschen machen, ist natürlich ihre Sache, aber auf jeden

fall werden wir daraus die Konsequenzen ziehen und unserer Flotte das Doppelte von dem hinzufügen, was Deutschland seiner Flotte hinzufügt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also Deutschland tangt vor, die anderen Länder tangen nach, und so ändern sich die Verhältniszahlen doch nicht. Nur die Lasten werden für alle Nationen ungeheuer gesteigert. Deshalb meinen wir, wenn jetzt Verhandlungen stattfinden zwischen deutschen und englischen Staatsmännern über die Frage der Ausdehnung der weipolitischen Interessengegensätze zwischen beiden Ländern, so sollte man doch mehr überlegen, ob man in diese Verhandlungen hinein mit einer neuen Marinevorlage kommt.

Wir haben diese Mitteilung des Reichskanzlers begrüßt, und wir stellen uns hinter diese Aktion und unterstützen sie mit unserm ganzen Einfluß im Volke. Wir wollen mit dem Reichskanzler, daß all die Punkte, an denen deutsche und englische Interessen sich berühren, durchgesprochen werden mit der ehrlichen Absicht auf beiden Seiten,

eine Verständigung

zu finden als Grundlage für vertrauensvolle Beziehungen zwischen beiden Ländern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf diese Notwendigkeit haben wir längst hingewiesen und wir können auch auf diesem Gebiete mit Freunden konstatieren, daß selbst die Regierung genötigt ist, schließlich doch den Weg zu wandeln, auf den die Sozialdemokratie verweist. Wir wollen, wie gesagt, daß diese Verhandlungen zu einem Resultat kommen, durchgeführt werden. (Zuruf.) Auf beiden Seiten, jawohl, wir setzen auch voraus, daß man in England diese ehrliche Absicht hegt, und unsere Parteifreunde in England werden dafür sorgen, daß man ehrlich dabei vorgeht.

Es sind leider in dieser Debatte von verschiedenen Seiten im Gegensatz zu dieser Verständigungsdaktion Äußerungen gefallen, die neues Mißtrauen erregen werden und sollen. Auch Herr Paasche meinte: nur recht mißtrauisch, und andere haben die gewiß wenig glückliche Äußerung eines englischen Ministers von dem Auszug unserer Flotte — die aber so, wie sie gemeint war, ganz richtig war — ausgenutzt. Demgegenüber verteilte ich auf die Äußerung des englischen Premierministers Asquith, die mit dem Märchen aufräumt, daß im Wahlkampf eine große Rolle gespielt hat, daß die Engländer im verflochtenen Sommer oder Herbst beabsichtigt hätten, uns mit ihrer Flotte zu überfallen. Asquith erklärte am 14. Februar im englischen Parlament: „Wenn eine Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen ist, dann nehmen Fiktionen erhabensgemäß den Platz von Tathaten ein, und Legenden, die sonst als ungläubhaft verworfen würden, werden von weiten Kreisen geglaubt. So wird uns z. B. erzählt, daß es in Deutschland viele Leute gibt, die fest glauben, daß wir einmal oder einige Male im Sommer oder Herbst des letzten Jahres einen Angriff auf ihr Land in Erwägung zogen und sogar vorbereitet, und daß die Bewegungen unserer Flotte mit Rücksicht hierauf sorgfältig berechnet waren. Ich schäme mich fast, einer so wilden und ausschweifenden Einbildungskraft zu widersprechen. Die ganze Erzählung ist eine reine Erfindung.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sir Edward Grey hat sich dann in Manchester in einer Versammlung ganz ebenso geäußert, indem er sagte: „Nichts war in unseren Schiffsbewegungen, nichts in dem, was England damals tat, was zu dem Glauben berechtigt hätte, daß es daran gedacht hätte, den Frieden zu brechen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach diesen kategorischen Erklärungen der maßgebenden englischen Staatsmänner sollte man erwarten, man würde nun endlich aufhören, mit diesem Märchen zu krebisen! Wie man aber bei und gearbeitet hat, dafür will ich nur zum Beise auf eine Äußerung des Herrn Erzberger in Mainz hinweisen. Er hat dort in einer Verammlung gesagt: „Im September fanden wir dich vor dem Kriege, und nur die weiße Zurückhaltung der deutschen Regierung hat den Ausbruch des Weltbrandes verhindert. Die englische Flotte war mobil gemacht und sie fuhr in die Nordsee hinaus, um mit der deutschen Flotte zusammenzustößen. Das es nicht dazu kam, hat darin seinen Grund, daß die deutsche Flotte in der Dtsche weilt.“ (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. — Hg. Erzberger: Das ist alles wahr!) Herr Erzberger, wenn Sie das jetzt

„Jeder soll erniedrigt werden, der sich selbst erniedrigt“ — so lautet praktisch hier auf Erden jenes Bibel-Quidproquo.

Näherst du dich unterniedrig. — „Danke, nein!“ bemerkt der Fürst, und du schämst dich gar nicht wenig, weil du so behandelt wirst.

Freude herrscht in Königs Hallen, weil man die Nature spümt; leider schmerzt man bei dem allen auch ein Tröpfchen Wermut mit.

Denn der Blute hielt sich — schade! — diesem Wettgange fern, und man hätte ihn gerade abgewiesen doch so gern!

Ja — erhaben ist's, als Kaiser Fortschrittsmänner zu verdammen, doch erhaben noch und weiser, kennen Berichten anzusehn.

Franz.

Notizen.

— Vorträge. Die Diskussion über den Vortrag von Gustav Landauer (Judentum und Sozialismus) findet Mittwoch, abends 9 Uhr, in den Auguste-Viktoria-Sälen, Lutherstr. 31, statt.

— Kunstkapitalismus. Eine wie fruchtbar Spekulation sich in alten Meistern (und in Kunstwerken überhaupt) treiben läßt, beweist die Auktion der Weberischen Sammlung, die eben in Berlin vor einem Forum internationaler Händler, Sammler und Museumsdirektoren stattfand. Ein kleines Bild des frühitalienischen Meisters Andrea Mantegna (Marla mit dem Kinde), das 1903 noch für 50 000 M. verkauft wurde, erzielte jetzt 500 000 M. Inzwischen ist freilich das Bild für einen „echten Mantegna“ erklärt und zwar von — Derru Bode. Der Kunsthandel und die Sammler haben natürlich an dem Inhalt des Bildes und der herben Art seines Malers so gut wie kein Interesse. Die Hauptsache ist, daß die Ware selten und teuer ist. Der Kunstmarkt ist zugleich eine Kapitalanlage, bei der man mit Spekulationsgewinn rechnet.

— Der Streit um die Schiller-Stiftung. Der Verwaltungsrat der Schiller-Stiftung lehnt das von einem unabhängigen Komitee vorgelegene Schiedsgericht ab. Zur Nachprüfung der Verwaltung und Aenderung der Satzungen erklärt er allein die Generalversammlung für zuständig und rät allen, die Reformen für notwendig halten, Mitglieder der Zweigstiftungen zu werden und dann auf die Einberufung einer Generalversammlung hinzuwirken. — Etwas sehr bureaukratisch!

— Ein kartographisches Museum ist in dem Universitätspalast der Stadt Genf organisiert worden. Es steht in seiner Art bisher einzig da. Ein Hauptzweck des noch jungen Unternehmens ist die umfangreiche, mehr als 7000 Dokumente umfassende Sammlung von Schriftstücken und Karten, die Elise Reclus zusammenbracht, als er an seiner großen Universalgeographie arbeitete.

Humor und Satire.

Höflichkeit ist keine Bier.

Wisse du den Drang zu händ'gen, ob er noch so stürmisch sei, zur submissen eigenhändig'en Hofgangbauchfleischgruscherrei.

nach sagen, nachdem ich Ihnen die Verhandlungen der englischen Minister vorgelesen habe, sollten Sie sich doch in Zukunft lieber Scherzberger nennen. (Weiterkeit.)

Man stellt es häufig so hin, als ob eine Verständigung zwischen England und Deutschland gar nicht möglich sei, als ob es ein weltgeschichtliches Verhängnis sei, daß Deutschland und England eines Tages in Krieg geraten müßten. Wie wenig das berechtigt ist, ersieht man daraus, daß England eine solche Verständigung, wie sie jetzt mit Deutschland geplant ist, schon mit Frankreich zustande gebracht hat, zu dem es seit Jahrhunderten in weit schärferem Gegensatz gestanden hat, ja sogar mit Rußland, mit dem es an allen Enden der Welt Reibungspunkte hat. Die Stimme für eine

Verständigung zwischen Deutschland und England

ist in den weitesten Kreisen beider Völker vorhanden. Auch die Handelskammern beider Länder haben sich einmütig für freundschaftliche Beziehungen ausgesprochen, weil beide Länder gegenseitig die besten Kunden sind. Der Führer der Konservativen Bonar Law hat ebenfalls erklärt: „Ich kann mir kaum ein schrecklicheres Unglück denken, als einen Krieg zwischen uns und der großen deutschen Macht, wie auch immer der Ausweg wäre. Ich glaube nicht an die Unvermeidlichkeit eines solchen Krieges. Wenn es jemals zum Kriege kommen sollte, so wird er nicht das unvermeidliche Ergebnis natürlicher Gelege sein, sondern wahrscheinlich das Ergebnis menschlicher Torheit.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß, und wir fügen noch hinzu, das Ergebnis der Vermählungen gewisser kleiner, aber finanziell mächtiger Kreise, die aus dem Kriege ein Geschäft machen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), die auf den Krieg hinarbeiten, um zu ihren Millionen neue Millionen zu häufen. Die eigentlichen Kriegshelden sind die Herren Kanonen- und Panzerplatten- und Munitionsfabrikanten, sie bezahlen eine Presse, Korrespondenzen, die sie unkonst an die Zeitungen verschicken mit der einzigen Absicht, um fortgesetzt zum Kriege zu führen. Solche Geschäftspatrioten gibt es in allen Ländern, ihnen das Handwerk zu legen, läge im Interesse der großen Masse des Volkes. Auch jetzt ist diese Industrie und ihre Presse wieder am Werk, die Verständigungsaktion zu durchkreuzen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hat doch erst kürzlich die „Post“ unsere Diplomaten ermahnt, etwa nicht den menschlichen Regungen des Kaisers sich zu überlassen, der ja eine Freundschaft mit England wolle, sondern recht mißtrauisch zu sein. Um dieser Kriegshetze zu begegnen, sollte man die ganze Militär- und Marineindustrie in Reichsregie übernehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Bei unserer Friedenspolitik haben wir 90 Proz. des deutschen Volkes nicht etwa nur ein Drittel hinter uns und ebenso steht es in England und Frankreich. Die Massen sind überall freudig, sie beziehen freilich auch keine Kriegspensionen und keine Dividenden aus den Panzerplattenfabriken. Das Leben ist schwer genug für die Massen, schon im Frieden; sie brauchen keinen Krieg. Deshalb hat es und besonders gewundert, daß der Herr Reichskanzler, der bei seinen Verhandlungen mit England die Millionen sozialdemokratischer Massen gewiß hinter sich hat, gemeint hat, im Sommer hätten wir der Volksstimmung nachgeben müssen und hätten von unserer grundsätzlichen Stellung gegen den Militarismus etwas aufgegeben. Ja, hat denn der Herr Reichskanzler keine Zeitungen gelesen? Hat er sich in Hohen-Sinow nur philosophischen Betrachtungen hingeegeben, daß er nicht weiß, daß wir in Deutschland, England, Frankreich damals gerade gegen den Krieg protestiert

haben? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Ritterken-Wächter hielt es für richtig, einmal mit dem alldeutschen Kalbe zu pfählen. (Weiterkeit) Es ist bezeichnend für sein staatsmännisches Bewußtsein, dabei einen Mann heranzuziehen, der eine Professur gelehrt hat, die, wenn auch nur ein kleiner Bruchteil des Volkes hinter ihr stände, den Weltkrieg entfacht hätte. Bei diesem Manne versichert sich der Herr Staatssekretär etwas handwerkliche Stimmung. Und dann hat er es erlebt, was dem Zauberverleumdung passierte, die Geister, die er rief, die wurde er nicht mehr los. Herr v. Ritterken-Wächter hat uns neulich erzählt, dreimal sei der Herr Graf bei ihm gewesen, dies und jenes hätte er zu ihm gesagt und wir müßten doch so freundlich sein, ihm das zu glauben. Wirklich waren wir geneigt, ihm das zu glauben, aber da kam der Vorstand des alldeutschen Verbandes und erklärte 1. es nicht wahr, daß die erste Unterredung kurz vor der Entsendung des Schiffes nach Agadir stattfand; 2. es ist nicht wahr, daß eine dritte Besprechung mit Herrn Graf über Haupt stattgefunden hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und 3. es sind die Angaben des Herrn v. Ritterken über das, was er gesagt hat, in wesentlichen Punkten nicht wahr. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wem sollen wir jetzt glauben? Wir müssen vorläufig unser Urteil zurückhalten. — Nun wird uns vorgeworfen, wir seien antinational, weil wir international sind. Nach Herrn v. Ritterken-Wächter sind diese beiden Worte identisch. Aber wenn alle internationalen Gruppen antinational wären, dann gäbe es viele internationale. Denn gibt es nicht eine schwarze Internationale? (Widerpruch im Zentrum.) Gibt es nicht eine kapitalistische Gold-Internationale? (Widerpruch bei der Reichspartei und den Nationalliberalen.) Und ist nicht die internationale von allen Internationa die Königlich-Internationale der Häse, diese böhschen Herrschaften, die alle miteinander verwandt sind. (Widerpruch bei den Konservativen.) Wir aber sind international im Interesse der eigenen Nation. Wir sind international auf der Grundlage der Selbständigkeit jeder einzelnen Nation. (Weißt bei den Sozialdemokraten.) Also mit diesem Wortwurf bleiben Sie uns vom Leibe. Der frühere Reichstagspräsident Graf Schuleren-Löwitz hat es für taktvoll gehalten, uns ähnliche jämmerliche Wortwürfe auf dem Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrates zu machen. Die 110 Sozialdemokraten seien Gegner des Vaterlandes. Aber

das Vaterland ist doch unser eigenes Volk

und wir sind doch gewiß nicht Gegner von uns selber. (Weiterkeit und Sehe richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was sind das für erbärmliche Agitationsmittel, mit denen dieser Grandseigneur gegen uns kämpft, einer jener Herren, denen noch der Fürst Hohenlohe 1898 nach der Zusammenkunft im Jagdschloß Zwettling ins Stammbuch geschrieben hat: „Wenn ich unter diesen preussischen Ergebnissen sehe, so wird es mir recht klar, wie schwer es ist, bei diesen Herren die Idee der Reichseinheit durchzusetzen.“

Alle diese Herren pfeifen auf das Reich.“

Und bei Gelegenheit der Beratung über die Reform des preussischen Landtagswahlrechts da haben wir dieselben Töne gehört. Da sagten die Herren von der Rechten, das bisherige preussische Wahlrecht muß bestehen bleiben, und wenn selbst das Reich darüber zugrunde geht. Durch das Preussische an veralteten Wahlregeln treiben Sie (noch rechts) den Reichsausschuss Nord und Süd immer tiefer. Aber es wird Ihnen nicht gelingen, dafür sorgen die 4 1/2 Millionen Stimmen der Sozialdemokraten, die ein starker Hort für das Volk des Reiches sind. Sie sehen darin nur das rote Gespenst, eine rätselhafte Ephyra, die im Gegenzug zur alten Ephyra immer größer wird. Im Jahre 1907 ging ein Hoffnungsraum durch das gegnerische Lager, da glaubte man uns niedergewungen zu haben. Die Häuse der Mandate hatte man uns abgenommen, damit tröstete man sich und sah über unseren Stimmen zu was es hinweg. Eine Reminiscenz ist aus den Verhandlungen vor fünf Jahren interessant. Fürst Wilow stand als Triumphtor im Glanze seines Sieges da und rief aus: Bei der nächsten Wahl werde er uns noch ganz anders aufspielen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich antwortete ihm, er solle nur zusehen, ob er bei der nächsten Wahl noch da sein werde. So ist es ja auch gekommen. Und nach dem Fürsten Wilow kam der Generalissimus des Reichs-

verbandes Herr v. Liebert, der seine schöne Rede eines siegreichen Feldherrn mit den Worten schloß: „Der 25. Januar und der 6. Februar waren nicht nur ein Volksgesicht, sondern ein Gottesgericht.“

Da hab die Bage des Weltgerichts zum dritten Male der Herr des Lichts und worf den Drachen vom goldenen Stuhl mit Donnerknallen hinab zum Pöbel.

Der Drache ist die Sozialdemokratie, jetzt ist sie nur zur Hälfte besiegt, aber in fünf Jahren wird der Ritter Georg, das deutsche Volk, sich noch einmal regen und Ihnen den Rest geben. Schon heute rufe ich Ihnen für 1912 ein Vas viciot! (Sehe den Besiegten!) zu und dazu wird der Reichsverband beitragen. Nun, der Reichsverband hat sich ja auch die größte Mühe gegeben, uns niederzuringeln. Aber nicht bloß die Wähler der Sozialdemokratie sind heute doch schon über die Kampfweise des Reichsverbandes hinaus. Diese ordinäre Manier läuft nicht lange, die überlebt sich schnell, daran hat der Ritter Georg vor fünf Jahren nicht gedacht.

Noch andere haben Ratschläge gegeben, wie man der Sozialdemokratie den Garaus machen könnte. Herr Gröber hat vorgeschlagen, vor allen Dingen

mit der Volksbildung Einhalt zu tun,

die Halb- und Unbildung — man weiß ja, was die Herren darunter verstehen — sei das gefährlichste. Möglichst wenig Bildung, Schulkreaktion, das sind Ihre Wünsche. Natürlich, je dümmer das Volk bleibt, um so bessere Geschäfte machen Sie. Aber Sie können die Volksbildung doch nicht aufhalten. Weiter meinte Herr Gröber, die Religion sei das beste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. Meinen Sie etwa die Religion, wie sie im Wahlkampf zu politischen Zwecken mißbraucht wurde? Fahren Sie nur so fort, davon werden nicht wir den Schaden haben, sondern die Religion. Kommen Sie uns aber mit wirklicher Religion und praktischem Christentum, so treiben wir das viel energischer als Sie. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dann kam Graf Posadowsky und sagte, nicht mit Solinger Klagen, sondern mit solonischer Weisheit muß man der Sozialdemokratie beikommen. Das ist ja ein ganz nettes Wort. Etwas Lieberes als

Kampf mit geistigen Waffen

können wir uns gar nicht wünschen. Aber die Waffen, die Posadowsky im Wahlkampf führte, waren nicht besonders feingekleinert. In einer Verammlung führte er noch einmal stenographisch Bericht aus: Das Erfurter Programm verlangt, daß das gesamte Privateigentum in das Eigentum des Zukunftsstaates übergehe, selbst das kleinste Häuschen wird Staats-eigentum. Ich will ihm nachher ein Erfurter Programm aus-händigen? (Weiterkeit.) Von Eigentum an Produktions-mitteln ist dort die Rede. Das ist doch nicht das gesamte Privateigentum. Und auch nicht von allen Produktionsmitteln wird da gesprochen, sondern von den kapitalistischen. Nur wenn man das nicht liest und nicht versteht, kommt man zu dem geistvollen Schluß: wir wollten dem armen Mann auch das kleinste Häuschen wegnehmen, dem Bauer die letzte Kuh, dem Schreiner seinen Hobel, dem Zimmermann die Art und dem Schreiber die Feder. So sieht die Aufklärung des Grafen Posadowsky aus. Alle Zukunftsstaatsarbeiter, so fährt er weiter aus, sollten in gleicher Weise bezahlt werden. Die Rechte der Wissenschaft und der Kanalarbeiter erhalten den gleichen Lohn. Das Vermögen aller muß gleich sein. Das kann nur durch die schlimmste Schreckensherrschaft verwirklicht werden. Der Bericht verzerrt hier köstliche Heiterkeit; denn Posadowsky hat nicht die Leute über den Grafen Posadowsky gelacht, nicht aber über die Sozialdemokratie. In geistvoller Weise sagt er: Vielleicht muß der Landarbeiter am Morgen bei dem Präsidenten des Zukunftsstaates in Berlin anfragen, ob er an dem Tag pflügen oder dreschen soll. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß Graf Posadowsky, der unter den Staats-sekretären seine köstliche Figur spielte, sich auf Grund solcher oberflächlicher Orientierung mit der sozialistischen Theorie befaßt. Bevor er seine Wähler über die Sozialdemokratie weiter aufklärt, soll er sich zunächst selber aufklären. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er schien mir nicht übel Lust zu haben

eine Zukunftsstaatsdebatte

heranzubekommen. 1893 hat man sich hier sechs Tage lang über den Zukunftsstaat gestritten, und wie haben die Verhandlungen im Stenogramm, und zwar in Rede und Gegenrede als Agitationsbroschüre in Hunderttausenden von Exemplaren ins Volk geworfen, um es über unsern Zukunftsstaat aufzuklären. Wir stellen uns für eine solche Debatte wieder zur Verfügung, und wenn Posadowsky als erster in die Arena springt, so empfehle ich ihm zur Information ein Wächlein eines Parteigenossen, nicht eines Revisionisten — man hat ja den Versuch gemacht, Revisionisten und Radikale gegeneinander zu hegen, damit wir uns in die Haare geraten. Das ist vergeblich, wir sprechen hier als Vertreter der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich empfehle ihm also ein Wächlein von Kautsky: „Soziale Revolution. II. Teil. Am Tage nach der Revolution“. Das interessiert ihn ja besonders. Da mag er sich informieren, wie Kautsky über die verschiedenen Arten des Eigentums und über die verschiedenen Lohnformen spricht. Dann wird er uns mit so

hahnbüchsenartigen Versimpelungen der sozialistischen Theorie

verschönern. In den Zukunftsstaatsdebatten hat Debel ausgeprochen, daß wir uns nicht Dogmen geben könnten, sondern daß wir eine Partei der Wissenschaft sind, nicht eine Sekte mit Dogmen unüberänderlicher Art. Jederzeit, wenn Wissenschaft, Erfahrung, Vernunft uns zeigen, daß diese oder jene Auffassung irrig ist, sind wir bereit, sie zu revidieren. Debel hat auch in seinem Buch über die Frau eine Definition des Sozialismus gegeben, die wir alle unterschreiben: Die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntnis auf alle Gebiete menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft, das ist der Sozialismus. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Eine dritte Art unserer Bekämpfung hat Graf Westarp empfohlen. Das sind die Mittel, wie sie sich in einem Polizeihirn malen.

die Mittel der Gewalt und des Niederschlagens.

Sie wollen den sozialdemokratischen Terrorismus beseitigen. Wenn diese Herren das Wort „Terrorismus“ in den Mund nehmen, wundere ich mich immer über ihren Mut, da doch ihr ganzes System auf dem Terrorismus beruht. Mühsichtslos greifen sie alle Geschäftsleute, alle Arbeiter an (Bum bei den Sozialdemokraten: und die Beamten), die nicht nach ihrem Willen wählen. Warum halten Sie denn bei der öffentlichen Stimmgabe bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus fest, wenn nicht, um Terrorismus anzubüben zu können. Bei jedem Stadium der Allen der Wahlproteste kann man Ihren Terrorismus mit Händen greifen. Seien Sie nur ruhig vom Terrorismus, Sie haben nicht das Recht, Ihre Gegner terroristischer Mittel zu beschuldigen. (Lebhafte Zustimmung links.) Aber schon einmal wollte jemand die Sozialdemokratie mit Gewalt unterdrücken, ein Stärkerer als Graf Westarp, Fürst Bismarck. Er verurteilte es, die Sozialdemokratie mit Ausnahmegeboten, mit Polizei und Staatsanwalt niederzuschlagen. Als aber 1890 das Ausnahmegesetz aufgehoben wurde, waren wir die stärkste Partei geworden. Bismarck scheiterte an diesem Versuch, als die Sozialdemokratie noch eine Sekte war. Und jetzt, wo wir eine Wählerschaft von 4 1/2 Millionen haben, kommt Graf Westarp und stellt sich hier als starker Mann vor. Er meint, Verstand war immer nur bei den Wenigen, und war so bescheiden, sich von den Wenigen nicht auszunehmen. Da handelt

es sich doch um den Verstand, gegen den Götter selbst vergebens kämpfen. Das Hauptargument, mit dem man die Regierung und die Krone gegen uns stark zu machen sucht, ist die wachsende Revolution,

die ihre Massen schon auf der Straße einereizert. Dieser Gedanke ging ja gestern auch durch die Rede des Herrn v. Puttly. Das ist nicht Zufall, sondern das ist Ihre Politik. Ich habe hier Einblick in ein Protokoll einer vertraulichen Besprechung einer konservativen Vereinigung, einer Delegiertenversammlung der schlesischen konservativen Vereine. Am 26. Februar schütteten die Herren sich ihr Herz aus. Da sagte Herr v. Heydebrand, es steigt die Frage auf, ob die konservative Partei in den letzten Jahren richtig geführt worden sei, und er antwortet darauf mit einem „Ja“, die Führung und die Partei sei fester geworden. Man könne jetzt Vertrauen zu den Leuten haben, die hinter uns stehen und zu denen, die im Vordergrund stehen. Jemandem positive Arbeit, fährt er fort, ist ja im Reichstage ohne die konservative Partei nicht möglich. (Weiterkeit links.) Natürlich, die Verfassung von Maß-Votbringen und auch die Caprivischen Handelsverträge waren ohne die Konservativen nicht möglich. Doch das nur nebenbei. Herr v. Heydebrand fährt fort: „Wo aber wird und muß das enden. Es ist nur noch

eine Stufe bis zur Revolution.

(Huh! bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen ähnlich da, wie vor 1789 Frankreich. (Erneutes Huh! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Situation kann man die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Regierung trotz ihrer jetzigen heiteren Sorglosigkeit sich doch noch darauf besinnen könnte, daß die letzten Grundlagen unserer staatsbürgerlichen Existenz in Frage gestellt sind. Sollte die Regierung nicht aufwachen, so wird die Sozialdemokratie sie schon aufwachen. Wenn die friedliche harmlose Stimmung, die während der Wahlen zur Schau getragen wurde, vorüber ist, wird die Masse schon einen ganz anderen Ton verlangen. Dann wird den Hörgigen der Revolutionäre Angst werden und manchen anderen, die jetzt noch untätig sein wollen. Dann wird unsere Stunde da sein. Man weiß, daß man auf uns rechnen kann.“ (Hört! hört! links.) Und später heißt es dann noch: „Auf diesen Tag wird die konservative Partei stolz sein.“ Das ist es, was Sie wünschen und was Sie in Ihren engsten Kreisen oft ausprechen.

Sie wollen es zu blutiger, gewaltfamer Revolution treiben.

Deshalb das Klagegeschrei des Herrn v. Puttly, daß man die Sozialdemokratie nicht harmlos aufpassen sollte. Daß es dahin nicht kommt, darauf können Sie sich verlassen. Das könnte Ihnen passen, wenn wir die Arbeiter Ihnen zu Gefallen vor die Kleinfabrikanten führen. Nein, wir haben unsere Methode und unsere Taktik oft genug von dieser Stelle aus ersonnen. Ich will noch einmal vortragen, was Debel darüber schon am 31. März 1881 sagte: „Wir haben stets erklärt, wir wollen den Weg der sogenannten Reform. Wir wollen den Versuch machen, auf dem Wege der Gesetzgebung und der organischen Entwicklung allmählich unsere Ziele zu erreichen, und Sie können nicht bestreiten, daß wir im Laufe der Jahre eine ganze Anzahl von Anträgen eingebracht haben, die alle darauf hingingen, die Lösung wichtiger sozialer Fragen auf friedlichem Wege zu versuchen.“ Und wenn Ihnen diese Erklärung zu alt ist, so will ich Ihnen eine vom Januar 1906 aus dem „Vorwärts“ vorlesen: „Es gibt nur ein Mittel für den Klassenstaat, dem plötzlichen Zusammenbruch vorzubeugen: die vernünftige, weitwichtige Politik der Konzessionen, die Erfüllung der dringendsten Forderungen des Proletariats. Man braucht nur die Arbeiterklasse, die Mehrheit des Volkes, auf sozialen Gebieten zu gleichberechtigten Volksbürgern zu machen, um dem friedlichen kulturellen Fortschritt der Nation freie Bahn zu schaffen“. Wenn es anders geht, tragen die Verantwortung nicht wir, sondern Ihr Unverständnis und Ihre Herrschsucht.“

Auch der Reichskanzler scheint sich ja in solchen Gedanken-gängen zu bewegen. Wir haben es da mit unheilbarer Einseitigkeit zu tun. Doch gehe ich darauf nicht ein, sondern nur auf seinen Sammelruf. Seid einig, einig, einig! erlöst sein Angstruf oder wie der „Lokal-Anzeiger“ sagt, der Sammelruf des einseitigen und weitwichtigen Führers (Große Heiterkeit links), des Führers, der alles versteht, nur nicht seine eigene Zeit. Mit wie beweglichen Worten rief er dem Abg. Paasche zu: „Hermann, lehre zurück, es ist Dir alles vergedenn.“ (Schallende Heiterkeit.) Das war ein ebenso rückendes wie komisches Bild. Er sollte sich doch einmal fragen, warum denn die liberalen Parteien auf seinen Sammelruf nicht anbeihen. Wie die Dinge liegen, können sie diesem Loblied nicht Folge leisten, wenn sie nicht ihre eigene Existenz als Partei aufs Spiel setzen wollten. Die Regierung verfolgt eine Wirtschaftspolitik, die eine

Verteuerungspolitik

ist (Lebhafte Zustimmung links), die nur wenige bereichert, aber die breiten Massen bis tief in den Mittelstand schwer bedrückt und belastet, die den Gegensatz zwischen Stadt und Land tief und tiefer aufreißt, ebenso den Gegensatz zwischen groß und klein, eine Politik, die den Mittelstand zur Verzweiflung reißt. (Lebhafte Zustimmung links.) Graf Westarp will den Mittelstand retten. Wenn Sie eine Ahnung hätten, wie viele von den kleinen Handwerksmeistern und Bauern schon in unseren Reihen marschieren, gingen Ihnen die Augen über. Ihre Wirtschaft- und Steuerpolitik ist das Gegenteil der Mittelstandspolitik. Sie belastet den kleinen Geschäftsmann, dem sie alles verteuert und dessen Kundschafte sie schwächt. Der Mittelstand weiß ganz genau, daß diese Politik gegen ihn gerichtet ist. Und da wollen Sie uns als den Hund des Mittelstandes hinstellen, der, wie ein brüllender Löwe umgeht, um irgendwas einen kleinen Handwerker zu verschlingen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb können die Liberalen nur um den Preis ihrer eigenen Existenz Ihrem Sammelruf folgen; denn in den 3 1/2 Millionen liberaler Wähler stecken eine große Menge kleiner Leute. (Lebhafte Zustimmung links.) Die liberalen Parteien sind im Interesse ihrer Wähler genötigt, den Ausbau der Reichsverfassung zu fordern. Die Verantwortlichkeit der Minister, das parlamentarische Regiment usw. sind alte liberale Forderungen.

Die Massen der liberalen Wähler können sich nicht zufrieden geben mit der Fortdauer der Privilegienwirtschaft, die in Preußen und im Deutschen Reich geführt worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben das größte Interesse daran, endlich einmal Gleichberechtigung, den Zutritt zu den leitenden Stellen in der Verwaltung und Diplomatie und bei den Wahlen in Preußen zu erhalten. (Sehr wahr! links.) Das wäre also die Voraussetzung zur Sammlung. Was aber antwortet der Reichskanzler auf die Anträge der Liberalen? Verfassungsreform — Nein! Wahlreform — Nein! Keine Einschränkung der Rechte der Krone, das heißt keine Einschränkung der feudalen Bureaucratie, keine Eingriffe in die Grundlagen der Verfassung, das heißt, es bleibt beim Junkerregiment. Das ist seine Antwort und das nennt er dann die Politik der mittleren Linie. (Weiterkeit links.) Man greift sich an die Stirn, wie es in dem Kopf dieses Staatsmannes ausstrahlt, hoffnungslos, kann man sagen, leicht der Mensch der Götterstarke. (Weiterkeit.) Das ist wirklich

der Gipfel der Verständigungslosigkeit,

das ist die Politik der mittleren Linie, auf der Herr v. Heydebrand marschiert. (Sehr wahr! und Heiterkeit links.) Da war denn doch der Vorgänger des Herrn v. Bethmann ein anderer Kerl, er hatte denn doch die Dinge etwas tiefer durchschaut. Als er das Experiment der Raarung von Skandinavien und Karpfen machte, da wußte er, daß er die Liberalen nur dafür gewinnen könnte, wenn er ihnen Konzessionen machte. Weiler waren sie ja nicht. Herr v. Bethmann, der damals bei ihm war, sagte: Na ja, das sind Bürgerrechte, aber wo bleibt das Fleisch? (Weiterkeit.) Die Abfälligkeit des Rajefaisbeleid-

gungsparagrafen, das Vereinsrecht war ja etwas, über die Haupt- sache war das Versprechen der Reform des preußi- schen Landtagswahlrechts und ihre Erwähnung in der Thronrede. Das war das große Verdienst, mit dem er diese Kom- binationen zustande brachte. Aber als er ernst damit machte, da war es auch mit der glücklichen Ehe vorbei. Nicht an der Erb- schaftsteuer allein, sondern in erster Linie an diesem Versprechen der Thronrede auf Änderung des Wahlrechts ist Bülow gefallen. Da hatte er die Konventionen an ihrem Heiligsten gefaßt.

Herr v. Bethmann, der wieder sammeln will, versucht gar nicht erst, Versprechen überhaupt zu geben, denn er sieht ja offen- bar nur noch auf seinem Platz, weil er sich gebunden hat, das Ver- sprechen in die Verfassung verschwinden zu lassen; er weiß ganz genau, in dem Moment, wo er sich erlaubte, dies Versprechen her- vorzuheben, wäre die Freundschaft mit der Rechten, die sowieso schon sehr klapprig ist, ganz zu Ende. Wenn er die Sammlung aber wirklich ernst betreiben wollte, so müßte er schon den Spuren Bülows folgen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Schreden ihm!) Darum ist eben die Sammlung un- möglich. Und wenn die Liberalen sich trotzdem mit der Rechten sammeln, dann würden wir Sozialdemokraten all die libera- len Wähler sammeln, die sich dann nach links revidieren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat es dann für passend gefunden, Angriffe zu richten gegen die Person des vor unserer Partei ge- stellten ersten Vizepräsidenten. Er hat auf eine Äuße- rung Scheidemanns gegen das Hohenzollernhaus Bezug ge- nommen, die man ausgegraben hat. Aber er hätte dann doch zum mindesten die Pflicht gehabt, auch daran zu erinnern, daß die harten Äußerungen eigentlich auf Gegenseitigkeit beruhen, und daß von der anderen Seite Äußerungen gefallen sind, so scharf, so hart, daß ihnen gegenüber diese Worte Scheidemanns sich doch noch schwach ausnehmen. Und viel schlimmer als diese Äuße- rung Scheidemanns ist die Rede der konservativen Presse gegen Bülow und gegen den König von Preußen gewesen, die darauf hin- wirkte, daß das Versprechen der Thronrede nicht gehalten, also

ein Vorbruch

begangen wurde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und Herr Rum, der sich auch über die Äußerung Scheidemanns entäußerte, erinnere ich an den Scheiterhaufenbrief des ihm ja recht nahestehenden verstorbenen Abg. Stöcker.

Dann hat der Reichskanzler auch darin eingegriffen, daß dem Präsidenten und dem zweiten Vizepräsidenten die nachgeforderte Audienz verweigert worden ist. Ich hoffe, die Herren werden sich darüber freuen. Als es zuerst hieß, es sei ein persönlicher Akt des Kaisers, dachte ich an das Wort Bülows, der Kaiser sei nicht so kleinlich. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Verweige- rung der Audienz soll ja nun offenbar eine Profession sein, die man auf den Reichstag ausübt. Ich frage, entspricht es der Un- abhängigkeit des Reichstags als einer souveränen Körperschaft, daß er derartigen Professionsversuchen nachgibt? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

republikanischen Gesinnung der Sozialdemokratie

soll ihre Zulassung zur Mitarbeit scheitern. Nun bei der eisa- chtrünglichen Verfassungsreform hat man danach nicht gefragt, und auch nicht, als es galt, die vom Kaiser als rettende Tat bezeichneten Caprivischen Handelsver- träge zustande zu bringen; da war unsere Mitarbeit will- kommen. Das theoretische Defensivverhältnis zur Republik haben schon ganz andere Leute abgegeben, selbst Bismarck. (Lachen rechts.) Dann haben Sie eben keine „Gedanken und Er- innerungen“ nicht gelesen. Da heißt es auf der ersten Seite: „Als normales Produkt unseres staatlichen Unterrichts verließ ich Osnabrück 1832 die Schule als Pantheist, und wenn nicht als Re- publikaner, doch mit der Ueberzeugung, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemo- kraten.) Und Johannes Riquel hat ja sogar den Thronan- mord propagiert und starb doch als preußischer Staats- minister. Also so ganz unorthodox sind solche Anschauungen nicht.

All das, was Sie gegen uns vorbringen, ist ja auch gar nicht der Grund Ihrer Schmerzen. Der wahre Grund ist, daß unser Einfluß in der Sozialpolitik von denen Opfer heißt, die die Opfer können, die aber nicht an ihren Geldbeutel herankommen lassen wollen. Die Maßstäbe, die Sie geben, laufen darauf hinaus, die Monarchie in Deutschland zu einer Kinder- heitsmonarchie zu machen. Wenn aber eine Staatsform in Zukunft immer weniger möglich wird, so sind es Minderheits- monarchien oder auch Minderheitsrepubliken. Die Monarchie wird der allgemeinen Schulbildung, der allgemeinen Wehrpflicht führt mit eherner Notwendigkeit dazu, daß der Wille der Masse des Volkes höchsten Geses wird. In diesen Tagen erst ist eine Minderheitsmonarchie zusammengebrochen, die Tausende von Jahren bestanden hat, in China. Und warum? Weil sie nicht verstanden hat, sich den Notwendigkeiten der Zeit an- zupassen. (Sehr gut! links.)

Die preußischen Mandats

suchen ebenso die Monarchen allein als Instrument ihres Willens zu benutzen. Sie sollten daran denken, daß die Revolution in China nur durch die chinesischen Junker zustande gekommen ist (Lachen rechts), die durchaus an dem Ueberlebenden festhalten wollten.

1907 hieß es, der Wahlausfall sei ein Gottesgericht. Dann ist doch aber wohl der jetzige Wahlausfall ebenso ein Gottesgericht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Da sollten Sie mal nachdenken, ob Sie nicht daran schuld sind, daß er jetzt gegen Sie gestanden ist. Das Wort vox populi, vox dei (Volkes Stimme ist Gottes Stimme) sollten Sie doch auch gelten lassen, wenn es Ihnen unbedeuer ist.

Sehr dankenswerter Weise veröffentlicht heute die „Vossische Zeitung“ die Ratschläge, die Stein und Hardenberg 1807 dem König von Preußen gaben in einer Denkschrift, worin von den Grundrissen der französischen Revolution gehandelt wurde. Da heißt es, es sei

ein Wahn

daß man der Revolution am sichersten durch Festhalten an dem Alten begegne. . . Die Gewalt dieser Grundriss- sache ist so groß, daß der Staat, der sie nicht annimmt, entweder seinem Untergang oder der erzwungenen Annahme entgegengeht. . . Man schreie ja nicht zurück vor dem, was als Hauptgrund- sache geordert wird: Mögliche Freiheit und Gleichheit. Graf Schwerin-Löwis hat neulich gefragt: Wo ist der Geist von 1907? Ich stelle die Gegenfrage: Wo sind die Staats- männer, die heute dem König solche Ratschläge geben? (Sehr richtig!) Ein einseitiger Staatsmann muß sich sagen, daß eine Verödung mit der Monarchie heute nur dann denkbar wäre, wenn man dem Volke in Reich, Land und Gemeinde eine moderne demokratische Verfassung gibt, so daß alle Staatsbürger sich als gleichberechtigt fühlen. Als in England vor ein paar Jahren sich die Gegenfrage zuspielt, da hat sich der Monarch nicht auf die Seite der Lords gestellt, sondern auf die

Seite der Mehrheit des Volkes.

Diesen Rat sollten unsere Minister auch unserem Monarchen geben. (Sehr gut! links.) Hinter den Anträgen auf Ausbau der Ver- fassung steht die große Mehrheit dieses Hauses und die über- wältigende Mehrheit der Wählerschaft. Die ab- lehrende Haltung des Kanzlers bedeutet daher die Kriegs- erklärung an den Willen des Volkes. (Sehr gut! links.) Wir sind bereit zur positiven Mitarbeit, aber die Haltung des Herrn von Bethmann bedeutet die absolute Negationspolitik, die reine Verneinung. Wenn die Abgeordneten, die auf dem Boden dieser Anträge stehen, geschlossen zusammenhalten, dann werden sie auch instand sein, die Forderungen durch- zusetzen, und die Wählerschaft erwartet dies von ihnen. Ge- lingt es trotz des geschlossenen Zusammengehens nicht, den Wider- stand der Regierung zu überwinden, dann haben wir ein gutes Gewissen, dann wird es Neuwahlen geben und

ein neues Volksgericht.

Verfaßt der Liberalismus aber diesmal, dann kann er sich als Liberalismus begraben lassen, dann wird die Sozialdemokratie um so schneller wachsen, bis sie allein stark genug ist, dem Willen des Volkes in diesen Fragen Geltung zu verschaffen.

Natürlich ist hiermit die soziale Frage nicht gelöst, aber es ist die Voraussetzung gegeben für eine friedliche Weiter- und Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse. Die Sozialdemokratie ist der Ausdruck der aus der Tiefe der Gesellschaft aufwärts strebenden Kräfte. Die Millionen, die heute unten bei schwerer, erschöpfender Arbeit um ihre Existenz kämpfen, die so gut wie ausgeschlossen sind von all den höheren Kulturwerten, mit denen Wissenschaft und Kunst das Leben des Menschen verschö- nern können, die Millionen, die bedrückt und bevormundet sind, die sich überall als Bürger zweiter Klasse behandeln lassen müssen, diese Millionen wollen aufsteigen zu einer menschenwürdigen Existenz. Beseitigung des Zwanges zur Massen- armut, Entfaltung aller Kräfte und aller Glücksmöglichkeiten, das ist das große Ideal, das große Entwicklungsziel, dem die Sozial- demokratie lebt. Darum ist sie unüberwindlich, und mit ihren verrosteten und vermoderten Waffen wird die Regierung die Sozialdemokratie an der Er- füllung dieser welthistorischen Mission nicht zu hindern imstande sein. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Schiffer (noll.): Ich habe mich lediglich zum Worte gemeldet, um das verlangte Zeugnis abzugeben über die Vor- gänge vor der Präsidentenwahl. Ich kann nur die Darstellung meines Freundes Naase als zutreffend bekräftigen. Herr Bebel muß sich geirrt haben. (Hört, hört! rechts.) Seine Dar- stellung, soweit sie reicht, mag zutreffend sein; sie reicht aber nicht bis zu dem Moment, auf den es hier ankommt, nämlich bis zu den Erklärungen, die bei der letzten Besprechung mit dem Zentrum, der freisinnigen Volkspartei und uns von ihm abgegeben worden sind. Die Äußerungen des Herrn Bebel bei dieser Besprechung konnten nicht anders aufgefaßt werden als dahin, daß der sozial- demokratische Vizepräsident im Falle der Behinderung des ersten Präsidenten bereit sein werde, den Besuch bei Hofe zu machen und das Kaiserhoch auszubringen. (Hört, hört! rechts.) Herr Bebel mag die anderen Teilnehmer bei der Besprechung fragen, er wird die Antwort bekommen, daß sie genau denselben Eindruck gehabt haben. Außerdem habe ich damals noch ausdrücklich zum Schluß festgestellt, daß diese Äußerung gefallen ist. (Abg. Bebel: Das ist nicht wahr!) Das habe ich ge- tan, ohne irgendwelchen Widerspruch zu finden. Wenn Herr Bebel sich daran nicht erinnert, so wird er sich vielleicht an eine scherz- hafte Bemerkung erinnern, die er selbst gemacht hat, indem er sagte, er könne allerdings nicht dafür garantieren, daß an dem entscheidenden Tage der sozialdemokratische Vizepräsident wegen einer Darmverfälschung (große Heiterkeit) die Leitung nicht über- nehmen könne. Herr Bebel muß das also vergessen und sich geirrt haben. Im übrigen muß ich ja jetzt annehmen, daß diese Er- klärung dem Willen seiner Partei nicht entspricht. Das halte ich für eine sehr erfreuliche Klärung, von der ich annehme, daß sie geeignet ist, unsere politischen Entschlüsse für die Zukunft außerordentlich zu erleichtern. (Lebhafter Hört, hört! rechts.)

Abg. Bebel (Sog.):

Ueber die Erklärung des Herrn Schiffer bin ich einfach starr. (Bewegung und Zurufe: Und Gerber?) An der ganzen Darstellung ist fast kein wahres Wort. (Stürmische Heiter- keit. Große Bewegung. Rufe: Na, na!) Der Abg. Schiffer ist erst am zweiten Tag abends zu den Verhandlungen gekommen, und in dem Augenblick, wo er erschien, verschwand der Abg. Wassermann. (Hört, hört! und Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Die Verhandlungen mit den Herren Wassermann, Hund und wie ich glaube, Prinz Schönich-Carolath fanden am 7. Februar statt und seitens der nationalliberalen Herren wurden wir gefragt, ob wir die staatsrechtlichen Verpflich- tungen für den von uns beanspruchten ersten Vizepräsidenten über- nehmen. Wir erklärten: Selbstverständlich; worauf die Herren meinten, mehr zu fordern hätten sie keinen Anlaß. (Hört, hört! rechts.) Damit war für uns die ganze Frage der Hofgängererei entschieden.

Auch die Herren der freisinnigen Volkspartei, die ebenfalls zugegen waren, haben dieser Erklärung zugestimmt. (Hört, hört! rechts.) In den dann folgenden Verhandlungen mit dem Freiherrn v. Hertling erklärte dieser, seine persönliche Ansicht sei, von der Stellung des Präsidiums Abstand zu nehmen, über die Stellung der Faktion könne er ein Urteil nicht abgeben; ihm sei es wesentlich, daß derjenige, der auf eine Präsidentenstelle Anspruch mache, auch die höfischen Verpflichtungen übernehme; einen nationalliberalen Präsidenten würden sie unter keinen Umständen wählen. Auf seine ausdrückliche Frage, wie wir uns zum Kaiserhoch verhalten werden, erwiderten wir: es würde in dieser Beziehung

eine Aenderung unserer Haltung nicht eintreten.

Das erklärte ich Herrn v. Hertling am Vormittag des Tages, an dessen Abend die Besprechung mit Herrn Abg. Schiffer war. Danach bin ich zu den nationalliberalen und freisinnigen Herren hin- gegangen und habe ihnen diese Unterhaltung Wort für Wort erzählt; auch daß wir weitergehende Ansprüche ablehnen. Und das soll ich am gleichen Abend feierlich widerrufen haben! Rein wahres Wort an der Sache! (Lachen rechts.) In einer Be- sprechung an jenem Mittwochabend, die wir mit den liberalen Herren hatten, hieß es, es sei der Plan aufgetaucht, 4 Präsidenten zu wählen, die äußerste Rechte und Linke sollten dabei ausschneiden. Wir erklärten: Darüber ist nicht zu reden. Auch von einem Prä- sidium Zentrum-Volkspartei-Nationalliberale könne keine Rede sein, darüber verhandeln wir nicht. Darauf erklärten die Herren, dann existiere der Plan für sie ebenfalls nicht. Bei einer weiteren zwanglosen Unterhaltung wurde die Frage des Hofbesuchs sehr unzufrieden in Scherzen über Badenstrümpfe usw. besprochen. (Heiterkeit.) Auf die dabei gestellte Frage, wie wir zu den höfischen Veranstaltungen stünden, sagte ich: Davon kann keine Rede sein. Und jetzt sitzt Herr Schiffer — ich bin wieder hart vor Erhaunen — die Erklärung ab, ich speziell hätte erklärt, wir würden, wenn der Präsident verhindert sei, das Kaiserhoch auszubringen. Ich habe nur am Vormittag zu Herrn v. Hertling gesagt: wenn der Präsident verhindert ist, die offiziellen Verpflichtungen zu erfüllen, weil er krank ist, dann versteht es sich von selber, daß der Vize- präsident da eintreten muß. (Zuruf von den Nationalliberalen.) Von Hofgängererei und Kaiserhoch war dabei gar nicht die Rede. Das war keine Verhandlung, sondern eine Unterhaltung vor der Zusammenkunft mit den Zentrum- herren, zu der wir nicht eingeladen waren und an der wir uns nicht beteiligen wollten. Als in diesem Stadium der Unterhaltung die Zentrumsherren kamen, fragten wir sie, was ihre Faktion über unseren Anspruch auf den Vizepräsidenten beschloffen habe. Darauf gab uns, wie ich glaube, Herr Gröber die Antwort, seine Faktion hätte beschlossen, keinen nationalliberalen Präsidenten zu wählen, aber auch keinen sozialdemokratischen, weil sie

die Erfüllung der höfischen Verpflichtungen fordern müsse.

An Schiffers Gegenwart hat er dies erklärt und nun soll auf ein- mal das Gegenteil gesagt worden sein! Es ist doch menschen- unmöglich, daß ein Mensch mit gesundem Sinnen sich derartiges auszusprechen kommen läßt. Als dann gefragt wurde, was denn die Verhandlungen eigentlich noch für einen Zweck hätten, erklärten die Herren vom Zentrum, sie seien nur hier, um mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien zu verhan- deln und darauf haben wir uns entfernt, ebenso die frei- sinnigen und nationalliberalen Herren. (Heiterkeit rechts.) Als die entscheidende Stunde gekommen war, war eine Ver- einbarung über einen Präsidenten nicht vorhanden, und jetzt be- gannen die eigentlichen Verhandlungen in Fraktionszimmern der Nationalliberalen und da ist von Hofgängererei usw. kein Wort ge-

rebet worden. (Zurufe rechts.) Herr Schiffer war dabei, Herr Wassermann nicht mehr. Wir sagten: Wir sind bereit, Ihren Kandidaten als ersten Präsidenten zu wählen, wir sind ferner bereit, einen Freisinnigen als zweiten Vizepräsidenten zu wählen, dafür verlangen wir aber, daß die Nationalliberalen ausdrücklich erklären, daß sie unseren Kandidaten zum ersten Vizepräsidenten wählen. Wegen dieser Erklärung sträubte sich Herr Schiffer ganz gewaltig. Wir erklärten, daß wir uns ohne diese Erklärung auf nichts ein- lassen können. Wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß wir wissen, daß der rechtsstehende Flügel der Nationalliberalen unseren Kandidaten nicht wählen wird, aber um so mehr mühten wir auf einer solchen Erklärung bestehen. Als Herr Schiffer fragte, warum wir auf einer Erklärung bestehen, die seine Leute doch nicht bindet, sagten wir: Wenn Sie keine Erklärung geben, wählen wir Ihren Präsidenten und Sie lassen uns dann im Stich. Das war das Ende der Beratung. Die Nationalliberalen erklärten, die Wir waren unterdes übereingekommen, selbständig vor- zugehen und unseren Kandidaten durch

alle Wahlgänge durchzuwählen.

Das wurde von unserer Faktion einstimmig beschlossen. Am Wahltag kamen die nationalliberalen Herren zu uns und er- klärten: Sie würden den Prinzen Schönich-Carolath als Präsi- dentenkandidaten präsentieren, eine Mehrheit für einen sozialdemo- kratischen ersten Vizepräsidenten sei in ihrer Faktion nicht zu haben, dagegen habe sich eine große Mehrheit bereit erklärt, der Sozialdemokratie den zweiten Vizepräsidenten einzu- räumen; aber als ehrliche Männer könnten sie uns eine Ga- rantie, daß alle ihre Parteigenossen unseren Kandidaten wählen werden, nicht geben. Darauf sagten wir, wir werden bei un- serem Beschluß bleiben, und die Herren sagten: nun können sie ja machen, was sie wollen. Als ich nun zu unser aller Ueberraschung im dritten Wahlgang 175 Stimmen erhielt, sagten wir: da haben wir sicher eine Anzahl Nationalliberaler Bebel gewählt. (Heiterkeit rechts und im Zentrum.)

Na, wir haben uns gefreut; Sie können sich das vorstellen.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten hat offen- bar im Gegensatz zu der uns gegebenen Erklärung eine bedeutend größere Zahl Nationalliberaler Scheidemann gewählt und darauf hat Dr. Naase

unsere sämtlichen 110 Stimmen bekommen.

Das hierdurch hervorgerufene ungeheuerliche Aufsehen wurde vermehrt, als die nationalliberale Partei ihren Vizepräsi- denten moralisch zwang, auf seinen Sitz zu verzichten. Durch die Proteste im Lande waren die nationalliberalen Herren in einer sehr unangenehmen und peinlichen Lage. Das war aber nicht unsere Schuld (Sehr richtig! und Heiterkeit rechts und im Zentrum) und nun scheint mir, daß sie die üble Lage dadurch aus- zugleichen suchen, daß sie sich irgendeinen Sündenbock suchen. Und der soll ich sein. (Heiterkeit.) Zu einer derartigen Rolle habe ich aber mein Lebenlang nicht gepaßt und dazu gebe ich mich auch jetzt nicht her. Der Samperhalt war so, wie ich eben geschildert habe und ich muß jede anders ge- artete Schilderung als unrichtig zurückweisen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Naase (Sog.):

Ich will eine Erklärung abgeben, die es vielleicht plausibel macht, wie Herr Schiffer zu seiner Auffassung gelangt ist. Er hat den grundlegenden Verhandlungen gar nicht beigewohnt und konnte deshalb die Erklärungen seiner Freunde bei dieser Gelegenheit nicht. Diese haben unumwunden erklärt: wir können den Anspruch der Sozialdemokraten auf den ersten Vizepräsidenten anerkennen, da die Sozialdemokratie die staats- rechtlichen Verpflichtungen übernimmt, die mit diesem Amte verbunden sind; mehr zu fordern haben wir keine Anlaß. Damit war eine klare Grundlage für die Verhand- lungen gegeben. Erst als Herr Schiffer auf der Bildfläche erschien, wurde diese Grundlage wieder in Zweifel gezogen und eine Verzerrung hineingetragen. Er wird sich erinnern, daß ich ihm erklärte, die Frage der höfischen Verpflichtungen sei längst erledigt, weil seine eigenen Freunde uns gesagt hätten, daß sie

solche Bedingungen nicht stellen.

(Hört, hört! rechts.) Er meinte, das müßte ein Mißverständ- nis sein, worauf ich erwiderte, davon könne keine Rede sein, seine Parteifreunde hätten aus eigener Initiative in zweifel- freier Weise erklärt, daß sie an uns keine solchen Bedingungen stellen. Es wurde von nationalliberaler Seite sogar erklärt, es könne doch niemand der starken sozialdemokratischen Faktion, die einen so großen Machtfaktor im öffentlichen Leben darstelle, zu- muten, daß einer ihrer Angehörigen zu Hofe gehe, man müßte Rücksicht nehmen auf die Gefühle der Sozialdemokratie. (Hört, hört! rechts. Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es kann nun sein, daß dann zum Schluß, als Herr Schiffer dabei war, mein Parteifreund Bebel auf die Frage, was dann wird, wenn der Präsident krank ist, die Erklärung abgegeben hat: Nun, dann wird eben unser Vizepräsident die durch

die Geschäftsordnung begründeten Verpflichtungen erfüllen.

Er hat dabei ausdrücklich auf § 12 der Geschäftsordnung verwiesen, der die Anzeige der Konstituierung durch den Präsidenten vor- schreibt. Es ist auch vom Kaiserhoch bei dieser Gelegenheit noch nebenher gesprochen worden. (Alles bei den Nationalliberalen.) Ohne weiteres zugegeben. Aber es konnte niemand darüber im Zweifel sein nach dem, was vorher erklärt war, daß kein So- zialdemokrat ein Kaiserhoch ausbringen würde. Was hat denn sonst die von Herrn Schiffer erwähnte scherzhafte Äußerung Nebels für einen Sinn, als die: es ist nicht Aufgabe eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten, die Mehrheit des Hauses daran zu hindern, ein Hoch auf den Kaiser auszubringen; das wäre eine Taktlosigkeit. Es versteht sich aber von selbst, daß er dann die Forderung der Geschäfte dem zweiten Vizepräsi- denten überläßt oder, wie eben scherzhaft gesagt wurde, eine Darmverfälschung vorzuschüt. Jedenfalls hat Bebel bis zum letzten Augenblick hervorgehoben, daß ein sozialdemo- kratischer Vizepräsident nicht mit den beiden anderen Präsidenten zu Hofe gehen wird, um sich vorzustellen.

Ja meine, man könnte wirklich dies Kapitel schließen. Es wäre gar nicht aufgeschlagen worden, wenn die Verhandlungen mit denselben Herren von der nationalliberalen Partei bis zum Schluß geführt worden wären, mit denen sie eingeleitet worden sind. Die Herren haben sich sehr klar aus- geäußert. Herr Schiffer allerdings wollte, um den rechten Flügel seiner Faktion zu stärken, offenbar irgendeine Erklärung haben, auf die er sich mit seinen Freunden im Gegensatz zu den An- hängern des linken Flügels stützen konnte. Ich glaube, der Wunsch ist bei ihm Vater des Gedankens gewesen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Weil er wünschte, daß die Sozial- demokraten in dem von ihm dargelegten Sinne eine Erklärung abgaben, hat er die scherzhafte Bemerkung Nebels in seinem Sinne gedeutet, das heißt mißdeutet. (Bravo! bei den Sozialdemo- kraten.)

Abg. Gröber (Z.): Ich habe nur der einen Sitzung bei- gewohnt, die damit endete, daß die Vertreter der anderen Parteien das Lokal verließen. Herr Bebel läuft sich aber wohl darin, daß es in dieser Sitzung so kurz zugegangen ist, wie er es darstellte. Es gelangte damals ausdrücklich zur Feststellung, wie weit die Herren von der Sozialdemokratie zu gehen bereit wären. Dabei hat sich die Erklärung des Herrn Bebel nach meiner Erinnerung mit dem gedeutet, was Herr Schiffer hier angeführt hat: Wir würden bereit sein, wenn der erste Präsident verhindert sein würde, in seine Funktionen einzutreten und den Gang zu machen, sowie auch das Kaiserhoch auszubringen. Dagegen haben die Herren ausdrücklich erklärt, könnten wir uns nie damit ein- verstanden erklären, ohne eine solche Zwangsloge mit den beiden anderen Mitgliedern des Präsidiums den Besuch zu Hof zu machen. Das ist meine Erinnerung. (Bravo!)

Abg. Schiffer (noll.): Herr Gröber hat voll bestätigt, was ich gesagt habe. Herr Bebel hat sich im größten Teil seiner Rede gar nicht mit dem Punkt beschäftigt, auf den es ankommt, nämlich mit der einen Forderung, der ich beigemessen habe. Was das Mandat des Herrn Haase betrifft, so hat er lediglich die Tatsachen, die er nicht in Abrede stellen konnte, ausgelegt, und darauf geht das Wort: „Legt Ihre nicht aus, dann legt Ihr unter!“ (Sehr gut! rechts.) Mit dem Wunsch des Herrn Haase, nun Schluss zu machen, bin ich ganz einverstanden, die Tatsachen sind voll aufgeklärt. Jedenfalls wissen wir für alle Zukunft ganz genau, was wir nun von den Herren Sozialdemokraten zu erwarten haben. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Jund (noll.): Nach meiner Erinnerung, die mich nicht trügt, hat Herr Bebel gesagt, ein sozialdemokratischer Vizepräsident werde sich der Verpflichtung, ein Kaiserhoch auszubringen, nicht entziehen, falls dies bei Behinderung des Präsidenten nötig sei. Anwesend waren dabei Herr Gröber und von den Reichstagsmitgliedern Herr Heddinger und Müller-Meinungen. Als Scherz habe ich das nicht auffassen können. Ich bin aus der Verhandlung geschieden mit dem Eindruck, daß von Seiten des sozialdemokratischen Vizepräsidenten eine Brüstung der bürgerlichen Parteien nicht zu befürchten sei.

Abg. Bebel (Soz.): Das letzte ist vollkommen richtig. Wir sind keine Rüpel. Herr Kollege Jund. Dieser Brüstung würden wir uns niemals schuldig gemacht haben. Ich bestreite aber auf das entschiedenste, daß Ihre Darstellung richtig ist. War es nicht Abg. Jund selber mit seinem Freunde Wassermaier, die ausdrücklich im Eingang unserer Verhandlungen erklärt haben, daß, nachdem wir uns bereit erklärt hatten, die staatsrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, sie erklärten, nicht notwendig zu haben, weiteres von uns zu verlangen. Haben Sie (zu den Nationalliberalen) das erklärt oder nicht? (Zurufe bei den Nationalliberalen.) Ja, das bestreitet er nicht. Nun, was haben wir für einen Grund, nach dieser positiven Erklärung unserer ersten Verhandlung diese Konzessionen nachher zu geben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), nachdem unsere Fraktion auf Grund unserer Erklärung diese Stellung genommen hat? Und wie konnte ich mich denn zu einer so feierlichen Zurücknahme meiner Worte am Abend desselben Tages herbeilassen, an dessen vorigen Tag ich dem Abg. Jund, v. Herffing erklärt hatte:

Wir lassen uns auf nichts ein, wir können keine höfischen Verpflichtungen übernehmen, wir können uns am Kaiserhoch nicht beteiligen. Ich bedaure, daß Herr v. Herffing nicht hier ist, er würde das bestätigen und hat ganz gewiß in diesem Sinne die Fraktion berichtet. Darauf hat die Fraktion den Beschluß gefaßt, unter solchen Umständen keinem sozialdemokratischen Vizepräsidenten ihre Stimme zu geben. Ich frage Sie alle, meine Herren, wie nach einem solchen Verhalten unsererseits und speziell meinerseits ich einige Stunden später das über den Haufen werfen und die gegenteilige Erklärung abgeben könnte.

Ich kann nur sagen, ich verstehe das nicht. Das eine aber will ich den Herren erklären: Mit den Nationalliberalen lassen wir uns nie mehr in Verhandlungen ein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Große Heiterkeit und lebhafter Zurufe.)

Abg. Müller-Meinungen (Op.): Mir ist es ungemein peinlich, daß ich als Zeuge aufgerufen worden bin. Ich glaube, daß es ein trauriges Bild ist, das das deutsche Parlament gegenwärtig der Welt bietet. Ich halte es für einen traurigen Zustand, daß solche vertraulichen Besprechungen überhaupt in dieser Weise ausbeutet werden. (Sehr richtig!) Vor allem bedaure ich, daß es soweit gekommen ist, daß gewissermaßen die Glaubwürdigkeit des einen oder anderen Mitgliedes des Hauses bezweifelt worden ist. Ich bedaure das um so mehr, wenn es sich um ein so hoch angesehenes Mitglied wie Herrn Kollegen Bebel handelt. Es ist vom menschlichen Standpunkt immerhin unangenehm, einem Mann von der Stellung und dem Alter des Kollegen Bebel sagen zu müssen, daß er sich täuscht. Aber nach meiner Erinnerung kann ich lediglich das bestätigen, was Herr Gröber hier ausgesagt hat. Es entspricht vollkommen dem, was ich mir hier auch genau notiert habe über die betreffenden Bemerkungen des Herrn Bebel. Damit hoffe ich, daß für uns die Sache heute abend abgeschlossen ist.

Damit schließt die Debatte. Abg. Gröber (Z.) persönlich: Die von Herrn Dr. David angeführte Rede über den Weltkrieg, der im vorigen Jahre zu erwarten war, habe ich gehalten auf Grund von Mitteilungen, die mir wie vielen anderen Reichstagsabgeordneten, auch Parteifreunden des Herrn Dr. David, von deutscher amtlicher Stelle aus gemacht worden sind. Für mich ist die Frage gelöst, ob ich amtlichen Mitteilungen deutscher Staatsmänner oder Mitteilungen englischer Staatsmänner mehr Glauben beizumessen habe. Der Etat geht an die Budgetkommission. Die Anträge der Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberalen und des Zentrums auf

Änderung der Geschäftsordnung werden auf Antrag des Abg. Spahn (Z.) an die Geschäftsordnungscommission überwiesen. Es folgt die Beratung von kolonialen Rechnungssachen.

Abg. Koste (Soz.): Der unabhätbare Zustand, daß der Reichstag sich mit Rechnungen befassen muß, die fünf, sechs Jahre alt sind, muß endlich aufhören. In einer Reihe von Schutzgebieten ist bis in die neueste Zeit, wie die Rechnungen ergeben, ganz ungenügend gewirtschaftet worden. Leider gibt es gar keine Möglichkeit, die betreffenden Beamten wegen der Etatsüberschreitung zu zur Rechenschaft zu ziehen; das muß der Reichstag als Herausforderung empfinden. Der Rechnungshof muß hier befähigt, wie recht wir früher mit unserer Kritik über die Wirtschaft in den Kolonien gehabt haben. Um einen Dampfer um 6 Meter zu verlängern, hat man tausend Mark mehr verbraucht, als der Dampfer überhaupt gekostet hat. Nehmer führt eine Reihe von Beispielen solcher Mißwirtschaft an. Es wird uns natürlich auch hier nichts anderes übrig bleiben, als die Rechnungen an die Kommission zu verweisen.

Abg. Erzberger (Z.) äußert sich im selben Sinne wie der Vordredner. Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt Conze meint, daß die Finanzverwaltung nicht mit den Rechnungen im Rückstande sei und ebenso wenig die Kolonialverwaltung. Die erhobenen Vorwürfe beruhen meist auf Mißverständnissen.

Abg. Erzberger (Z.): Das Reichskolonialamt sollte uns ein Komptabilitätsgesetz vorlegen, dann würden eine ganze Reihe Schwierigkeiten fortfallen. Das wäre ein trauriger Staatssekretär, der nicht ein paar tausend Mark Mehrausgabe zu begründen müßte. Aber der Rechnungshof müßte damit ein Ende machen. Ein Regierungskommissar sagt zu, daß die im Reich bestehende Art der Rechnungslegung auch in den Kolonien eingeführt werden soll. Der Rechnungshof wird in Zukunft seine Bemerkungen viel eher dem Reichstag zu geben lassen können dank dem vom Reichstag beschlossenen vereinfachten Rechnungsverfahren. Die Rechnungssachen gehen an die Rechnungskommission. Das Haus verlegt sich. Mittwochs 1 Uhr: Interpellationen Ablah (Op.) und Albrecht (Soz.), betr. die Aufhebung der Bälle auf Kartoffeln und Futtermittel. Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Anträge der bürgerlichen Parteien im Reichstage. Am 17. Februar lief die 10tägige Frist ab, bis zu welcher bei Beginn jeder Legislaturperiode Anträge eingereicht werden müssen.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

wenn sie als gleichzeitig eingebracht gelten und den Vorrang genießen sollen, in der Reihenfolge der Parteien und nach der Auswahl der Antragsteller verhandelt zu werden. Deshalb ist kurz vor Ablauf dieser Frist noch eine Flut von 31 Anträgen — darunter allein 21 von den Polen — eingereicht worden.

- Das Zentrum beantragt:
1. Sicherung des Wahlheimnisses, dergestalt, daß die vorläufige Verletzung des Wahlheimnisses durch Mitglieder des Wahlvorstandes mit Kriminalstrafe bedroht wird, daß die Wahlurnen während der Wahl geschlossen gehalten und die Wahlumschläge vor der Entleerung gemischt und daß Normatbestimmungen über Wahlurne und Isolierraum erlassen werden;
 2. Gesetzliche Maßnahmen zur Bänderung der Leutenot in der Landwirtschaft;
 3. Regelung der Arbeitsverhältnisse fremdländischer Landarbeiter;
 4. Uebernahme der Fleischbeschaukosten auf den Staat und Ausdehnung der Entschädigungspflicht des Staates bei Viehseuchen;
 5. Schutzmaßnahmen gegen die „Hegerplage“.

Die Elsaß-Lothringer (Haus und Genossen) beantragen:

1. Ein Gesetz, monach die Elsaß-Lothringer Verfassung durch Landesgesetz abgeändert werden kann;
2. Aenderliche Regelung der Entschädigung der Bundesstaaten für Erhebung und Verwaltung der Zölle und Reichssteuern.

Die Fortschrittliche Volkspartei beantragt:

1. Aufhebung der bundesstaatlichen Koalitionsverbote für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und Gehnde, sowie Einführung einer Reichsgesetzgebung;
2. Erlass eines deutschen Auslieferungsgesetzes;
3. Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung, um ein besonderes Verfahren für Jugendliche zu ermöglichen.

- Die Polen beantragen:
1. Zusatz zu Artikel 14 der Verfassung: Die Berufung des Reichstages muß erfolgen, sobald sie von einem Drittel der Mitglieder verlangt wird;
 2. Wahlbeeinflussung, die unter Mißbrauch des Ansehens, der Gewalt und der Dienststellung erfolgen, unter Strafe zu stellen;
 3. Aufhebung der §§ 12, 17, 18 Ziffer 5 und 6, § 19 Ziffer 3 des Vereinsgesetzes;
 4. Unbeschränkte Haftpflicht der Beamten und ausschließliche Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte für Schadenersatzklagen;
 5. Reichsgesetzliche Regelung des Rechts der Ausländer;
 6. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens;
 7. Gesetzliche Unterjagung des Ausschankens von Branntwein und des Kleinhandels mit Branntwein und Spiritus an Sonn- und Festtagen und von 3 Uhr ab in vorbereitenden Verträgen;
 8. Vorlage eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes;
 9. Beseitigung aller Beschränkungen des Koalitionsrechts;
 10. Reichsgesetzliche Regelung des Koalitionsrechts der Landarbeiter;
 11. Gesetzliche Regelung der Verhältnisse der hauswirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter Aufhebung der Gefindordnung;
 12. Errichtung eines Reichsarbeitsamtes und einer Arbeitskammer;
 13. Gesetzliche Regelung des Abchlusses von Tarifverträgen durch Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, denen die Rechte von juristischen Personen zu verleihen sind, und Errichtung eines Reichsvereinsamtes;
 14. Uebernahme des Bergrechts auf die Reichsgesetzgebung;
 15. Einsetzung einer Reichsbehörde zum Zwecke der Untersuchung von Unfällen insbesondere der Massenunfälle beim Bergbau;
 16. Einführung des achtstündigen Arbeitstages für Zink- und Eisenhütten, Hüttenwerke, Walzwerke und die Chemische Industrie;
 17. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für Frauen in Fabriken und Bergwerken;
 18. Errichtung von Hüttenknappschaften;
 19. Zuziehung von Arbeitern bei der Baukontrolle;
 20. Zuziehung von Arbeitern zur Kontrolle der Betriebe durch die Gewerbeinspektion;
 21. Gewährung der Altersrente bei Vollendung des 60. Lebensjahres.

Aus dem preussischen Dreiklassenhaue.

Die Budgetkommission des preussischen Landtages beschäftigte sich am Montag mit dem preussischen Vergewerkschaft und im Zusammenhange damit mit einer nicht unterzeichneten Vorlage über die Beteiligung des preussischen Staates an der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln und der Mannheimer Schleppschiffahrtsgesellschaft. Der preussische Staat will sich infolge an diesen Gesellschaften beteiligen, daß von jeder Gesellschaft 51 Prozent der Aktien erworben wurden, um sich in der Gesellschaft die Majorität zu sichern. Die Aktien werden erworben bei der Kölner Gesellschaft mit 100 Proz., bei der Mannheimer mit 60 Prozent des Nennwertes, zusammen sind 3 250 000 M. hierfür anzulegen. Irrend einen Einfluss auf die Zusammensetzung der Gesellschaft will sich der Fiskus nicht sichern, es handle sich für ihn lediglich darum, die im staatlichen Bergbau gewonnenen Kohlen unabhängig nach Süddeutschland zu verfrachten zu können. Weder ein Preisdruck auf die Frachten, noch eine Monopolisierung der Schiffahrt sei in Aussicht genommen. Ein mit den Gesellschaften abgeschlossener Vertrag sieht lediglich vor, daß die Hälfte der Kohlen zum Preise von 21 M., die andere Hälfte zum Tagespreise verfrachtet werde. Durch diesen Vertrag glaubt der Staat frei gegenüber dem Kohlenproduzenten zu werden, er könne jederzeit aus Gründen des öffentlichen Wohles aus dem Standbist austreten, ohne um die Verfrachtung seiner Kohlen besorgt sein zu müssen.

In der Kommission wurden kapitalistische Bedenken geltend gemacht. Man fürchtete, der Staat könne als Kohlenproduzent niedrigeren Frachten festsetzen, als es mit den Interessen der anderen Aktionäre in Einklang zu bringen sei. Der Minister sollte sich nun ausdrücklich verpflichten, gebührende Rücksicht auf die Widertheit der Aktionäre zu nehmen. Er sagte das zu und versicherte auch, daß die Kaufleute, die gegenwärtig die Gesellschaft leiten, nicht durch Beamte verdrängt werden sollen. Aber auch damit war die Kommission noch nicht zufrieden; da Minister „streblich“ sind, wollte man eine Bindung der Regierung auch für die etwaigen Ministerfolger. Unter der Feitheit der Kommission verbot es der Minister inoffenbar, daß die Kaufleute, die in Preußen ja keine geringe sei. Die Vorlage der Regierung wurde angenommen.

Bei der Beratung des Bergrechts wurde darauf hingewiesen, daß etwaige höhere Verkaufspreise der Kohlen durch Erhöhung der Löhne ausgeglichen werden. Besonders in Westfalen werde man um Lohnerhöhungen nicht herumkommen. Die Kommission, die erst die Einnahmen höher einstellen wollte, trat dann von dieser Ansicht zurück. Im weiteren Verlauf wurde Beschwerde geführt über den Betrieb des Salzbergbaues in Hohensalza. Die Stadt sei dadurch gefährdet, denn ein Haus nach dem anderen fänge ein oder werde so beschädigt, daß es unwohnbar sei. Regierungsvertreter erklärten, die Schuld liege nicht am Bergbau, die Stadt sei auf Gips gebaut, es befänden sich im Boden Hohlräume, wie beispielsweise auch in Sauerhausen, das sei die Ursache jener Bodenrücken. Eine Entschädigung gezahlt werden könne, müsse also ein Verschulden des Fiskus im Prognose nachgewiesen werden. Die Parteien bestanden sich vor, diese Angelegenheit im Plenum erneut zur Sprache zu bringen.

Soziales.

Geitarbeiterausbeutung. Die Firma G. Ruhemann u. Co., Straußfedernfabrik, beschäftigte gestern wieder einmal stundenlang das Gewerbegericht.

Sie trat zunächst als Klägerin auf. Das Ehepaar Maßel hatte mit ihr am 24. Oktober v. J. einen Vertrag geschlossen, nach dem es bis zum 1. Mai d. J. mit mindestens 20 Arbeiterinnen Anknüpfarbeiten für die Beklagte auszuführen hatte und während der Vertragsdauer für Dritte nicht arbeiten durfte. Die Firma hatte sich verpflichtet, den Beklagten Geheluten für mindestens 20 Arbeiterinnen Arbeit zu den im Vertrage festgesetzten Löhnen zu geben. Die Löhne waren niedrig, Zuzahlung für den Unterhalt, die Heizung und Beleuchtung des Arbeitsraumes wurden nicht gewährt. Versicherungsbeträge für die bei den Beklagten beschäftigten Arbeiterinnen zu zahlen, lehnte die Klägerin ab. Die Kosten für Inzerate, die benötigt wurden, um Arbeiterinnen zu finden, hatte die Firma Ruhemann u. Co. zu tragen. Wegen der Niedrigkeit der Löhne hielten die Arbeiterinnen nicht lange aus. Das Maßel'sche Ehepaar stellte schließlich seine Tätigkeit für die Klägerin ein. Diese klagte darauf beim Gewerbegericht auf Fortsetzung des Vertrages. Das Streitobjekt gab die Klägerin vorläufig auf 200 M. an. Da die Beklagten ausschließlich für die Klägerin gearbeitet hatten, waren sie unzweifelhaft Arbeitnehmer der Klägerin und nicht selbständige Gewerbetreibende. Das Gericht erklärte sich deshalb für zuständig. Die Beklagten wendeten u. a. ein, daß die Niedrigkeit der an sie gezahlten Löhne die Erfüllung des Vertrages unmöglich gemacht habe. Ueber die Angemessenheit der Löhne werden mehrere Sachverständigen als Sachverständige vernommen. Uebereinstimmend bezeichneten die Löhne, die die Klägerin zahlte, als zu niedrig. Der Vertreter der Klägerin, Mitinhaber Ruhemann, suchte die Niedrigkeit der Löhne damit zu rechtfertigen, daß die Arbeiterinnen, die mit der Anfertigung von Bleureusen (so werden die gepulsten Straußfedern genannt) beschäftigt werden, diese Arbeit nur als Nebenbeschäftigung haben wollen.

Das Gericht, unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Maguhn, wies die Klage mit folgender Begründung ab: Die im Vertrage vorgesehenen Löhne sind so niedrig, daß sie als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet werden müssen. Da die Löhne aber den wesentlichen Bestandteil des Vertrages bilden, läuft der ganze Vertrag den guten Sitten zuwider. Er ist deshalb nichtig. Irrend welche Ansprüche können somit aus ihm nicht hergeleitet werden. Bald hinterher klagte eine auf eigene Rechnung für die Firma G. Ruhemann u. Co. tätig gewesene Geitarbeiterin. Sie war der für vier Straußfedern vereinbarte Lohn von 11,75 M. nicht gezahlt worden, weil die Arbeit mangelhaft sei. Der gerichtliche Sachverständige, Fußfedernfabrikant Tobias, gab sein Gutachten zugunsten der Zuzahlung.

Ein Mangel der Betriebskrankenkassen.

Als ein entschiedener Uebelstand ist es schon wiederholt bezeichnet worden, daß die Anstellung der Ärzte der Betriebskrankenkassen wesentlich in den Händen der Betriebsinhaber zu liegen pflegt. Es ist dann recht wohl erklärlich, daß manchmal ein neu angestellter Arzt, dem es an der Erhaltung der Stelle liegt, den Gesundheitszustand der Kassenmitglieder möglichst günstig darzustellen bemüht und Bezeichnungen wie chronische Weibergiftung, die der Betriebschef nicht gerne sieht, vermeidet, damit der Chef nicht, wie häufig der neue Arzt ist. Er glaubt es schließlich selbst, daß die Kollischmerzen des Viel- oder Zinkhüttenarbeiters von faulem Brote, alter Wurst oder dergleichen, aber nicht Weibergiftung herührt. So bemerkte schon im Jahre 1902 der Gewerbeamt für den Regierungsbezirk Oepeln, Regierungsrat Böhrner, daß es sich wohl seiner Beurteilung entziehe, ob und in wie weit das ausfallende günstige Ergebnis der seit dem 6. Februar 1910 durchgeführten Verbesserungen der Hütteneinrichtung zuzuschreiben sei. Es liege aber der Gebante nahe, daß bei der Schärffigkeit einer ganz scharfen Auseinanderhaltung verwandter Krankheiten der eine oder der andere Hüttenarzt gern das dem Hüttenleiter unbenommene Wort „Weibergiftung“ in den Kronenbüchern vermeidet. Auf fallend sei jedenfalls gegenüber dem Rückgange der Weibergiftungsfälle eine bedeutendere Vermehrung der Nierenkrankheiten und der Blutarumfälle. Prof. Dr. Sommerfeld in Berlin hat es daher schon vor Jahren als eine im Interesse der Arbeiter unbedingt zu stellende Forderung bezeichnet, daß die Betriebsleiter keinen Einfluß auf die Anstellung und Entlassung der bei den Betriebskrankenkassen tätigen Ärzte haben dürfen. Wie berechtigt diese Forderung ist, zeigt das Resultat einer unlängst von dem Kreisarzt in Raitowitz in einigen der bedeutendsten Zinkhütten desselben oben schon erwähnten Bezirks vorgenommenen Untersuchung, in dem seit Jahren in den behördlich vorgeschriebenen Kontrollbüchern für die durch die Bundesratsverordnungen vorgeschriebenen periodischen Untersuchungen keine Weibergiftungen mehr bezeichnet worden waren. Von den durch ihn unterrichteten 889 Arbeitern zeigten, wie Krebsdorf und Stamp in der „Concordia“ mitteilen, 182 = 20,5 Prozent Anzeichen von Weibergiftung. Hieraus kann man ersehen, wie wichtig die vollständige Unabhängigkeit des untersuchenden und behandelnden Arztes von der Betriebsleitung ist.

Lehrverträge?

Rechnische Institute wie in der Kramattenbranche die sogenannten Kramattenakademien, trifft man in manchem anderen Gewerbe an. In ihnen wird versprochen, gegen Entgelt erwachsene Leute in den Arbeiten des jeweiligen Berufs in kürzester Zeit auszubilden. Die ganze Lehrzeit dauert nicht länger, als die vom Gesetz vorgesehene Probezeit bei ordnungsmäßigen Lehrverträgen ist. (§ 129b B.-O.)

So klagte gestern der Gutmacher R. beim Gewerbegericht. Er hatte sich durch ein Inzerat in der Tagespresse vorlesen lassen, mit dem Inhaber einer Böglerwerkstatt Stabernad einen lediglich mündlich vereinbarten Lehrvertrag einzugehen. Danach sollte er gegen 10 M. Lehrlohn in 10 bis 14 Tagen im Bögeln ausgebildet werden. Am Schluß des zweiten Tages, nach Bezahlung des Lehrlohnes, wurde er benachlässigt, auszusuchen. Damit war er nicht einverstanden. Nun forderte der Beklagte den Kläger zur sofortigen Fortsetzung des Lehrverhältnisses schriftlich auf. Dieser aber hatte an der Fortsetzung des Lehrverhältnisses kein Interesse, sondern nur an der Wiedererlangung des Lehrlohnes. Er klagte auf Rückzahlung des Lehrlohnes. Das Gewerbegericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Leo hielt es für gleichgültig, welche von den beiden Parteien die Lösung des Lehrverhältnisses vollzogen hat, da während der ersten vier Wochen das Lehrverhältnis ja jederszeit gekündigt werden kann. Da aber das Lehrverhältnis überhaupt nur etwa zehn Tage dauern sollte, aber nur zwei Tage gebauert hat, so mußte es verteilt werden. Da der Beklagte in den ersten Tagen sich mehr mit dem Kläger zu schaffen machen muß, wie in den letzten, so könnten für die ersten beiden Tage 150 M. pro Tag berechnet werden, 7 M. müssen aber dem Kläger zurückerstattet werden. Der Beklagte verpflichtete sich, im Vergleichsweg dem Kläger die 7 M. zu zahlen, um sich die Kosten des Verfahrens zu ersparen.

Die Ansicht, daß auf ein für zehn Tage berechnetes Lehrverhältnis die Vorchrift der Gewerbeordnung zutriffe, nach der innerhalb vier Wochen einseitiger Rücktritt gestattet ist, dürfte sehr greifen. Im vorliegenden Falle hätte geprüft werden sollen, ob in der Tat ein Lehrverhältnis auf seiten des Beklagten ernstlich beabsichtigt war. Die Kürze der Lehrzeit und die Aufforderung, in dieser noch auszusuchen, hätten zu der Annahme berechtigt, daß dies nicht der Fall war. Danach hätte das volle Lehrlohn zurückerstattet werden müssen. Vergleiche in solchen Dingen befördern nur die durchaus zu bekämpfende Unsitte solcher „Lehrverträge“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Oberbehörde findet 21 mit 24 und 26, nach vier Tropfen — 24 Tropfen —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends von 4½ bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Buchstab und eine Zahl als Zeichen zu bezeichnen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnahmeentscheidung beizulegen ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Sprache vor. B. W. Leiber nicht zum Adressat gelangen, obgleich wir sachlich damit einverstanden sind. Wir haben uns auch schon oft in gleichem Sinne geäußert. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom Dienstag, den 20. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Das Wassergesetz.

(2. Tag.)

Abg. Dr. Deumer (natl.) betont, daß dieses Gesetz nur auf der Parität zwischen Landwirtschaft und Industrie beruhen könne.

Abg. Dr. Fleck (Rp.): Das Gesetz gibt nicht die Hoffnung auf Lösung der Abwässerungsschwierigkeiten, sondern dürfte sie vielmehr nur vergrößern.

Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer: Der Entwurf hat eine im ganzen wohlwollende Beurteilung gefunden.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz., zur Geschäftsordnung): Die Herren von der Rechten wollen sich offenbar wieder einmal das in diesem Hause übliche Vergnügen leisten, mir das Wort abzuschneiden.

Präsident Herr v. Erffa: Wenn die Mehrheit des Hauses den Schluß der Vernehmung wünschen würde, so hätten Sie nicht das Recht, eine solche unzulässige Kritik daran zu knüpfen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich halte den Schluß der Vernehmung in diesem Augenblick für unzulässig.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Deumer (natl., persönlich): Ich bin dem Minister dankbar für die liebenswürdige Beurteilung meiner Tätigkeit in der Rheinischfabrikkommission.

Der Entwurf geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern; die Denkschrift über die Hochwasserschäden im Rheingebiet wird debattelos zur Kenntnis genommen.

Es folgt die Beratung eines nationalliberalen Antrages betreffend die Maßnahmen gegen die Sturmflutschäden an der Westküste Schleswig-Holsteins.

Abg. Dr. Schifferer (natl.) begründet den Antrag, der Staatshilfe verlangt.

Abg. Bauffe (fl.) schließt sich an.

Abg. Waldstein (Sp.) stimmt dem Antrage zu.

Abg. Dr. Schifferer (natl.) weist in seinem Schlusswort die Unternehmung entsehr zurück.

Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Es folgt die Beratung eines Antrages Schmedding (Str.) wonach der § 1 des

Fürsorgeerziehungsgesetzes dahin abgeändert werden soll, daß ein Minderjähriger, welcher das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, der Fürsorgeerziehung überwie-

Abg. Schmedding (Str.) begründet den Antrag.

Abg. v. Hoffe (L.) beantragt Kommissionsberatung.

Abg. Hirsch (Soz.): Obgleich schon der Minister des Innern v. Rolffe bei der Beratung eines Antrages Lenze im Herrenhause sorgfältige Prüfung der Frage versprochen hat, ob das jetzige Fürsorgeerziehungsgesetz

genüge, ist bisher nichts geschehen und die Regierung scheint die Notwendigkeit einer Reform immer noch nicht einzusehen.

Die Vorredner haben sich für die Familienziehung ausgesprochen, namentlich weil sie billiger ist.

Wenn irgendwelche Kinder, so bedürfen gerade diejenigen, die der Verwahrlosung anheimzufallen drohen, einer liebevollen und individualisierenden Behandlung.

Schlechte Wohnungsverhältnisse in den Großstädten

verschlechtert noch die kaum beschreiblichen Wohnungsverhältnisse; es bedeutet eine schwere sittliche Gefahr.

Abg. v. Hoffe (L.) beantragt Kommissionsberatung.

Abg. Hirsch (Soz.): Obgleich schon der Minister des Innern v. Rolffe bei der Beratung eines Antrages Lenze im Herrenhause sorgfältige Prüfung der Frage versprochen hat, ob das jetzige Fürsorgeerziehungsgesetz

zu dem Schluß kommen, daß es höchste Zeit ist, endlich etwas für die

Verbesserung der Wohnungsverhältnisse

zu tun. (Sehr wahr! links.) Was könnte mit den für die Fürsorgeerziehung aufgewendeten Geldern zur Beseitigung des Wohnungslebens geschehen, wenn sich die Regierung entschließen könnte, das längst angeforderte Wohnungsgesetz dem Landtag endlich vorzulegen.

Die Regierung hat geschwiegen, genau so, wie auf frühere Anfragen, die wir über das Schicksal des Wohnungsgesetzes gestellt haben.

Wir haben das Schicksal des Wohnungsgesetzes gestellt, da wir über das Schicksal des Wohnungsgesetzes gestellt haben.

Wir wissen, daß die Armenverbände durch die Fürsorgeerziehung finanziell sehr belastet werden, aber die Kosten dürfen keine Rolle spielen, denn es handelt sich, wenn man die Sache richtig versteht, um eine hervorragende kulturelle Aufgabe, der gegenüber Kosten nicht ins Gewicht fallen können.

Wir haben ja auch heute schon eine Reihe von Großstädten, die nicht erst, wenn das Gesetz eingegriffen hat, sondern schon vor dem Eintreten der gesetzlichen Verpflichtung verwahrloste Kinder auf eigene Kosten in Anstalten unterbringen.

Abg. Dr. Fleck (Rp.): Sofortige Annahme des Antrages wäre uns am liebsten.

Abg. v. Kardorff (fl.): Der ursprüngliche vorbeugende Charakter des Fürsorgeerziehungsgesetzes muß wieder zur Geltung kommen.

Der Antrag Schmedding geht an die verstärkte Gemeindefunktion.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Mittwoch 11 Uhr: Justizetat.

Schluß 3/4 Uhr.

Aus der Partei.

Genosse Bebel

bittet uns mitzuteilen, daß er die nächsten Tage von Hause abwesend ist.

Die erste Gemeindevorstanderversammlung für den Agitationsbezirk Erfurt (umfassend die Wahlkreise Erfurt-Schleusingen, Ziegenrück, Nordhausen, Mühlhausen und Heiligenstadt) wurde am Sonntag in Erfurt abgehalten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Zentrumsprozess.

Die Strafkammer in München verhandelte eine Woche hindurch gegen den Landtagsabgeordneten Genossen Kuer wegen Verleumdung einiger Zentrumsgrößen, denen der Vortwurf gemacht worden war, daß sie ihr staatliches Amt im Parteinteresse des Zentrums mißbraucht hätten.

Die beliedigte Schwarzburg-Sondershäuser Regierung.

Am 25. November vorigen Jahres beschäftigte sich eine öffentliche Volksversammlung in Arnstadt mit den von der Regierung vorgelegten Landtagsvorlagen sowie der Zustimmung der Regierung zum Arnstädter Krankenhaus, wozu dieselbe vertraglich verpflichtet ist.

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Siebert stellte Fragen an die Angeklagten, ob sie den Verfasser der Resolution nicht kennen, worüber letztere keinerlei Angaben machen konnten.

Nach weiteren Fragen wurde die Verweildauer geschlossen.

Ran ergitt der Staatsanwalt Runge aus Erfurt das Wort und betonte, daß die Angeklagten doch nur die Absicht gehabt hätten, die Regierung in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und die

Staatsautorität zu untergraben. Die Angeklagten hätten nicht einmal den Versuch gemacht, daß die Regierung ihre Stellung ändere, sondern sie hätten einfach diese beleidigende Resolution zur Kenntnis gebracht, deren Verfasser sich feige verstecke. Eine Geldstrafe könne hier nicht in Frage kommen, da bekanntlich diese Strafen von der Parteikasse getragen würden. Der § 193 müsse in diesem Falle verjagt werden und er beantrage eine Gefängnisstrafe von je sechs Monaten.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld Berlin verpfändete diese staatsanwaltlichen Ausführungen, wobei er besonders betonte, daß der Herr Staatsanwalt einen Beweis dafür nicht erbringen könne, daß die Parteikasse Geldstrafen bezahle, das sei eine von Staatsanwälten vorgebrachte Behauptung, die selbst durch die öftere Wiederholung noch nicht wahrer würde. Wenn weiter behauptet würde, daß es den Angeklagten nur darauf angekommen wäre, die Regierung zu beleidigen, so müsse er betonen, daß aus der Beweisführung, das Gegenteil sich ergeben hätte. Zweifellos müsse man die Umstände sich vor Augen führen, wie sie in der Versammlung waren. In Preußen würde z. B. von weiten Kreisen der Bevölkerung an der Steuererhebung Kritik geübt, in Schwarzburg-Sondershausen sei die Gefangenschaft die minderbemittelte Bevölkerung bedeutend schlechter und dazu schlage die Regierung weitere Verschlechterungen vor.

Die Angeklagten hätten weiter nichts getan, als lediglich der Regierung die Stimmung der Versammlung übermitteln, dies stelle noch keine Beleidigung dar, weil nicht hervorgehe, daß sie sich die Meinung der Versammlung zu der ihren gemacht haben. Sollte das Gericht eine andere Meinung haben, so komme aber auch § 193 hier in Anwendung, denn beide hätten doch die Interessen der Gemeinde, wo sie wohnen, gewahrt; noch dazu der Angeklagte Vorkämpfer der Gemeindevertreter sei. Er bitte um Freisprechung.

Nach beinahe einständiger Beratung gab das Gericht mit seinem Urteil bekannt, daß es für den Antrag des Staatsanwalts kein Verständnis hatte. Der Angeklagte Krauser wurde zu 150 und Vorkämpfer zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Amtsanwälte und Redakteure.

Als im Herbst v. J. Genosse Redakteur Dahl von der Erfurter „Tribüne“ nach Verbüßung einer wegen Preßvergehen erhaltenen Gefängnisstrafe wieder in die Freiheit zurückkehrte, wurde er von einem Arbeiter auf der Straße mit einem Hochrufe empfangen. Der Arbeiter erhielt eine Anklage wegen groben Unfugs und der Amtsanwalt erlaubte sich in der Begründung seines Strafantrages die Bemerkung, es könne dahingestellt bleiben, ob es eines Staatsbürgers würdig sei, einem Menschen zuzujubeln, der eben aus dem Gefängnis entlassen sei.

Die „Essener Arbeiterzeitung“ war empört über eine solche Bemerkung und beantwortete sie damit, daß sie schrieb: „Einem aus dem Gefängnis entlassenen Amtsanwalt zuzujubeln, würde allerdings in den meisten Fällen eines Staatsbürgers unwürdig sein.“ Die Folge war eine Anklage wegen Beleidigung des Erfurter Amtsanwalts Großmann. Vor der Essener Strafkammer wurde festgestellt, daß Großmann seinerzeit die obererwähnte Äußerung wirklich getan hatte. Der angeklagte Redakteur Genosse Reumann berief sich deshalb auf § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrung berechtigter Interessen); das Gericht verurteilte ihn aber unter Verlesung des Schutzes des § 193 zu zweihundert Mark Strafe.

Kein „Nisfink“.

Während des Jenaer Parteitag's im September v. J. veranstalteten eine Anzahl Studenten, vermutlich Söhne reicher Väter, Büschchen, die wohl noch nicht nötig hatten, mit ihren Händen ein Stüchlein Brot zu verdienen, zur Verhöhnung der Sozialdemokratie und der Vertreter der Arbeiter einen Umzug, bei dem ein Haufen Mist — der den Grad der Bildung dieser Studenten charakterisierte — eine Rolle spielte. Die Folge waren Reibereien zwischen Studenten und Arbeitern und eine heftige Preßschelte, in der auch der Student Kubanden das Wort ergriff. Auf der Gegenseite fiel das Wort „Nisfink“, durch das sich Kubanden beleidigt fühlte. — Am Montag wurde nun der Genosse Drescher, der Verantwortliche der „Weimarer Volkszeitung“, vom Jenaer Schöffengericht wegen Beleidigung zu vierzig Mark Strafe verurteilt.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit in der Pforzheimer Schmutzindustrie.

Immer mehr macht sich das Bekleben bemerkbar, das technische Schaffen unserer Zeit in Form von volkswirtschaftlichen Monographien zu schildern. Das heutige Wirtschaftsleben in seiner Vielgestaltigkeit wird durch Einzeluntersuchungen zu erklären ver-

sucht. So sind denn von den verschiedenen volkswirtschaftlichen Schulen zahlreiche Abhandlungen über bestimmte abgegrenzte Wirtschaftszweige erschienen. Einen Versuch macht auch der Frankfurter Verlag, der zu seinen Technischen Monatsheften Sonderbeilagen, „Deutsche Arbeit“, herausgibt. Der ersten Untersuchung von Prof. Kollmann, „Die Großindustrie des Saargebietes“, ist nun eine Arbeit von Prof. Kücklin, „Die Pforzheimer Schmutzindustrie“, gefolgt. Der Verfasser widmet das Buch der gebildeten Laienwelt. Unter dieser „gebildeten Laienwelt“ seien auch die Frauen mit begriffen, „die ja in erster Linie als Verbraucher für die Pforzheimer Erzeugnisse in Frage kommen“.

Ob gerade diese gebildeten Frauen der vom Verfasser gedachte dankbarste Leserkreis sein werden, ist doch recht zweifelhaft. Die „Damen der Gesellschaft“ und die Bürgerfrauen behängen sich wohl mit Schmudsfachen, werden aber in den seltensten Fällen sich dafür interessieren, unter welchen Verhältnissen diese Erzeugnisse hergestellt werden.

Die Eigenart der Produktionstechnik in der Pforzheimer Schmutzindustrie hat auch hier der Frauenarbeit günstige Entwicklungsmöglichkeiten gegeben. Nach den neuesten Erhebungen stellt sich das Verhältnis der einzelnen Berufsgruppen in der Pforzheimer Feinmetallindustrie, ohne Lehrlinge, die etwa den fünften Teil betragen, wie folgt: männliche Arbeiter: 13 510. Dem stehen gegenüber weibliche Arbeitskräfte:

Kaufmännisches und Kontorpersonal	765
Polierinnen, Bürstinnen, Vergolddamen	3781
Netzenmacherinnen	1433
Aushauerinnen	495
Emalldamen	150
Hilfsarbeiterinnen u. dergl.	1370
Zusammen	7904

Die Frauenarbeit ist also ein wesentlicher Bestandteil der Pforzheimer Schmutzindustrie. Wir sehen auch hier, wie der Unternehmer die billigen Hände der Frau als Arbeitskräfte heranzieht. Nachdem die weiblichen Arbeiterinnen eine dreijährige Lehrzeit durchlaufen haben, arbeiten sie entweder als Polierin, Emalldame oder Aushauerin. Als Polierin finden sie an der Poliermaschine Verwendung, die eine kleine Drehbank darstellt und auf dem Arbeitstisch aufgestellt wird. Auf der Wogerechten, freistehenden Spindel werden die verschiedenen Polierwerkzeuge aufgesteckt oder aufgeschoben. Der Antrieb ist meist elektrisch. Da die gewöhnlichen Polierwerkzeuge, Vorstentbürsten und Filzschleiben nicht genügen, werden auch besondere Werkzeuge, Holzstäbchen, Lederriemen und Schnüre zum Polieren von Durchbrüchen u. dgl. verwendet. Dem eigentlichen Polieren geht das Glattschleifen voraus, durch das eine tadellose Blatte, aber noch kein Glanz erzeugt wird. Nach dem Polieren erhält hochglanzpolierte Ware noch einen leichten galvanischen Gold- resp. Silberüberzug, damit auch diejenigen Stellen die richtige Metallfarbe erhalten, die mangelhaft bearbeitet worden sind.

Schon dieses Beispiel der Polierinnen zeigt, daß die Arbeitstechnik in der Pforzheimer Industrie der Frauenarbeit angepaßt werden konnte. Das liegt an der Eigenart der Herstellungsweise und Kücklin sagt an anderer Stelle ganz richtig, daß es ältere Arbeiter und Arbeiterinnen in Pforzheim nicht gibt, da „die meisten Einrichtungen des Bijoutiers nur bei einem jugendlich scharfen Auge und bei einer jugendlich festen und sinken Hand so sicher und rasch erledigt werden können, wie die angepaßte Tätigkeit in den Fabriken es erfordert“. Damit gibt der Verfasser zugleich einen Beweis, daß auch dieses Wirtschaftszweig als ein Arbeiterelddorado nicht bezeichnet werden kann.

Das Buch ist eine fleißige Arbeit und zugleich eine interessante Studie, da der Verfasser uns einen Einblick in das kunstgewerbliche Schaffen gibt. Doch sucht Kücklin die Ursachen der hohen Sterblichkeitsziffern nicht in den schlechten Löhnen und der zu langen Arbeitszeit, sondern nach ihm sind die hohen Löhne die — Ursachen der unwirtschaftlichen Lebensführung. Wörtlich sagt er: „Schon die Sterblichkeitsziffern sind nicht gerade günstig, trotz der durchaus nicht schweren Arbeit, trotz der Sorgfalt, die auf gute, luftige, hygienisch einwandfreie Arbeitsräume verwendet wird. Daselbe ist bei den Arbeiterinnen der Fall und man muß wohl eine gewisse Neigung zu unwirtschaftlicher Lebensführung, die infolge der frühen Selbstständigkeit und der gerade bei jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen höchsten Löhne un-

zweifelhaft vorliegt, als Erklärung dieser Erscheinung herbeiziehen.“ Das ist ein Widerspruch! Die unwirtschaftliche Lebensführung ist in Wirklichkeit eine restlose Ausbeutung der Arbeitskraft der männlichen und weiblichen Bijoutierarbeiter. Denn die meisten Arbeiter beziehen nur bis zum 40. Jahre ihren Höchstlohn und sind dann gezwungen, sich nach einem anderen Verufe umzusehen.

Wie erinnerlich, versuchten bereits im vorigen Jahre die Arbeiter eine Regelung der Arbeitslöhne und eine zehnprozentige Lohnsteigerung durchzusetzen. Die Arbeiter streikten und als sie sich nicht bedingungslos den Unternehmern unterwerfen wollten, antworteten die Unternehmer mit einer Generalausperrung von 25 000 Mann. Obwohl die Regierung Vermittlungsvorschläge gemacht hatte, endete doch leider der Kampf zugunsten der Arbeiter, da die Metallindustriellen jede Verhandlung ablehnten. Daß die Regierung vermittelnd eingegriffen suchte, ist sicher nur ein Zeichen dafür, daß die Löhne in weitem Maße aufbesserungsbedürftig waren.

So sehen in Wirklichkeit die Arbeitsverhältnisse in der Pforzheimer Edelmetallindustrie aus! Kücklin gibt auch hier wieder einen Beweis dafür, mit welcher Steifheit wir solche Monographien betrachten müssen, denn nicht immer dienen solche Arbeiten dazu, die wirklichen Verhältnisse aufzudecken, sondern durch eine falsche, einseitige Darstellung ein verzerrtes Bild der Industrieverhältnisse zu geben.

Lesende.

Wilmersdorf-Halensee. Donnerstag abend 8 1/2 Uhr im Lokale des Genossen Schilling, Lauenburger Str. 20. Genossin Ottilie Vader hält einen Vortrag.

Wilmersdorf und Umgegend. Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Villa Kahl. Vortrag des Genossen Ullrich: Baumschulenweg über: Was erwarten die Frauen vom neuen Reichstag.

Verfammlungen.

Die Ortsverwaltung Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins hielt am 15. Februar ihre Generalversammlung ab. Die Versammlung wurde eingeleitet durch ein Referat des Reichstagsabgeordneten Thiele-Halle. Der Jahresbericht lag den Mitgliedern gedruckt vor. Wasnig als Vorsitzender und Steinberg als Kassierer gaben darum nur einige Erklärungen zum Jahresbericht. Die Neuwahlen zum Vorstand ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Wasnig, 2. Vorsitzender: Baders, Kassierer: Steinberg, Revisor: Stahl, Kurat, Hall, Krauß. Als Revisoren wurden gewählt: Petri-Neußölln, Kridde-Charlottenburg und Kinkel-Steglich.

Verband der Feiseurgeschilfen. In der Jahresversammlung wurde der gedruckte vorliegende Jahresbericht durch Binzig, Kranz und Liere erläutert. Von den 4523 Betrieben Beschäftigten 1916 gar kein Personal. Die Agitation ist durch den Umstand sehr erschwert, daß selten mehrere Gehilfen zusammen arbeiten. Im Berichtsjahre ist trotzdem ein Aufschwung zu verzeichnen. Die Beitragsleistungen stiegen von 18 848 auf 21 447. Der Arbeitsnachweis verzeichnet 9085 Vermittlungen gegen 8590 im Vorjahre. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug 807. Besondere Aufmerksamkeit ist den Stellenvermittlern geschenkt worden. Eines guten Besuches erfreute sich die Damenreifeerschule, die unter Leitung tüchtiger Lehrer gut floriert. In Lohnhöhenfragen kam es in 23 Fällen, die in 20 Fällen durch Verhandlung beigelegt werden konnten. Die Klage des Arbeitgebers Steinbock wegen Entschädigung von 500 M., weil sein Betrieb geipert worden war, ist in allen Instanzen abgewiesen worden. Die Beteiligung an der Raiffeisen sowie an den Delegiertenwahlen zur Ortsklasse war gut. Der Versuch der Rigdorter Zwangsinnung, eine Innungsstelle zu gründen, ist durch eingeleitete Beschwerde vereitelt worden. Die Lehrlingsversammlungen wurden recht interessant dadurch, daß Fachschullehrer und Meister den Besuch der Versammlungen zu verhindern suchten. Die Bibliothek wurde 219 mal in Anspruch genommen.

Die Einnahme betrug 6001,91, die Ausgabe 5662,68 M. An Unterstützung wurden 2231,45 M. verausgabt. In den Vorstand wurden gewählt: Liere, Bergmann, Gräber, Kranz, Krüger, Hering, Langer.

Leser- und Diktierklub „Zücht“. Heute Mittwoch, 6 1/2 Uhr, bei Reichardt, Böhmer Str. 58: Vortrag. Halle willkommen.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Zigarren- W. Herbst

Fabriken gegr. 1862. Tel.: Moritzplatz 3873. BERLINS W., Ritterstr. 83. Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen. Tarifarbeit.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Maß, schnell, sauber. Zahlen von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadtth. Bstr.)

Achtung!

Java-Umblatt und Einlage, leicht und flott bronzend, per Pfd. 1,30 M.

Hamburger Rohtabak-Haus

Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 25. 279/4*

H. & P. Uder,

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen. Amt IV. 3014.

Die chronische Stuhlverstopfung der Säuglinge wird meistens dadurch bewirkt, daß die Kinder in zu frühem Alter zuviel Kuhmilch erhalten, welche sich im Magen des Kindes zu fetten Klumpen zusammenballt und die der Verdauung viel mehr Widerstand leistet, als die Muttermilch. Durch den Zusatz von „Kufete“ zur Kuhmilch wird die Ver- dauung desselben im Magen des Kindes eine feinschleimige, leichter verbauliche und der Nährwert der Milch durch die in dem „Kufete“ enthaltenen Mineral- und Eiweißstoffe bedeutend erhöht.



Massive Landhäuser

von 5000,00 Mk. an, übernehme Hypothekengrillierung. Vertreterbesuch, Skizzen kostenlos. Stein, Prenzlauer Allee 90, VII. 6672.

Stoffe

Damentuche für elegante Kleider. Valetots etc. Nr. 2,50, 3,50, 4,50 M. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21. Petrikirche. vis-a-vis der

Michel-Salonbriketts

Nr. 7,75 pro 1000 frei Gehlsh. 21/7. Koch, Niddorf, Bergstr. 110 II*

Vorsicht!

Die glänzende Einführung von Palmin (Pflanzenfett) und Palmona (Pflanzenbutter-Margarine) hat zahllose Nachahmungen hervorgerufen. Achten Sie deshalb in Ihrem eigenen Interesse beim Einkauf darauf, daß Sie tatsächlich Palmin und Palmona bekommen und daß man Ihnen nicht Fabrikate aufdrängt, die Sie nicht kennen. Weisen Sie alle Nachahmungen unbedingt zurück. Dann gehen Sie ganz sicher!



H. Schlinck & Co. Aktiengesellschaft

Tuchlager-Gesellschaft, Hennrichstr. 147. Kommer Schwarz, Köpenicker-Str. 147. 27796

Persil

für Wollwäsche

(Wichtig-lesen!)

Das selbsttätige Waschmittel.

Nicht kochen, nur waschen in hand-warmer Persillauge von 30-40°. Keine weiteren Waschzusätze nehmen. Die Reinigung ist vollkommen, das Gewebe bleibt locker und grillig und die Wäsche wird gleichzeitig desinfiziert.

Erprobt u. gelobt!

Nur in Originalpaketen, niemals lose. HENKEL & CO., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda

Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich. Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Lehranstalten
Zuschulde-Schule des
Verbandes...
Rudolf Maurer
Friedrichstr. 55a, Ecke Mohrenstr.

Strahlendorffs
Handels-Akademie.
Beuthstr. 10 u. 11, I., III. Etage
Größtes Institut Berlins
Ansführt. Lehrpläne umsonst.

Linoleum u. Wachs.
Haase
Rixdorf, Linoleum
Rixdorf, Bergstr. 92.

Manufakturwaren
Grünberg Nachf. M.
Petersb.-Str. 29
Modewarenh.

Mehlhandlungen
Bethke, Georg,
Rixd., Eibost. 33, Kalk-Friedr. 51/54

Prese, Ernst
Geschäfte im
SO.

Gaeger, Otto
Paul Gaeger, Spandau.

Jos. Hauke
Heinrich, R.

Korn, Hugo
A. Kobbelt

Lenz & Jagmann,
Liedke, H., Fruchter, F.

Nietsch & Rabsack,
Otto Nowack Nachf., Spandau.

F. Pflügmacher, Colonnenstr. 48.
Jul. Penner
P. Rentner
Schleinitz, A.

Möbelmagazine
Gustav Böse
Berliner
Möbelhalle, Nordstr. 139/2.

Wilh. Gabbert,
Goppert, Paul, Zossenstr. 32.

Glaiser, A.,
H. Gebert,
Harmack

Küchenmöbel
Lüdecke,
Lange, Max

Misch
Rebsch, E., Spandau.

Emil Ruffner
Schmidt, Otto

Rob. Seelisch,
Slobok, W., Gneissaustr. 19.

Wilhelm Slotawa

Schwanke, Rixd., Hermannstr. 229
Wendland, Ernst
Herm. Wendland
Jos. Werner

Möbel-Transport
Robert Frenzel,
J. Lange

Molkereien
Molkerei Nord-West
Milchkuranstalt
am Viktoriapark

Kinder- und Kermilch.
Milch Schmidt

Musikalien
Scholz
Musikinstrumente

Braun, Emil
Kirst, Rich.,
Plato & Co.,

Musik-Haus
Menzenhauer
Reetz, Spandau,
Schadtko, Otto, R., Rixdorf, 118.

Nähmaschinen
Bellmann, K.,
Ferra,
Pfaß

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Optiker
Bardorf,
Dase, Paul, N., Müllerstr. 174.

Papier- u. Schreibw.
O. Prochnow, Rixd., Hermannstr. 62.

Pfandleihen
Rixd., Pfandleihe
Spezialbiller Betreuer, Hochmoderne

Putz- u. Modewaren
M. Haase
34 Hermann-Str. 34

Puppen
P. R. Zierow,
Rosterhandlungen

Schuhwaren, Schuhm.
Ernst Adam,
Anhalt, E., Andreasstr. 15.

Max Busse
W. Eisolt,
Eilinghausen, Gebr.,

M. Karol
Knebusch, W.,
E. Kauth,
B. Lechermann,
Lehmann, Alb.,

Lüders, H.,
Nolte, R.,

Herm. Körner,
G. Kramer,
Fiedr. A. Lange,
Paul Lehmann,
Ernst Müller,
Nehring,
C. Neumann,
Peterson,
P. Plauemann,

Reetz, Max
G. Reichenberg,
Schmidt, Gebr.,

Schuhwarenhaus des Westens
Schwarsener,
Alb. Seeger,
A. Tretlow,
Witt, Spand.,

Schirme u. Stöcke
Grod, F.,
Herrmann,
Johannich,
K. Lecke,
A. Rieke,
Herm. Rosenky,

Seifen
Gustav Gamba,
Heidke,
Toppiche u. Gardinen

J. A. Schulz
Trauer-Magazin
Westmann

Uhren u. Goldwaren
Oscar Aldag,
Otto Brauer,

Max Busse
W. Eisolt,
Eilinghausen, Gebr.,

M. Karol
Knebusch, W.,
E. Kauth,
B. Lechermann,
Lehmann, Alb.,

Lüders, H.,
Nolte, R.,

Rudolf Plunz,
Emil Quade
Carl Schlewinsky,
R. Schmelz,
Willy Schmidt,

Gustav Scholz
Schönemann, G.,
F. Schönbach,
Schumacher, O.,
Schulz, Osw.,

W. Stendel
Max Storch,
M. Tomesch,
Paul Treck,
A. Trosser,

Uhren- u. Goldwaren-Industrie
Berlin 200,
direkt Bezugsquelle Katalog gratis.

Wittig, Ad.,
Zabel, Nchf.,

Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-

„Friedrich Wilhelm“
Berlin WS,
Leben-, Sterbekasse- u. Arbeitslosen-.

Iduna zu Halle a. S.
Berlin,
Volks- u. Lebensversicherung.

Warenhäuser
Warenhaus M. Hirsch
Spandau

Wilh. Herm. Lesser
Kleinstr. 54,
Bei jedem Einkauf Rabattm.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte
Hugo Beling
60 Filialen in allen Stadtteilen.

Witte, Max
Zastrow,
Zahn-Atelier

Ignatz Sello
Esselstr. 2,
Eing. 11/12

Conrad
Waschmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
Krone aller Waschmittel.

Georgi, Ernst
Hoffmann,
Hoppe, E.,
Julius John

Jonas, Hermann
Juncker, H.,
Carl Klein,
Robert Kutsche,

Ch. Loewy,
Moyner,
Fr. Ollwetzki,

M. Schaefer
S.W. Hollmannstr. 43
W. Maassenstr. 17.

Schroen,
Otto Seelisch,
Hermann Weyer,

Ad. Schaefer Nchf.
SO. Admiralstr. 4.

Albert Vogt
Wild u. Goffel
C. Dittmann,
P. Hildebrandt,

Zahn-Atelier
E. Bode,
Hollbruch,
Herold, H.,

Witte, Max
Zastrow,
Zahn-Atelier

Verkäufe.

Germania 6
Hebermanns
Ordnungspolizei

Leppische
Leppische (Hardenfeller),
Leppische (Hardenfeller),

Möbelverkauf
Möbelverkauf
Möbelverkauf

Musikinstrumente
Musikinstrumente
Musikinstrumente

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt), 3. und 4. Abteilung. Mittwoch, den 21. Februar, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 108: Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Genossen Julius Hilbrandt: Die Wahlwahl im zweiten Berliner Landtagswahlkreis. Bestätigung der Wahlmänner. Zahlreichen Besuch der Arbeiter und aller Wahlmänner erwartet Das Wahlkomitee.

Nieder-Schöneweide. Am Donnerstag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Wirtschaft „Voreley“, Berliner Str. 101: Öffentliche Gemeindeväckerversammlung. — Am Sonntag, den 25. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Pöck, Restaurant „Waldhaus“, Berliner Str. 85. Tagesordnung: 1. Gemeindeväckerangelegenheiten. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Bessen. Am Donnerstag abends 8 1/2 Uhr: Monatsversammlung des Wahlvereins. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Februarfrühling. Seit dem Anfang dieser Woche ist die Witterung im größten Teile Deutschlands völlig frühlingshaft geworden. Die Erwärmung hat sich sehr schnell und mit ungewöhnlicher Intensität eingestellt. Am Rheingebiet stieg das Thermometer an den beiden letzten Tagen vielfach bis auf 15 Grad Wärme, vereinzelt sogar etwas höher; auch in Süd-, Mittel- und Norddeutschland wurden Sonntag und Montag fast durchweg 10 Grad Wärme überschritten. Berlin brachte es Sonntag auf 13 Grad; das Tagesmittel der Temperatur, das für dieses Datum normalerweise 0,8 Grad beträgt, erreichte 9 Grad Wärme, ein Wert, der normal erst volle zwei Monate später, im letzten April, vorkommt. Montag früh hatte Kochen schon 8 Grad Wärme. Nur im äußersten Norden des Landes herrschen zurzeit etwa normale Temperaturen; dort sind noch ganz leichte Nachfröste vorgekommen. Die Ursache des vorzeitigen Frühlingswitters ist in einer der Erwärmung sehr günstigen Luftdruckverteilung zu suchen. Ein ausgedehntes Maximum von fast 770 Millimeter Höhe liegt über dem Mittelmeer, während ein tiefer Wirbel unter 730 Millimeter sich an der Südküste Irlands befindet. Infolgedessen wehen südliche bis südwestliche Winde, die in Verbindung mit der bei dem meist heiteren Himmel bereits beträchtlichen Sonnenwärme den Anstieg der Temperatur bewirken. Ein nach der Nordsee bereits vorgeschobener Ausläufer des westlichen Wirbels dürfte noch und nach zu leichten Regenfällen führen; die Witterung wird dabei aber vorläufig noch sehr mild bleiben. Strenge Kälte, bis zu 26 Grad, herrscht zurzeit nur noch im äußersten Norden Europas.

Die Genehmigung zum Bau der Nord-Südbahn ist erteilt worden. Wie ein hiesiges Blatt zu berichten weiß, ist die Genehmigung bereits vor 14 Tagen im Rathaus eingetroffen, aber durch ein Versehen eines Beamten nicht an die zuständigen Stellen weitergegeben worden. Es müssen zunächst Verfügungen von Kanalisationsröhren, Gas- und Wasserleitungen und Kabeln stattfinden.

Der dreifache Raubmord in der Alten Jakobstraße ist jetzt aufgelöst. Wie aus Jittau telegraphisch wird, hat der dort verhaftete Schloffer Oswald Ernst Trenkler das Geständnis abgelegt, den Juwelier Schulze und dessen Frau und Tochter ermordet und geraubt zu haben. Der Verhaftete behauptete zuletzt, die bei ihm gefundenen und beschlagnahmten Schulgeschen Uhren und Schmuckstücke von einem Kanne bekommen zu haben, mit dem er früher im Justizhaus zu Waldheim bekannt geworden sei. Auch diese Behauptung, die er Montag Nachmittag aufstellte, wurde sofort nachgeprüft und wie alle anderen als unrichtig nachgewiesen. Trenkler wurde daraufhin noch im Laufe der Nacht weiter verhört und als er sich aus der Verhörung des Kriminalkommissars Hoppe und des Untersuchungsrichters Helft überzeugen mußte, daß alles, was er bisher ausgesagt hatte, sofort haltlos geworden war, brach er endlich zusammen, legte ein Geständnis ab. Trenkler erklärte, die Tat ganz allein ohne Helfershelfer ausgeführt zu haben.

Trenkler fuhr nach seiner Darstellung nach Berlin, führte die furchtbare Tat aus, und dampfte mit dem nächsten Zuge nach Hause wieder ab. Der Raubmörder wird nach Berlin gebracht werden. Zu dem Geständnis des Raubmörders Trenkler wird weiter mitgeteilt: Trenkler kam am Tage vor der Tat nach Berlin. Als er sich zur Ausführung entschlossen hatte, begab er sich, mit einem sogenannten Torn, den er mitgebracht hatte, versehen, nach dem Laden. Es ist das ein mit einer Stuppe versehenes Werkzeug, das zum Wechseltzen benutzt wird. Frau Schulze bediente ihn. Zum Schein ließ er sich Socken aus dem Schaufenster herausnehmen, und als die Frau sich hierbei bückte, schlug er sie mit dem mitgebrachten Werkzeug nieder. Frau Schulze kam nach der ersten Betäubung wieder zu sich und strebte nach dem Hinterzimmer zu. Der Mörder selbst war ihr dabei behilflich, weil er sein Opfer den Augen etwaiger Kunden entziehen wollte. Er schleppte die Schwerverletzte nach dem Hinterzimmer und ließ sie dort liegen, nachdem er ihr von neun Schlägen verletzt hatte. Inzwischen kam Beduain Schulze nach Hause. Ahnungslos ging das junge Mädchen durch den Laden. Die Dunkelheit, die dort besonders in der Ecke herrschte, und auch der vorherige Anstrich des Fußbodens brachten es mit sich, daß sie von der Blutsprache nichts sah. Kaum hatte sie das Wohnzimmer betreten, als Trenkler sie mit dem Hammer, den er in der Stube gefunden hatte, ebenfalls niederschlug. Jetzt machte sich der Mörder daran, den Laden auszuräumen. Da kam Schulze vom Laden zurück. Trenkler eilte in das Hinterzimmer zurück und lauerte hier auf dem Geschäftsmann auf. Schulze nahm ebenso wenig wie seine Tochter in dem Laden etwas wahr, und ging, nachdem er die Schaufensterhebe abgewischt hatte, nach hinten, um den Heberzieher abzulegen. Auch er wurde sofort niedergestreckt. Jetzt nahm der Raubmörder die wertvollsten Socken an sich und verließ unangefochten den Laden. Mit dem Zuge 8,25 Uhr fuhr er über Gdely nach Jittau zurück. Weil er von hier nach Klein-Schönau abends keine Fahrgelegenheit mehr hatte, mußte er den Weg zu Fuß zurücklegen und kam bei der strengen Kälte, die damals herrschte, ganz durchgefroren zu Hause an.

Weitere Mitteilungen besagen: Der Mörder war an dem Tage vor dem Mord nach Berlin gekommen und sah in der Nacht nach der Tat schon wieder dabei in Klein-Schönau bei Jittau. Auch nicht die geringste Spur hinterließ er, die dort hingeführt hätte. Wob wurde es klar, daß nur die geraubten Sachen den Täter der Kriminalpolizei in die Hände liefern konnten. Dabei kamen vor allem die geraubten Uhren in Betracht, und deshalb wurde von diesen am allerwichtigsten Aufhebend gemacht. Eine

rolle spielte ferner auch ein Sparfassenbuch, von dem in der Öffentlichkeit aus gutem Grunde auch nicht ein Wort gesagt wurde. Bei ihren Nachforschungen richtete die Kriminalpolizei ihr Augenmerk gleich auf etwaige Angehörige der Ermordeten, um über die Lebensgewohnheiten und Verhältnisse der Familie möglichst genaue Auskunft zu bekommen. So wurde ermittelt, daß Schulze einen Bruder in Amerika und einen in Posen hatte. Dieser war früher Hausdiener. Er wohnt in Posen im Rännersoful und verrichtet dort Gelegenheitsarbeiten. Der Mann war von jeher sehr hässlich und sandte seine Spargroßen an seinen Bruder in Berlin, der sie dann hier auf der Sparkasse für ihn anlegte. Das Buch, das die Nummer 117 791 trug, und auf das über 1000 M. eingezahlt waren, bewahrte Schulze in seinem Geldspind. Nach dem Raubmord war es verschwunden. Diese Tatsache wurde erst bekannt, als man den Eigentümer des Buches ermittelt hatte. Als man jetzt auf der Sparkasse nachforschte, ergab sich, daß auf das Buch sofort nach der Tat 150 M., sowie als auf einmal möglich war, abgehoben worden waren. Der Vorgang auf der Kasse nahm etwa eine Viertelstunde in Anspruch. Es wird dort so verfahren, daß die Eintretenden eine Blechmarke mit einer Nummer erhalten, damit nicht alle gleich an die Kasse stürmt. Die Nummern werden dann gruppenweise aufgerufen. Die Aufgerufenen geben ihre Bücher ab und erklären, was sie erheben oder einzahlen wollen. Die Blechmarken behalten sie einstweilen. Während sie nun weiter warten, werden die Bücher mit den erforderlichen Eintragungen versehen, und wenn das geschehen ist, so wird der Aufruf in Gruppen wiederholt, und jetzt erhalten die Leute das Geld und die Bücher. Dieser Vorgang dauert für jeden Sparer je nach der Stärke des Andranges eine Viertelstunde bis zu einer halben Stunde. Am 17. Januar, dem Tage des Mordes, nach den Ermittlungen, wegen des schwachen Verkehrs, nur eine Viertelstunde. Der Inhaber des geraubten Sparfassenbuches hatte die Blechmarke mit der Nummer 299 erhalten. Man rechnete damit, daß er zu einer neuen Abhebung sobald als möglich, also frühestens nach vier Wochen, wiederkommen werde. Die Sparkasse wurde deshalb bis jetzt, bis zum Geständnis des verhafteten Mörders, von Kriminalbeamten ständig unauffällig überwacht. Erst jetzt konnte diese Maßregel aufgehoben werden. Das Sparfassenbuch trug wesentlich dazu bei, den Verhafteten zu einem Geständnis zu bewegen. Weil niemals in der Öffentlichkeit von ihm die Rede gewesen war, so mußte Trenkler annehmen, daß man von seinem Vorhandensein und seinem Verschwinden nichts wisse. Um so verlässlicher wirkte auf ihn die ganz unvermittelte Frage des Kriminalkommissars, was er denn mit dem geraubten Sparfassenbuch gemacht habe. Trenkler erwiderte unwillkürlich, daß er es verkauft habe. Jetzt sah er in der Falle, und bald gestand er alles ein.

Der Stadtverordnete Fabrikant August Rentel, Prinzenstr. 48, ist nach längerer Krankheit gestern früh um 6 Uhr gestorben. Rentel vertrat seit 22 Jahren den 10. Gemeinde-Wahlbezirk der II. Abteilung im roten Hause. Er hat ein Alter von 78 Jahren erreicht. Rentel gehörte der Fraktion der Linken an.

Scheidemann als Vizepräsident.

Die Ausgabe der von der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. b. H., Lindenstr. 69, herausgegebene Postkarte erfolgt heute, Mittwoch, von 8 Uhr morgens ab.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Montagabend gegen 1/2 9 Uhr im Norden Berlins. Als am Rettelbeckplatz der 33jährige Arbeiter Hugo Nieg aus der Grenzstr. 18 den Fahrdamm der Gerichtstraße überqueren wollte, geriet er gegen eine Automobilmaschine, wurde umgerissen und überfahren. N. erlitt schwere Kopfverletzungen und Rippenbrüche. Er erhielt auf der Unfallstation in der Lindower Straße Notverbände und mußte von dort in besinnungslosem Zustande nach dem Rudolf-Birchow-Krankenhaus übergeführt werden.

Unfall eines Greises. Von einem bedauerlichen Unfall wurde gestern der 70jährige Amtsrat Ebhardt aus der Westfälischen Str. 31 in Potsdam betroffen. Beim Ueberqueren des Fahrdammes der Ellyowstraße am Magdeburger Platz trat der alte Herr kurz vor einem Motorwagen der Linie 54, dessen Fahrer er nicht bemerkt hatte, auf das Gleis und wurde, obwohl der Fahrer sofort Gefahrbränne anwandte, umgestoßen. Der Amtsrat erlitt eine Wunde am Hinterkopf, die ihm auf der Rettungswache im Elisabeth-Krankenhaus verbunden wurde. Von dort aus wurde der Verunglückte mittels Droschke nach seiner Wohnung gebracht.

Eine Tragödie scheint sich nach einem Afeiderfund in der vergangenen Nacht in Oberschöneweide abgespielt zu haben. Dort wurden gestern Vormittag in der Wasserstraße Kleidungsstücke gefunden, die von einem Herrn und einer Dame herrühren, deren Träger wahrscheinlich in die Spree gegangen und noch nicht bekannt sind: ein dunkelgrauer Ueberzieher, eine weiß und grau gepunktete Dose, ein schwarzer feiner Hut, Summizugstiefel, ein rot farbiertes Damenjackett und ein wollener Unterkost. Außerdem lag dort ein Schlüssellband mit fünf Schlüsseln.

Sier Tage tot in der Wohnung gelegen hat die 54 Jahre alte Ww. Anna Grobe, die seit vier Jahren für sich allein eine Stube im dritten Stockwerk des Hauses Adalbertstr. 47 bewohnt. Seit dem Tode ihres Mannes ernährte sich die Frau durch Nähen außerhalb des Hauses. Als eine Bekannte sie gestern abend besuchen wollte und auf ihr Klopfen niemand antwortete, schloß sie Verdadht, weil auch die Zeitungen von vier Tagen vor der Türe lagen. Sie benachrichtigte den Hauswirt, der die Wohnung von der Polizei gewaltsam öffnen ließ. Man fand jetzt die Frau entsezt tot in ihrem Bette liegen. Nach Ausfragen des Arztes ist sie schon seit vier Tagen tot. Die Todesursache konnte er nicht mehr feststellen. Wahrscheinlich ist sie aber einem Herzschlag erlegen.

Wer sind die Toten? Am Röhrenbaum aus der Spree gelandet wurde gestern die Leiche eines Mannes, dessen Persönlichkeit sich noch nicht feststellen ließ. Es ist ein ungefähr 45 Jahre alter Mann mit einem ovalen Gesicht und braunem Schnurbart, der einen schwarzen Jackentanzug und schwarze Schnürstiefel trug. In Spandan wurde die Leiche eines ungefähr 40 Jahre alten Mannes aus der Spree gelandet, der einen dunklen Jackentanzug, ein weißwollenes Hemd, blaugraue Strümpfe, graue Hosenträger und ein Bruchband trug.

Von einem Automobil totgefahren. Ein schwerer Automobilunfall, bei dem ein zehnjähriges Mädchen getötet wurde, ereignete sich gestern nachmittag an der Ecke der Reichenberger und Kaufher Straße. Beim Ueberqueren des Straßendammes wurde dort die 10jährige Tochter Margerete der Näherin G a u von einer Automobilmaschine erfasst und überfahren. Das Mädchen fiel so unglücklich, daß es durch den schweren Wagen auf der Stelle getötet wurde. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt. Den Chauffeur der Automobilmaschine soll nach Zeugnisaussagen keine Schuld treffen.

Einen Vortragskreis über „die Alkoholfrage in ihrer Bedeutung für die moderne Arbeiterbewegung“ veranstaltet die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Arbeiter-Absinthementbundes. Am Freitag, den 23. Februar, spricht Reichstagsabgeordneter Reus zu dem Thema: „Das Volkshaus im Kampf gegen den Alkohol“; am 1. März Schriftsteller Simon Rogenstein über „Alkohol und Strafrecht“;

am 8. März Dr. med. B. Wink über „Alkohol und Degeneration“; am 15. März Dr. med. R. Mayer, Spezialarzt für Lungenleiden, über „Alkohol und Tuberkulose“ und am 22. März Redakteur Konrad Hanisch über: „Aufgaben und Ziele der proletarischen Abstinentenbewegung.“ Die Vorträge finden im Gewerkschaftshaus Saal 5 statt und beginnen pünktlich um 8 1/2 Uhr. Getränke werden nicht ausgedient. Der Eintritt kostet für den Einzelbesucher 10 Pf., für den ganzen Paktus 30 Pf. Karten sind am Eingang und in der Bundegeschäftsstelle, Engelauer 10, zu haben.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf. Um die Frage der Giltigkeit der Wilmersdorfer Umfahsteuerordnung handelte es sich in einem Rechtsstreit gegen den Magistrat von Wilmersdorf, der am 19. Februar des Ober-Verwaltungsgericht beschickte. Das Gericht als letzte Instanz erachtete die Steuerordnung als Ganzes für gültig, indem es jedoch zugleich einem Passus im § 1 die Rechtsbeständigkeit abstrach. Begründend wurde ausgeführt: Die Wilmersdorfer Umfahsteuerordnung unterscheidet sich von der Steuerzeit für ungültig erklärten Steuerordnungen für Schöneberg, Gelsenkirchen usw. dadurch, daß sie dem Magistrat im Gegensatz zu jenen Steuerordnungen nicht einfach und bedingungslos das Recht lasse, zu wählen zwischen der Besteuerung des obligatorischen und dinglichen Rechtsgeschäfts. In erster Linie besteuern sie vielmehr das obligatorische Rechtsgeschäft, nämlich das einen Eigentumserwerb begründende Rechtsgeschäft. Erst in Ermangelung eines solchen solle als steuerpflichtiger Grundstücksumsatz der Erwerb des Eigentums oder Erbbaurechts treten (§ 1). Nun wolle aber § 1 dem Rechtsgeschäft, das einen Eigentumswechsel begründet (obligatorisches Rechtsgeschäft), auch das Rechtsgeschäft gleich stellen, welches die Begründung vorbereite oder vermittele. Dieser Passus könne keinen Rechtsbestand haben, da er zu unbestimmt sei. Er sei so nicht gültig. Das berühre aber nicht die Giltigkeit der Steuerordnung als solche. Und es sei auch § 2 gültig, so weit er solche vorbereitenden und vermittelnden Rechtsgeschäfte in einzelnen ausdrücklich aufzähle. Nur jener zu allgemeine und unbestimmte Passus des § 1 sei ohne Rechtskraft.

Röpenitz.

Eine folgenschwere Gasexplosion ereignete sich in der Nacht zum Sonntag im Hause des Gastwirts Albert Stippeloh, Schönerlinde Straße 6. Als sich Stippeloh und seine Frau gegen 2 Uhr zur Ruhe begeben wollten, nahmen sie Gasgeruch wahr, welcher aus dem eine Treppe belegenen Bureau der Handels- und Transportarbeiter zu kommen schien. Beide gingen in das Zimmer hinein. In diesem Augenblick erfolgte eine heftige Explosion. Fenster und Türen flogen aus den Angeln, und in dem Bureauzimmer hing der Ledensputz herab. Stippeloh wurde an den Händen und im Gesicht erheblich durch Brandwunden verletzt, während Frau Stippeloh zwar zu Boden geschleudert wurde, aber glücklicherweise nur an den Händen Brandwunden davon trug. Der Materialschaden ist bedeutend. Das Unglück soll dadurch entstanden sein, daß in dem Bureau ein Gasfackel unachtsam geworden ist, und somit das Gas ungehindert ausströmen konnte. Ein Samariter leistete den Verunglückten die erste Hilfe.

Wahlisdorf an der Ostbahn.

Eine öffentliche Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Weill-Strasbourg über demokratische Forderungen referierte, fand hier am Montagabend statt. In großartig angelegter Rede erörterte der Referent unsere Forderungen, die Verfassungsänderung, das Wahlrecht im Reich und den Einzelstaaten, die Ministerverantwortlichkeit, das Budgetrecht usw. betreffend. Bei der Weill-Strasbourg lobte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. — In der Diskussion bemängelte Herr Mentrup (Bodenreformer) die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion. Nach seiner Meinung stimme da Theorie und Praxis nicht überein. Diese Ausführungen wurden vom Referenten und Genossen Käning sehr eingehend widerlegt, worauf der Vorsitzende mit einer Aufforderung an die Anwesenden, sich dem Wahlverein anzuschließen, die sehr gut besuchte Versammlung schloß.

Tempelhof.

Die Vorberatung des Hauptetat's bildete den Hauptberatungsgegenstand der letzten Gemeindevorstanderversammlung. Zunächst wurde mitgeteilt, daß in der dritten Klasse Herr Inspektor Rabdrück ausbedeidet. Die dritte Klasse hat wiederum einen Hausbesitzer zu wählen. Zur Wahl steht der erste Bezirk nördlich der Albrecht- und westlich der Berliner Straße.

Die Vorberatung des Hauptetat's, der noch vor einigen Jahren in wenigen Minuten durchgepeitscht wurde, nahm dieses Mal etwa vier Stunden in Anspruch. Der Vorsteher gab zunächst ein Bild über die Finanzlage. Die Gemeindevorstanderverammlung habe etwa 75 000 M. mehr eingebracht, als im Voranschlag 1911 festgelegt sei; auch bei den indirekten Steuern sind wesentliche Mehrerinnahmen zu verzeichnen. Leider rühren etwa 70 000 M. aus Subventionen her. Jedenfalls könne mit einer Mehreinnahme von 170 000 M. gerechnet werden. Mit einem Kommunalsteuerzuschlag von 100 Proz. könne die Gemeinde für das Jahr 1912 ganz auskommen. Wenn allerdings die Gewerbesteuer vorhanden wäre, daß Berlin und die größeren Vororte darüber hinauszüngen, dürfte auch Tempelhof nachfolgen. Obgleich der Kreis keine Steuer von 26 auf 24 1/2 Proz. ermäßigt hat, zahlt die Gemeinde jetzt 160 500 M., oder gegen das vorgehende Jahr 21 000 M. mehr neben einer Sonderbelastung durch den Zeltowkanal in Höhe von 28 400 M. Die direkten Gemeindesteuern sind um 109 100 M. und die indirekten Steuern um 45 000 M. höher angelegt worden. Nach einer umfangreichen Debatte über Gehälter wurde der Ruf nach besserer Straßenpolizei und einem geregelteren Nachtdienst laut. Es wurde denn auch außer zwei neu anzustellenden Vollzugsbeamten, deren Geschäfte bisher Polizeisten verübten, noch ein Polizeifergeant bewilligt. Bei dem Kapitel Gehälter, welche 186 524 M. betragen, wünschte Genosse Schmidt eine Uebersticht der 32 000 M., die für Hilfskräfte verausgabt werden, damit man erfahre, wie die Hilfskräfte bezahlt werden. — Ein Sachverständiger wies hierauf die Notwendigkeit einer strengeren Untersuchung der Nahrungsmittel namentlich auf den Privatmärkten nach. Er deutet auf Fälle, wo tuberkulöses Fleisch beschlagnahmt, vergraben und später wieder von Händlern ausgegraben und auf den Markt (Neutönn) zum Verkauf gebracht worden sei. Für einen öffentlichen Wochenmarkt, der reinlich und hygienisch einwandfrei sei, trat Genosse Schmidt ein. — Bei dem Titel: Gerichtslosten wurde von unseren Genossen der Vorschlag erhoben, daß die Vertretung durch leichtfertige Prozesse hohe Kosten verursacht hätte, die jetzt die Steuerzahler zu tragen haben. — Der Antrag auf einen zeitliche Desinfektion, sobald dieselbe auf behördliche Anordnung geschieht, wurde abgelehnt. — Die Errichtung einer Fortbildungsschule wurde beim Bau des — nächsten Schulgebäudes in Aussicht gestellt. U. a. wurde eine bessere und schneller Reinigung der Straßen gewünscht. Bei dem letzten Schussell habe man den Schnee an die Vordächer geleitet und nur einige Fußten weggeschafft. Dem Einwand, daß Mangel an Hilfskräften die Schuld an dieser Schlammitrage, wurde von unseren Genossen entgegengehalten, daß das nicht zutreffen könne, denn Arbeitslose seien genug vorhanden, die eine solche Arbeit machen würden.

Das Realgymnasium erfordert einen Zuschuß von 115 861,61 und die höhere Mädchenschule exklusive der Kosten für Grundstücks und Gebäude einen solchen von 28 712,94 M. Trotzdem die

Zahl der Schüler in beiden Anstalten zugenommen und demzufolge auch die Einnahmen aus dem Schulgeld größere geworden sind, erfordern beide Anstalten einen um noch 81.000 M. größeren Zuschuss wie im Vorjahre! Für die etwa 346 Schülerinnen der Höchster Schule leistet die Gemeinde einen Zuschuss von 88 M. pro Kopf und für die 410 Schüler des Realgymnasiums und der Höchster Schule einen solchen von 282,50 M. — Für Anschaffung einiger Geräte für die Feuerwehrr wurden 3000 M. gefordert; eine Campspritze, die etwa 25.000 M. kostet, erhofft man von der Feldgesellschaft. Auch hier verlangt Genosse Schmidt ein der Neuzeit entsprechendes Depot an Stelle der jetzigen Kumpelkammer, sowie an Stelle des jetzigen Reideinstiegs ein moderne Klarnastrich. — Von anderer Seite wurden Klagen gegen den Armenort erhoben, der es an Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt gegenüber den Armen hätte fehlen lassen. Für die Gemeindebibliothek werden 900 M. mehr und zur Förderung der Jugendpflege 1000 M. verlangt. — Anträge des Genossen Müller auf Verringerung der Luftkutschsteuer sowie der Biersteuer, welche namentlich die Gastwirte hart treffe, wurden von der bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt. In sozialpolitischer Hinsicht ist im neuen Etat von der rofigen Finanzlage bitter wenig zu spüren.

Heinersdorf.

In der letzten geheimen Sitzung der Gemeindevertretung wurde beschlossen, dem Gemeindevorsteher Herrn Krause in Anbetracht seiner Verdienste um die Förderung der Heinersdorfer Kanalisation und Wasserversorgung eine einmalige besondere Anerkennungsbeilage von 2000 M. zu gewähren und die Gehaltskala um zwei Alterszulagen zu erhöhen. In Einwohnerkreisen ist man der Meinung, daß die „aufopferungsvolle“ Tätigkeit des Gemeindevorstehers etwas sehr reichlich entlohnt ist, zumal sein Gehalt im Vergleich zu den Ortsverhältnissen als ganz annehmbar zu bezeichnen sei. Ferner wurde dem Herrn Krüger (Steuerheber) und Grünwald (Sekretär) eine Gratifikation von 500 resp. 300 M. bewilligt. Da die Herren Gemeindevorsteher gerade beim Bewilligen sind, denken sie hoffentlich auch an die Gemeindearbeiter.

Weissenfee.

Zu heftigen Ausritten kam es in der letzten Gemeindevertretung. Am Schluß derselben nahm Genosse Taubmann Bezug auf ein in einer Versammlung der Gewerbetreibenden verbreitetes Gerücht, daß die Industriellen den Orte den Rücken kehrten. An Hand von statistischem Material wies unser Genosse die Haltlosigkeit dieser Behauptung nach. In der betreffenden Versammlung hatte ein Fabrikant noch mitgeteilt, daß es Arbeiter, denen er Zeit und Geld zur Verfügung gestellt, um nach Weissenfee zu ziehen, abgelehnt hätten mit der Begründung, daß sie in Weissenfee keine guten Einzimmerwohnungen finden könnten. Den Herren Hausbesitzern wurde durch dieses Beispiel klar gemacht, daß auch die Arbeiterklasse sich nach guten Wohnungen sehne; ferner seien die sozialen und Wohlfahrtsrichtungen eines Ortes maßgebend, um den Zugang zu fördern, daher dürfe ein Stillstand in der Sozialpolitik nicht eintreten. Der Vorsitzende des Gewerbevereins wünschte, daß unsere Genossen diese Auffassung im Verein wiedergeben sollten, während Herr Zeichert (alte Fraktion) die Gelegenheit wahrnahm, um unseren Genossen zu beweisen, daß sie es gerade seien, die den Ort schlecht machen. Die Hausbesitzer mühten die Kosten der sozialen Einrichtungen tragen und daher würden sie es sich noch sehr überlegen, weitere Mittel aufzubringen. Auch Herr Weder schloß sich dem an. Zugleich nahm der Redner Bezug auf die Kanalisationsbeiträge usw. Nun war mit einem Male die schönste Wahldebatte im Gange. Die Sozialdemokraten waren an allem schuld, nicht weniger die fortschrittliche Fraktion. Genosse Taubmann legte ein Zirkular vor, worin behauptet wird, daß die Sozialdemokratie mit den fortschrittlichen Airaktivismus treiben. Herr König, als Verfasser des Zirkulars an die Forenisten, suchte einen Fall von „Airaktivismus“ anzuführen, was bei dem Abgeordneten Dr. Klamroth ein Lächeln auslöste. Das brachte Herrn König so in Harnisch, daß er sich an Herrn Klamroth persönlich wandte und ihm in gebührender Weise zurief: „Wenn Zeitungsartikel vorgelegt werden, dann sind Sie der Bulldogge, der die Sachen vorlesen muß!“ „Wenn ich nicht in Dredden gewesen wäre, dann lägen Sie nicht auf dem Plage!“ Nachdem Herr König noch etwas von Wahlagitation mit verteilten Rollen gestammelt hatte, brach er zusammen. Nach diesem Intermezzo nahmen die Verhandlungen wieder ruhigeren Formen an; insbesondere wurde Herrn König von unseren Genossen noch ein besonderer Schwindel nachgewiesen, wonach er sich beim Genossen Fuhrmann bitter bedauerte, daß er beim Antrage auf Einführung von Wahllegitimationen und tatkräftig unterstützt habe, bei der Wahl des Gewerbegerichtsvorsitzenden aber heruntergefallen sei.

Wannsee.

Der Zuschlag zur Gemeindecinkommensteuer ist im neuen Etat auf 92 Proz. festgesetzt, gegenüber 90 Proz. im Vorjahre. Zur bevorstehenden Gemeindevorsteherwahl ist für die 3. Klasse eine Ersatzwahl notwendig. Die bürgerlichen Parteien sind sich anscheinend über die Aufstellung eines Kandidaten nicht einig. Im so mehr muß es Aufgabe jedes denkenden Arbeiters sein, dafür zu sorgen, daß endlich auch in unser Gemeindeparlament ein Vertreter der Arbeiterklasse einzieht. Dies muß gelingen, wenn man bedenkt, daß bei der letzten Reichstagswahl unser Genosse Jubel 871 Stimmen erhielt, der konservative Kandidat aber nur 97.

Notawese.

Die Ortsschule wurde veranlaßt am Freitag, den 23. d. M., in der Volksschule, Schornofenstr. 1, einen Vortrag über „Die erste Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen“. Der Referent, Herr Dr. Wieneke aus Reulshausen, wird das namentlich für die Arbeiterschaft wichtige Thema durch zahlreiche Demonstrationen erläutern. Der Vortrag, an dem jedermann unentgeltlich teilnehmen kann, beginnt pünktlich 8 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

1.736.284 M. Zantiemen!

Die Nationalbank für Deutschland verteilt für das letzte Jahr auf 90 Millionen Markt Aktienkapital 6.300.000 M., gleich 7 Proz. Dividenden. Ganz abgesehen von den durch die verschiedenen fahrbaren und unsicheren Abgangsfälle abstehenden Kapitalgewinnen, weist der Geschäftsbereich der Bank auch noch 1.736.284 M. Zantiemen auf. Diese machen, auf das Aktienkapital berechnet, nochmals 2 Proz. Zinsen aus. Von der Gesamtsumme entfallen 780.000 M. auf die Beamten. Den Löhnenanteil beimisst die obenhin schon mit sehr hohen Gehältern beglückten Profuturisten ein. Den Rest in Höhe von 956.284 M. teilen sich die Direktoren und Aufsichtsräte. Es erhält im Durchschnitt jeder Direktor und stellvertretende Direktor 31.665 M., jedes Aufsichtsratsmitglied 34.740 M. Die Direktoren beziehen außerdem fürstliche Gehälter und die Aufsichtsräte erhalten die Kleinigkeit für einige Sonderkonzessionen mit nachfolgendem Diner, eine Tätigkeit, die sie bei einer großen Anzahl in- und ausländischer Unternehmen ausüben. So zielt ein dem Aufsichtsrat der Nationalbank angehörender Herr Schubler 10 Zantiemenposten und ein Regierungsrat a. D. Ernst Ragnus gar 15.

Mancher dieser Auserwählten diniert sich so Millionen im Jahre zusammen!

Gerichts-Zeitung.

Verleumdung im Wahlkampf.

In einer Versammlung, welche die Demokratische Vereinigung während des Reichstagswahlkampfes im ersten Berliner Kreise einberufen hatte, sagte ein Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei, Bruno Gohn, seine Partei, beziehungsweise ihr Kandidat, der jetzige Reichstagspräsident Kaempf, sei im Besitz eines Strafregisters des

demokratischen Kandidaten, Oberst D. Gaeble. Wenn die fortschrittliche Volkspartei dies Strafregister veröffentlichen wollte, das würde Herrn Gaeble sehr unangenehm sein. Herr Kaempf sei aber zu anständig dazu. Er habe seine Parteimitglieder veranlaßt, keinen Gebrauch von dem Strafregister zu machen.

Wegen dieser völlig unwarbaren Behauptung hat Oberst a. D. Gaeble durch Rechtsanwalt Dr. Halpert eine Privatverleumdungsklage gegen Gohn eingereicht, die gestern vor dem Schöffengericht verhandelt werden sollte. Es kam aber schon vor der Verhandlung zu einem Vergleich, in welchem der Angeklagte erklärt: „Diese Äußerung gemacht zu haben muß ich lebhaft bedauern, da ich nicht den mindesten positiven Anhalt hatte, noch weiß, der mich zu einer derartigen, vollkommen unmotivierten Redeweise hätte bewegen können, so muß ich zu meiner teilweisen Entschuldigang annehmen, daß mich die Erregung im Wahlkampf zu dieser falschen Behauptung verleitet hat. Ich bitte Herrn Oberst a. D. Gaeble um Entschuldigung und ermächtige ihn, da die von mir ausgestohrene Verleumdung bekannt geworden ist, diese Erklärung auf meine Kosten in fünf Tageszeitungen zu publizieren.“

Die Jugendleistung auf der Untergrundbahn.

Neben die Gerichtsverhandlung gegen den Zugfahrer Giese und dem Zugbegleiter Jäger wird uns von der Hochbahngesellschaft mitgeteilt, daß Giese nicht behauptet hat, daß es auf der Hoch- und Untergrundbahn bei der schnellen Zugfolge üblich sei, in voller Fahrt an dem auf „Halt“ stehenden Signal vorbeizufahren, da dieses gewohnheitsgemäß stets in dem Augenblick der Vorbeifahrt auf „freie Fahrt“ gestellt werde“. Solche Behauptung würde auch mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmen. Nach der Fahrdienstvorschrift sei es selbstverständlich verboten, an einem auf „Halt“ stehenden Signal vorbeizufahren; etwaige Übertretungen werden auf das allerstrengste, eventl. mit Dienstentlassung, geahndet. Auch die Aufsichtsbehörden überwachen ständig die peinlichste Befolgung der von ihnen genehmigten Fahrdienstvorschriften. Keineswegs sei auf der Hoch- und Untergrundbahn eine Nichtbeachtung der Signale üblich.

Refinanziert ausgeführte Veruntreuungen

wurden dem Handlungsgehilfen Otto Hennig zur Last gelegt, der gestern aus der Untersuchungshaft der 3. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, um sich wegen fortgesetzter Unterschlagung, Betruges und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten.

Der Angeklagte war seit dem Jahre 1908 bei der Firma Krieger u. Henneberg angestellt, bei der er die Kassenarbeiten zu führen hatte. Er bezog zuletzt ein Gehalt von 130 M. Er verbrauchte weit mehr. Um die zu seinem Lebenswandel erforderlichen Mittel zu erlangen, schrieb er in die Kassenbücher fingierte Rechnungen hinein und steckte dann die hierdurch erzielten Mehrbeträge in seine Tasche. Als schließlich von der Firma ein Konto von 800 M. entdeckt wurde, verlangte man von dem Angeklagten irgendeine Sicherheit. Dieser verstand einen bei seinen Eltern wohnhaften Inspektor Neumann zu bewegen, ihm hierzu sein Sparbüchlein über 1300 Mark zur Verfügung zu stellen und sich bereit zu erklären, mit 500 M. für den Angeklagten zu haften. Als sich dann herausstellte, daß der von Hennig veruntreute Betrag höher war, richtete die Firma an Neumann einen eingeschriebenen Brief, in welchem sie diesen aufforderte, sich bereit zu erklären, mit der ganzen Summe für den Angeklagten zu haften. Der Angeklagte fing diesen Brief ab und fälschte auf der beigelegten Erklärung den Namen des Neumann.

Als die Verfehlungen des Angeklagten schließlich zur Entdeckung kamen, ergab es sich, daß er insgesamt über 10.000 M. unterschlagen hatte. Der Staatsanwalt beantragte 1 1/2 Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch auf zwei Jahre Gefängnis, da der Angeklagte einen sehr schwer liegenden Vertrauensbruch begangen habe.

Dienstbotenbehandlung.

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Ein bitteres Klagegeld stimmte die 19 jährige Dienstmagd Elise Krüdemeyer, die von ihrer „Herrin“, einer Fabrikbesitzerin Lange, wegen Diebstahls denunziert worden war, vor dem Schöffengericht an. Das bisher unbefohlene Mädchen, das aus guter Familie stammt, sollte der Frau L. eine goldene Brosche entwendet haben. Mit Tränen in den Augen beteuerte die L. ihre Unschuld. Die Anzeige konnte nur auf Hohn und Nahe zurückgeführt werden, weil sie, Angeklagte, den Dienst habe vorzeitig verlassen müssen. Die Herrin, die auch schon einmal ihre goldene Uhr verloren, dann wiedergefunden, habe die Mädchen auch zu Unrecht beschuldigt. Gelder entwendet zu haben. Bei der geringsten Kleinigkeit habe Frau L. mit dem Kleiderbügel schlagen wollen. Zu essen bekommen habe sie, die L., Speckschwarte mit Oris. Das Essen sei nicht zu genießen gewesen und das Trieren war nicht zu ertragen. Justizrat Klander, der die Verteidigung des Mädchens übernommen hatte, gab einen Brief bekannt, in dem die Unglückliche den Eltern sagte: „Ich halte es hier nicht mehr aus, wenn Ihr mich nicht Holt, dann gehe ich in das Wasser.“ Auf die Frage des Verteidigers, daß der Dienstbotinnenwechsel im Hause Lange wohl sehr stark sei, und wieviel Mädchen Frau L. wohl im vergangenen Jahre gehabt habe, entgegnete Frau L.: „Das weiß ich nicht.“ Der Verteidiger bezeichnete die Anzeige als höchst frivol. Die Angeklagte sei getriegt, mit Schlägen bedroht worden und schließlich habe man auch noch ihre Ehre angetastet. Das Gericht sprach die Unglückliche kostenlos frei.

Das Gesehe gegen einen Maschinenmeister.

Der Maschinenmeister Beder war auf dem Gute des Herrn v. Gröben als Führer des Dampfzuges angestellt. Er sollte das Gesehe über die Dienstvergehen des Gesehes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1854 übertreten haben. Und zwar wurde ihm „hartnädiger Ungehorsam“ vorgeworfen. Der Tatbestand war kurz folgender: Der Oberinspektor Hoffmann hatte den Angeklagten eines Tages aufgefordert, zu ihm zu kommen, damit er etwas mit ihm besprechen könne. V. ging aber nicht zu ihm und besorgte auch eine zweite, ihm ebenfalls, wie im ersten Falle, durch einen Angeestellten übermittelte Aufforderung gleichen Inhalts nicht. Darauf hatte der Oberinspektor Strafantrag auf Grund des genannten Gesehes gestellt.

Die Strafkammer in Braunschweig verurteilte auch den Angeklagten wegen „hartnädigen Ungehorsams“ zu einer Geldstrafe, indem sie ausführte: V. gehöre nach seinem Vertrag zu den ländlichen Arbeitern im Sinne des § 2 c des Gesehes von 1854, da er gegen einen im Voraus bestimmten Lohn und gegen freie Wohnung in einem auf dem Gute befindlichen oder sonst dem Besitzer gehörigen Gebäude zur Beaderung des Bodens (Führung des Dampfzuges) angenommen worden sei. Er hätte der Aufforderung des Oberinspektors Folge leisten müssen. Da er dies zweimal verweigerte, so sei darin ein hartnädiger Ungehorsam gemäß dem Gesehe von 1854 zu sehen, denn ein hartnädiger Ungehorsam im Sinne dieses Gesehes liege auch dann schon vor, wenn eine Aufforderung, die dieselbe Angelegenheit betreffe, zweimal ergehe und beide Male nicht befolgt werde. Der Oberinspektor sei auch berechtigt gewesen, an Stelle der Dienstherrlichkeit den Strafantrag zu stellen, da er Generalvollmacht gehabt habe, Leute anzunehmen und zu entlassen.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die gegen das Urteil vom Angeklagten eingelegte Revision mit der Begründung, daß das Landgericht ohne Rechtsirrtum hartnädigen Ungehorsam angenommen habe. Wenn das Landgericht den Vertrag des Ange-

klagten dahin auslegt, daß er ein ländlicher Arbeiter im Sinne des § 2 c angegebenen Kennzeichen sei, dann sei das tatsächliche Natur, denn ein Vertrag sei keine Rechtsnorm. Das Revisionsgericht sei an diese Feststellung gebunden.

Daß ein Maschinenmeister ein „ländlicher Arbeiter“ sei, ist eine starke „tatsächliche Feststellung“. Das Kammergericht hätte den Rechtsirrtum, der in dieser falschen Feststellung liegt, entdecken sollen. Oder wäre es auch mehrlos, wenn ein Landgericht bei Verletzung von Arbeitervorschriften in einem gewerblichen Betriebe etwa „tatsächlich feststellt“, der Gewerbebetrieb ist ein landwirtschaftlicher Betrieb?

Aus aller Welt.

Die Autokatastrophe.

In der Nähe des rheinischen Dorfes Okerath ließ das Automobil eines Tierarztes in voller Fahrt gegen einen Felsen, so daß es umkippte. Von den Insassen wurden der Tierarzt und seine Frau schwer verletzt, ihr vierjähriges Kind getötet. — Ein anderer schwerer Automobilunfall ereignete sich in der spanischen Orttschaft Sarria. Das Automobil des Großindustriellen Vertran, in dem sich dessen drei Söhne befanden, stieß in voller Fahrt mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Die drei Insassen des Automobils wurden auf die Straße geschleudert, der älteste der Brüder war sofort tot, die beiden anderen erlitten so schwere Verletzungen, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften.

Ein Senator als Erbschaftschwindler.

Der frühere Senator Franz Gardener und ein Krankenwärter namens Georg Deder wurden gestern in New York verhaftet unter dem Verdacht, dem Millionär Gaylott, der vor kurzem verstarb, ein gefälschtes Testament zur Unterschrift vorgelegt zu haben, das die beiden Verhafteten zu Universalerben seines Vermögens einsetzte. Der Advokat des Millionärs namens Lord entdeckte jedoch die Fälschung und brachte sie der Staatsanwaltschaft zur Anzeige. Gardener war bis zum Jahre 1911 Mitglied des Senats, mußte aber, da er in eine ähnliche Schwindelaffäre verwickelt wurde, sein Mandat niederlegen.

Einsturz eines Neubaus.

Ein schweres Unglück hat sich am Montag in Wörfel zugezogen. Ein im Neubau befindliches Haus stürzte ein, während zehn Arbeiter darauf beschäftigt waren. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen und zwar unter Mithilfe von Soldaten einer in der Nähe gelegenen Kaserne. Nach einiger Zeit konnten die Arbeiter aus den Trümmern geborgen werden. Zwei von ihnen waren bereits Leichen, drei waren schwer verletzt, während die übrigen fünf mit leichteren Verletzungen davongelommen waren.

Kleine Notizen.

Vom Zug überfallen. Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich Dienstag morgen auf der Eisenbahnstrecke Homburg-Friedberg in der Nähe der Station Rodheim. Der Personenzug 920 fuhr in eine Reihe italienischer Arbeiter, von denen einer getötet, zweifach verletzt und mehrere leicht verletzt wurden. Der Personenzug hatte an der Unglücksstelle eine Kurve zu passieren. Wähler waren die Arbeiter durch Voreinstellung gewarnt worden, was heute morgen anscheinend unterblieben ist.

Grubenunfall. Auf dem Hohenthalsschacht bei Eis-Leben wurde in der letzten Nacht durch zu frühes Vorgehen eines Sprengschaffers ein Bergmann der Kopf vom Kumpf gerissen; zwei Bergleute wurden schwer und vier leichter verletzt.

Die Liebe. Aus Eifersucht hat am Dienstag vormittag in Wien ein junger Mann Namens Spanninger seine Frau, eine Kontoristin Fiedler erschossen. Als der Attenläter sah, was er angerichtet hatte, jagte er sich eine Kugel in die Schläfe, was seinen Tod herbeiführte.

Das Drama auf der „Liberty“. Bei den Hebungsarbeiten an dem Wrack des französischen Kriegsschiffes Liberty wurden am Montag noch zwölf Leichen entdeckt, die fürchterliche Verwundungen aufwiesen. Da die Körper bereits stark in Verwesung übergegangen sind, wird die Persönlichkeit der Toten kaum noch festgestellt werden können.

Frankfurter Selbstmord einer Weißstauken. In der St. Paulus-Kirche in Lyon verübte eine etwa 30jährige Frau, die aus einer Privatirrenanstalt entlassen war, Selbstmord, indem sie sich eine Flasche Fließ über den Kopf und die Kleider goß und die Flüssigkeit ansteckte. Im Augenblick die Unglückliche einer lebenden Fackel. Auf ihr Geschrei eilten Leute herbei, jedoch war jede Hilfe vergeblich; die Frau verschied nach wenigen Minuten.

Marktbericht von Berlin am 19. Februar 1912, nach Ermittlung des künftigen Preisniveaus. Kartoffelpreise (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, nach Roden 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 50,00—60,00. Bohnen 40,00—80,00. Kartoffeln 10,00—15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,30. Butter 2,00—3,30. 60 Stück Eier 4,50—7,50. 1 Kilogramm Karren 1,20—2,40. Halm 1,20—3,00. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barsche 0,70—2,00. Sable 1,60—3,20. Heringe 0,80—1,40. 60 Stück Aepfel 4,00—30,00.

Witterungsübersicht vom 20. Februar 1912.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 10 u. 4 u.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 10 u. 4 u.
Schwabmünde	753	W	3	bedeckt	4	Kaparrauda	770	W	4	wolkig	-3
Nürnberg	752	W	3	bedeckt	7	Petersburg	760	W	7	bedeckt	8
Berlin	753	W	3	wolkig	7	Erzgeb.	754	W	7	bedeckt	8
Kranz a. M.	755	W	4	wolkig	7	Aberdeen	746	W	4	wolkig	8
München	759	W	4	bedeckt	5	Paris	756	W	4	wolkig	6
Wien	757	W	1	wolkig	3						

Wetterprognose für Mittwoch, den 21. Februar 1912.

Etwas kühl, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und ziemlich häufigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	19. 2.	18. 2.	cm	cm		19. 2.	18. 2.	cm	cm
Remel, Mühl	-127	0			Saale, Großm.	118	+2		
Bregel, Zisterburg	-46	+2			Qabel, Spanbau	63	+3		
Weschel, Thon	92	+16			Walden, Rathenow	62	0		
Oder, Rathen	184	-6			Spree, Spremberg	78	-8		
Strossen	177	+18			Bestow	62	+3		
Frankfurt	151	-8			Weser, Wünnen	182	-4		
Barthe, Schirmitz	86	-8			Wünnen	252	-7		
Rehe, Landberg	51	+1			Rhein, Rarimiliansau	352	-6		
Rehe, Vordamm	42	-16			Rehe, Röh	189	-5		
Gilde, Veitmeritz	142	-6			Rehe, Röh	230	-9		
Bredben	-103	-4			Rehe, Heilbrunn	96	+5		
Berch	230	-86			Rhein, Berthelm	159	-2		
Magdeburg	375	+194			Rehe, Trier	115	-4		

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterpegel. — *) Eisenbahn. — *) eisfrei. — *) mäßiger Eisgang, um 2 Uhr nachts höchster Wasserstand: 200 cm. — *) um 6 1/2 Uhr vormittags Eisaufbruch.

Malchower Kautabake

Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
 Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
 Kst. 3561. Berlin O 27, Grüner Weg 119.

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Ausweisung frei.
 Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
 fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indisches
 Pfefferminzöl.)

Dr. H. Unger in Würzburg.
 Berlin (20 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-
 Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Fuss-Schmerzen!

Ermüden Sie leicht, haben Sie Schmerzen
 in der Hacke, im Mittelfuss, am Ballen,
 auf der Sohle? — so wenden Sie sich an das einzige Spezialgeschäft:
 Berlin W 19. **Fuss-Heil-Einlagen-Manufaktur**
 Neue Winterfeldstraße 45, nahe Winterfeldplatz, und Kochhaus Rollandplatz

Verlangen Sie bei Ihren Einkäufen

„Schwarz“ Bouillonwürfel
„Problem“ Bouillonwürfel
„Schwarz“ Saucenwürfel
„Schwarz“ Suppenwürfel

SCHWARZ & Co., BERLIN SW. 68
 Suppenwürfelges. m. b. H., Alexandrinenstr. 135/136

Büsten von Bebel, Liebknecht

n. a. zu Dekorationszwecken 65 cm, fürs Haus 32 cm hoch, bunt,
 liefert in tadelloser Ausführung preiswert
Carl Hoche Nachf., Leipzig, Moltkestr. 52.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
 erstklassiges Fabrikat
 (5mal prämiert Staats-
 medaille) in allen Holz-
 und Stilarten von
 wunderbarer Tonfülle.
 (Flügelton) gegen kleinemontliche Teilzahlung,
 ohne jeden Preisaufschlag.
 Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
 Ecke Kurfürstenstr., Tel. Charl. 10410.
 Auch Sonntags geöffnet.

Straße 22a an der Müllerstraße
 jetzt **Stavistraße**
 habe ich in meinen neu erbauten, elegant ausgestatteten Häusern
 noch einige
1- und 2-Zimmer-Wohnungen
 mit Warmwasser-Verföhrung per 1. April
 billig zu vermieten.

Theater und Vergnügungen

Wilmoch, 20. Februar 1912.
 Anfang 8 Uhr.
Zirkus Zarzani. Große Vor-
 stellung.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Komische Tasse.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Der Bettler
 von Scarron.
Neues K. Opernhaus. Egmont.
Deutsches. Penthesilla.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vor-
 stellung.
Zirkus Zarzani. Gala-Vor-
 stellung.
Haberland. Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königsgrätzer Straße
 Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Suisen-Theater.
 Wilmoch: Maria Stuart.
 Donnerstag: Der Versuchender.
 Freitag: Sommerput.

Belle-Alliance-Theater.
 6 1/2 Uhr: Zapfenstreich.
 Donnerstag: Balkenstels Tod.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anfang 8 Uhr.
Zwillinge.
 Drama in 5 Akten v. H. B. Tammheim.
 Donnerstag: Zum ersten Male:
 Napoleon Bonaparte u. seine Frauen.

Metropol-Theater.
 Abends 8 Uhr: Hausen gestattelt.
Die Nacht von Berlin!
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von
 Paul Freund. Musik von B. Holländer.
 In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.

Apollo Theater
 Vorleser Woche
 des
 großen komischen Programms.
 Lachen ohne Ende
 über
Paul Beckers
 den
 populären lächl. Grotesk-Komiker.

Herrnfeld Theater
 Ein neuer
 Sensationserfolg
**Wie man
 Männer bessert.**
 2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld
 mit den Hilaritäten in den Hauptrollen.
 Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
 Anfang 8 Uhr.
 Billetvorverkauf 11-2 (Theaterkass.).

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Passage-Panoptikum.
Das Londoner Mirakel
Die Frau
in der Kanne!
 Befreiung aus d. Wassergrab
Lebend! Lebend!
Fakir-Truppe
 15 Personen
 in ihren religiösen
Härrtyer-Produktionen
 Wochentags 4-7 Uhr:
Lichtspiele
Ohne Extra-Entree.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
 Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert
 und
 !!! Zillertaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler!!!
 An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
 Arnold Scholz, Hasenheide 108-114.
 Heute Mittwoch, den 21. Februar 1912:
Elitetag.
Bockbierfest in den bayrischen Alpen.
 Im neuen Saal: **GROSSER BALL.**
 Voranzeige! Donnerstag, den 22. Februar 1912:
 Prämierung
 der **größten Pleureusen-Damen-Feder.**
 3 bare Geldpreise: 50,-, 30,-, 20 Mark.
 Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
30 bayrische Madl. 5 Kapellen. Entree 30 Pf.

hippodrom
Palast
 Potsdamerstr. 72 - früher Sportpalast
Größte Schau Berlins!
Größte Schau der Welt!

Walhalla-Theater
 am Rosenthaler Tor.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Menschenrechte!
 Größtes soziales Aufstehungs-Kollektiv mit Ballett
 und Gesang in 5 Akten von
 Max Reichardt. In Szene
 gesetzt v. Dir. James Rice.
 1. Akt: Geheimnisse im
 Verlorenen. 2. Akt: Die
 große Protestversammlung.
 3. Akt: Im Ballaal. Um
 Rande des Abgrundes.
 4. Akt: Arbeit nieder 5. Akt:
 Ein Gottesgericht.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die größte Sünde.

Casino-Theater
 Volkmannstr. 37. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
 Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
 Aktuell! Dem heutigen Leben ent-
 nommen. — Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der seltsame Holschindl.

Königstadt-Kasino.
 Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße
 Täglich abends 8 Uhr
Theater und Varieté.
 Hüter der Spezialitäten
 zwei Theaterkünde:
 „Das Modell“ von G. Alexander.
 „Die letzte Rose“ von D. Richter.

Germania-Prachtsäle
 N. Chausseestr. 110. Carl Richter.
 Jeden Mittwoch:
Paul
Mantheys
lustige
Sänger.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Nachdem **Freitag.**
 — Vorzugskarten gelten. —
 Morgen Donnerstag:
Wittler-Streichquartett.
 Aufschreibend: Familienkränzen
 ohne Nachzahlung.

Admiralspalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
 Nachmittags:
Militär-Konzert.
 Kunstlauf-Produktionen.
 Abends die Novitäten:
 Tänze a. d. Eise, Rhein-
 länder, Russisch, Engl.
 Alt-Wiener Walzer und
Die kleine Charlotte.
 Der norwegische Meister
Harry Paulsen
 sowie d. prächt. Eisballott
Alpenzauber.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2
 Uhr halbe Kassenspreise.
 Restaurant L. Ranges.

Zirkus A. Schumann
 Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend
 mit gr. Sportsprogramm.
 Auftreten von Direktor Alb. Schu-
 mann mit seinen neuesten Krea-
 tionen. Gebr. Wobh. Fräul. Dora
 Schumann, die beliebte Schul-
 reitlerin.
 Um 9 Uhr: Das neueste, größte,
 nicht zu übertreffende Aus-
 stattungsstück
Das Motorpferd
 in 5 Akten.
 Besonders hervorzuheben:
 3. Akt: Im Innern des Waren-
 hauses. Die prachtvolle Schluß-
 apotheose. Die 100 Fuß hohe
 Fontaine lumineuse.

Passage-Theater.
Schneider-Duncker
Carl and Lotty
 die berühmte Excentr.-Tänzer.
Luise Schäfer
 Vortragskünstlerin.
The Hevaldos Truppe
 d. best. Schleuderbrett-Akrob.
 und d. Febr.-Glanzprogr.
 14 erstkl. Spezialitäten.

Union-Theater
 Alexanderplatz
 Unter den Linden
Louis Bouwmeester
 der berühmte holländische
 Schauspieler in dem
 realistischen Drama:
„Geldgier“
Asta Nielsen
 die „Duse der Kinokunst“
 in der Tragödie:
„Im großen Augenblick“

Moritzplatz
 Hasenheide
Sarah Bernhardt
 in „Kameliendame“
WEDDING
 Reinickendorferstr. 14
Asta Nielsen
 in „Die Macht des Goldes“
 Schauspiel in 5 Akten.
 Außerdem in all. 5 Etablissements
 die übrigen Novitäten.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 8 Uhr:
 Der Großglockner, Gastein und
 die Salzburger Alpen.
 I. 4 Vorträge über Naturdenkmal-
 pflege. II. Die naturwissenschaftl.
 Grundlagen der Kinetographie.
 III. Die mechan. Technologie der
 Metalle. IV. Bedeutung der Astro-
 nomie für die moderne Bildung.
 Beginn demnächst. Prospekt
 kostenlos.

Zirkus Busch
 Mittwoch, den 21. Februar 1912,
 abends 7 1/2 Uhr:
Großer Gala-Abend!
 Debüt! Debüt! Debüt!
 Berlins größte Sensation:
Der Bär auf Rollschuhen.
 Der Höhepunkt der Tierdressur.
 Ferner die japanischen Sport-
 spieler. Clown Armando mit
 dem boxenden Känguruh usw.
 Um 9 1/2 Uhr:
Die Hexe.
 Gr. Volks-Manager-Schauspiel
 des Zirkus Busch in 7 Bildern

Sarrasani
 Schönhauser Allee.
 Telephone: Nord 4100.
 Mittwoch, 21. Februar:
 3 Uhr 2 7 1/2 Uhr
Vorstellungen.
 Nachmittags zahlen Kin-
 der auf allen Plätzen,
 Militärs bis zum Feld-
 webel auf allen Sitz-
 plätzen halbe Preise.
 Vorverkauf a. d. Circus-
 kasse und an sämtlichen
 Billetvorverkaufsstellen von
 A. Wertheim.

Voigt-Theater.
 Sehmiedbrunn Badstraße 58.
 Wilmoch, den 21. Februar 1912:
Das Geheimnis
eines Königshauses.
 Schauspiel in 9 Bildern.
 Kasseneröffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Heiden.
 Burleske u
 Reichardt.
 Anfang
 8 Uhr.
 Sonntag
 7 Uhr.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
 Mandelblüth's Volterabend.
 Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Todes-Anzeigen

Am 19. d. Mts. verschied infolge Herzschlags mein innigst geliebter Mann
Berthold Händschke
 im 39. Lebensjahre. 271/6
 Dies zeigt tiefbetrübt an
 Frau **Martha Händschke**
 geb. Müller, Nieder-Schönweide.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 22. Februar cr.,
 nachmittags 4 Uhr, von der
 Leichenhalle des Nieder-Schönweider
 Friedhofes zu Alt-Blumende bei
 Albershof aus statt.

I. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Am Montag, den 19. d. Mts.,
 früh 9 1/2 Uhr, entfiel unser
 Parteigenosse, der Assenbeamte
Berthold Händschke
 im 39. Lebensjahre.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 22. Februar,
 nachmittags 4 Uhr, von der
 Leichenhalle des Reichshofes Nie-
 der-Schönweide (Alt-Blumende)
 aus statt. 206/8
 (Die Genossen treffen sich
 3 1/2 Uhr Bahnhof Gannow-
 Straße.)

Verband der Bureauangestellten
Christgruppe Groß-Berlin.
 Den Kollegen zur gest. Kennt-
 nis, daß unser Mitglied, der
 Assenbeamte
Berthold Händschke
 (D.-R.-R. der Bureauangestellten)
 am Herzschlag plötzlich verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 22. Februar,
 nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Nieder-Schönweider
 Friedhofes in Alt-Blumende bei
 Albershof aus statt. 47/2
 Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
 Am Montag, den 19. d. M. ver-
 schied plötzlich am Herzschlag der
 Assenangestellte, Herr
Berthold Händschke.
 Wir verlieren in dem Ent-
 schlafenen einen treuen Mitarbeiter
 und lieben Kollegen und können
 ihm lebend ein ehrendes An-
 denken. 271/5
 Berlin, den 20. Februar 1912.
**Der Vorstand und die An-
 gestellten der Christenkirche
 der Bureauangestellten zu
 Berlin.**
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 22. Februar,
 nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Nieder-Schönweider-Fried-
 hofes (Alt-Blumende) aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
 Am 19. Februar verstarb unser
 Genosse, der Gastwirt
Eduard Lemke
 Schlegelstraße 5.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 22. Februar,
 nachmittags 4 Uhr, auf dem süd-
 lichen Friedhof, Seestraße, Ecke
 Müllerstraße, statt. 225/20
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Dreher
Emil Laab
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 21. Februar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Kirchhofes in Ahrensd-
 eide aus statt.
 Ferner starb am 19. Februar
 unser Mitglied, der Dreher

Eduard Lemke
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 22. Februar,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des südlichen Kirch-
 hofes in der Müllerstraße, -Ecke
 Seestraße, aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
 Ferner starb am 18. Februar
 unser Mitglied, der Former
Otto Schermer.
 Ehre ihrem Andenken!
 112/17 Die Ortsverwaltung

Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
 Unseren Kollegen zur Nachricht,
 daß der Kollege
Louis Neddermeyer
 am 17. Februar 1912 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 21. Februar, nach-
 mittags 3 1/4 Uhr, von der Halle
 des Auferstehungs-Friedhofes in
 Weihensee aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 128/8 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Tischler
Rudolf Bitzer
 Große Frankfurter Str. 63,
 im Alter von 41 Jahren ver-
 storben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Mittwoch, den 21. Februar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
 des Markus-Kirchhofes in Wil-
 helmshagen aus statt. 79/7
Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 19. d. Mts.,
 verstarb nach langen, schweren
 Leiden mein lieber Mann, unser
 guter Vater, Bruder, Schwager
 und Onkel
Waldemar Fabrowsky
 im 56. Lebensjahre. 104b
 Die trauernden Hinterbliebenen:
Anna Fabrowsky nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des südlichen Fried-
 hofes, Müller-, Ecke Seestraße, statt.

Nach kurzer, schwerer Krankheit
 verstarb unsere liebe Tochter
Frida.
 Dies zeigt tiefbetrübt an
Julius Sieber nebst Frau.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, nachmittags 2 Uhr auf
 dem Beiri-Kirchhof, Frieden-
 straße 84, statt. 106b

Sozialdemokrat. Wahlverein
Neukölln.
 Den Parteigenossen zur Nach-
 richt, daß unser Mitglied, der
 Metallarbeiter
Albert Schnell
 Liefstr. 10 (10. Bezirk)
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von
 der Leichenhalle des neuen Jakob-
 kirchhofes, Hermannstraße, aus
 statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Neukölln.
 Den Genossen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Kohlen-
 händler
Wilhelm Krause
 (Weierstr. 49, 6. Bezirk) ver-
 storben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,
 von der Leichenhalle des Neu-
 köllner Gemeinde-Friedhofes,
 Mariendorfer Weg, aus statt.
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß meine
 liebe Frau, meine gute Mutter,
 unsere gute Schwester, Schwieger-
 tochter und Schwägerin
Anna Raczek
 geb. Hillmann,
 am 18. Februar, vormittags 9 Uhr,
 plötzlich verstorben ist.
 Dies zeigt tiefbetrübt an
Karl Raczek und Sohn.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags
 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des
 Südwest-Kirchhofes in Stahns-
 dorf aus statt. 208/22

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
 Sonntag, den 18. Februar, starb
 an Herzschlag unsere Genossin
Anna Raczek
 (1. Gruppe).
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 22. Februar,
 nachmittags 3 1/2 Uhr, in Stahns-
 dorf, Abfahrt 2.07 vom
 Bahnhof Charlottenburg, 250/10
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 19. Februar, nachmittags
 5 Uhr, verschied sanft nach langen,
 schweren Leiden mein innigst-
 geliebter Mann, unser treu-
 sorgender Vater, Schwieger- und
 Großvater, der Gastwirt
Heinrich Horstmann
 im 52. Lebensjahre.
 Dies zeigt tiefbetrübt an
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 23. Februar, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des St. Andreas-Kirchhofes
 in Wilhelmshagen aus statt. 203/2

Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme bei der Beerdigung meiner
 lieben Frau, lagen mir allen Freun-
 den und Bekannten unseren herzlichsten
 Dank.
Max Werth,
 Frau Mausmann.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.
Filiale Groß-Berlin.
 Freitag, den 23. Februar, abends 6 1/2 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, großer Saal.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Gesamtvorstandes vom 1. Quartal 1911 und Diskussion über den Jahres-
 bericht des Gesamtvorstandes, der Revisoren und der technischen Kommission.
 2. Diskussion über die in den Bezirken aufgestellten Kandidaten zu dem Vorstande, den
 Revisoren und dem Arbeitsnachweisbureau.
 3. Wahl eines Stellvertreters zum Zentralvorstand. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Erschienen aller Kollegen notwendig.
Der Vorstand.

192/5
Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.
 Melchiorstraße 28, part.
 Donnerstag, den 22. Februar 1912, abends 8 1/2 Uhr:
Große Versammlung
 in Mörsers Festsaal (früher Keller), Koppenstr. 29.
 Tagesordnung:
 1. „Unsere Organisation und ihre Erfolge unter dem Zeichen der Tarifverträge.“ Referent:
 Verbandsvorstand Herr H. Tobler, Hamburg. — 2. Diskussion.
Kollegen! Agitiert für einen guten Besuch, kein Kollege darf in der Versammlung fehlen!
Die Ortsverwaltung.

II. Berl. Landtags-Wahlkreis
 Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Zwei öffentliche Wählerversammlungen
 in den Lokalen:
 Schuhmacher-Zunungshaus, Fischerstr. 25. | Julius Meher,
 Cramerstr. 103.
 Donnerstag, 22. Febr.: Kreuzberg-Festsaal, Kreuzbergstr. 48.
 Tagesordnung:
 1. Die bevorstehende Landtagswahl. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der
 Wahlmänner. 4. Verschiedenes. 204/3
Das Wahlkomitee.
 A. H. S. Schröder, Bergmannstr. 26.

Verband der Brauerei- und
Mühlenarbeiter und verwandter
Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß am 16. d. Mts. nach zwei-
 tägigem Krankenlager infolge Un-
 falls unser Kollege, der Bierfahrer
August Dräger
 (Höwendorfer, III)
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 22. Februar,
 nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Auferstehungs-
 kirchhofes, Weihensee, Lusten-
 berger Str. 110-123, aus statt.

Ferner verstarb im Kranken-
 hause in Fürstendamme unser
 Mitglied, der Mühlenarbeiter
Friedrich Fleischer
 im Alter von 29 Jahren an der
 Proletarierkrankheit.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 21. Februar, nach-
 mittags 5 Uhr, in Fürstendamme
 statt.
 Um zahlreiche Beteiligung wird
 ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
 Für die zahlreiche Beteiligung und
 die überaus reichen Kranzspenden bei
 der Beerdigung meiner lieben Frau
 sage hiermit allen, insbesondere den
 Kollegen der Firma Bonhoff u. Lan-
 nett, dem Personal der Firma
 H. Nürnberg, dem Verband der
 Schneider und Schneiderinnen, der
 Bauhilfskommission Groß-Berlins,
 den Genossinnen des Lebensabend der
 30. Abteilung, dem Bezirk 763a des
 6. Wahlkreises, sowie den Sängern
 meinen herzlichsten Dank. 203/2
Friedrich Viehstädt.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes, unseres guten Vaters,
 des Steinbilders **Paul Grütze**,
 lagen mir allen Teilnehmern der Be-
 erdigung unseren besten Dank. 102b
Ernstine Grütze nebst Kindern.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme bei der Beerdigung meiner
 geliebten Frau sage ich allen Ver-
 wandten, Bekannten und Genossen
 meinen herzlichsten Dank. Am
 Namen der Hinterbliebenen. 107b
Oskar Jentich, Schankwirt,
 Elisabethstr. 20.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme bei der Beerdigung meiner
 geliebten Frau sage ich allen Ver-
 wandten, Bekannten und Genossen
 meinen herzlichsten Dank. Am
 Namen der Hinterbliebenen. 107b
Gertrud Hudler.

Blumen- und Kranzbinderei
 von **Aug. Meier,**
 Döckerthorstraße 37a.

Verein Frauenwohl Groß-Berlin.
 Mittwoch, den 21. Februar, 8 1/2 Uhr,
 in den Arminkhallen, Kommandantenstraße Nr. 58:
Öffentliche Versammlung.
 Vortrag von **Dr. Max Maurenbrecher:**
Die sittlichen Grundlagen der Kolonialpolitik.
 Diskussion.
 Eintritt frei für jedermann.
Minna Cauer, Vorsitzende, Borniser Straße 6
 256/18

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Maschinenarbeiter.
 Bezirk Norden, Moabit und Charlottenburg.
 Donnerstag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, in Obigloß Festsaal,
 Schwedter Straße 22/24:
Bezirks-Versammlung
 Alle Betriebe müssen vertreten sein; speziell die Kollegen, die
 nicht im Besitz einer Vertrauensmännerkarte sind.
Einsetzer.
 Donnerstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, bei Becker,
 Weidenstr. 17:
Branchen-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Nutzen des Reichstages. Referent: Kollege Neumann vom
 Hauptvorstand. — 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. 79/6

Achtung! Bäckerei-Boycott. Achtung!
 Die Differenzen, die ich mit dem Vertrauensmann des Bäcker- und
 Konditorenverbandes gehabt habe, sind jetzt zur beiderseitigen Zufriedenheit
 beigelegt, und besere dem Publikum von jetzt ab loyalste Ware.
Albert Denkewitz, Jablonitzstr. 14.
 Betätigt durch den Vertrauensmann des Bäcker- u. Konditoren-
 verbandes Berlin und Umgegend. 203/22

Dankagung.
 Für die überaus zahlreiche Be-
 teiligung und Kranzspenden bei der
 Beerdigung meines unvergesslichen
 Mannes, des Restaurateurs
Ernst Greulich,
 insbesondere dem Gesangsverein „In-
 nerbrösel“, dem Wedding- und
 Freien Gastwirts-Verein, den Arbeitern
 der Firma Senker, den Genossen
 und Genossinnen der Stadtbezirke 76b
 und 763 des sozialdemokratischen
 Arbeitervereins des 6. Kreises sowie dem
 sozialistischen Arbeiterverein „Kre-
 ditor“ meinen herzlichsten Dank.
 Die trauernde Witwe
Marie Greulich
 geb. Passon.
 203/22

Westmanns Frauenmagazin
Extra-Abteilung
 1. Gesch.: Berlin W., Mohren-
 Straße 37a (2. Haus von der
 Jorussener Straße).
 2. Gesch.: Berlin NO., Große
 Frankfurter Str. 115 (2. Haus
 von der Andreasstraße).
 Solinger Answ. fort. Kleider,
 Hüte, Handschuhe, Schleier
 etc. v. einfachsten bis zum
 hochgelagert. Genre u. außerord.
 niedrigen Preisen.
 Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in
 10 bis 12 Stunden.

Reizende
Frühjahrs-Neuheiten
 in Kostümen u. Paletots
Gelegenheitskäufe in Modellen, darunter auch
 Paris, Orig.-Modelle, z.T. schon
für die Hälfte!

Kostüme blau-Kamerg, 15, 18, 24, 30-150 M.
 Kostüme tailer made, 14, 19, 23, 29-65 M.
 Kostüme al.u. verschn, englischen, 9, 12, 15, 18 55 M.
 Kostüme Charaktors, 28, 32, 36, 45-200 M.
 Kostüme Stoffe englischer, 28, 32, 36, 45-200 M.
 Kostüme Art., 28, 32, 36, 45-200 M.
 Kostüme Duchesse, 28, 32, 36, 45-200 M.
 Kostüme Tail.Liberty, 28, 32, 36, 45-200 M.
 Kostüme Divas, Seide, 28, 32, 36, 45-200 M.

Zu jedem nur irgend annehmbaren Preise
 verkaufe ich die Restbestände aus der letzten Inventur:
 ca. 150 Pilschmitteln x ca. 60 Polzmittel
 ca. 400 Abendmütle x ca. 150 Polzmittel
 ca. 200 St. schwarze Konfektion x ca. 50 Astrachanmäntel

Westmann Mohrenstraße 37a
 auch Jorussenerstr.,
 Gr. Frankfurter Str. 115
 — nahe Andreasstraße. —